

Für ein solidarisches Köln

Wahlprogramm des Kreisverbandes Köln zur Kommunalwahl 2014

DIE LINKE.

www.die-linke-koeln.de

I. Solidarität vor Ort – für soziale Gerechtigkeit	3
II. Leben und Wohnen in Köln	9
II.1 Öffentliche Daseinsvorsorge mit kommunalen Unternehmen	9
II.2 Wohnen in Köln	11
II.3 Stadtentwicklung	14
II.4 Von der autogerechten zu einer lebenswerten Stadt – für umlagefinanzierten ÖPNV ohne Fahrschein und besseren Radverkehr	16
II.5: Umwelt, Energiewende und Grün gestalten und schützen – Global Denken, lokal handeln	19
III. Wirtschaft und Finanzen	22
III.1 Kommunale Finanzen in Köln	22
III.2 Stadt für Gute Arbeit	23
IV. Für die Zukunft: Bildung, Kinder und Jugend	27
IV.1 Bildung und Schule	27
IV.2 Kinder- und Jugendpolitik	30
V. Gesundheit, Pflege und Barrierefreiheit	31
VI. Demokratie und Vielfalt	35
VI.1 Gemeinsam für ein interkulturelles Köln	35
VI. 2 Geschlechtergerechtigkeit	37
VI.3 Kein Veedel für Rassismus	40
VI.4 Friedenspolitik durch Städtepartnerschaften und Städtekooperationen	41
VI.5 Datenschutz und Datensicherheit	41
VI.6 Bürger*innenbeteiligung mit mehr Transparenz	42
VII. Kunst und Kultur, Freizeit und Sport	43
VII.1 Kunst und Kultur	43
VII.2 Sport	45
VII.3 Kommunaler Tierschutz	47

Anmerkung:

„DIE LINKE macht Politik für Menschen aller Geschlechteridentitäten – männlich, weiblich und jenseits davon – und will das durch den Einsatz des sogenannten Gender-Stars bewusst sichtbar machen.“

I. Solidarität vor Ort – für soziale Gerechtigkeit

Am 25. Mai 2014 finden Kommunal- und Europawahlen statt. Wir, DIE LINKE, wollen an unser gutes Ergebnis der letzten Bundestagswahlen anknüpfen. Wir wollen in Köln viertstärkste Partei werden.

DIE LINKE. Köln steht für ein besseres Leben: solidarisch, ökologisch und demokratisch. Wir sind die Alternative zu einer Wirtschafts- Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik, die sich kapitalistischen Profit- und Machtinteressen unterordnet.

In den letzten Jahren hat DIE LINKE in Köln vieles erreicht. Unsere Fraktion im Rat und unsere Bezirksvertreter*innen haben mit zahlreichen Anträgen und Anfragen wichtige Themen der Stadtgesellschaft auf die Tagesordnung gesetzt – von der Kritik an Großprojekten und der Flüchtlingspolitik bis zur Forderung nach mehr Gesamtschulen.

Als Oppositionspartei haben wir konkrete Erfolge erzielt. So haben wir Leistungen für Erstklässler*innen aus Familien mit geringem Einkommen verteidigt, Migrantinnen und Migranten die Teilnahme an der Einwohner*innenbefragung zum Godorfer Hafen ermöglicht und einen Beschluss zum Schutz vor Mietspekulation durch eine Milieuschutzsatzung erreicht. Außerdem setzten wir eine Nachzahlung von über 600 000 Euro für zu wenig erstatteter Kosten der Unterkunft durch.

Wir haben gemeinsam mit Bürger*innenninitiativen gegen die Schließung der Schwimmbäder in Weiden und Nippes gekämpft und das Autonome Zentrum verteidigt. Unsere Ortsverbände sind aktive Mitglieder örtlicher Bündnisse gegen rechts. Mitglieder unserer Partei engagieren sich in Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten. Sie beraten engagiert Erwerbslose und sind in Bürger*inneninitiativen wie zum Beispiel in der Initiative „Recht auf Stadt“ aktiv.

Linke Kommunalpolitik beschränkt sich nicht auf engagierte Arbeit im Rat und in den Bezirksvertretungen. Wir wissen: ohne Protest auf der Straße und ohne aktive Initiativen, Vereine und Verbände ist in Köln keine fortschrittliche Politik durchsetzbar.

DIE LINKE ist keine Stellvertretungspartei, sondern ein Angebot an alle, die ihre Lebensbedingungen gemeinschaftlich gestalten und verbessern wollen. Unser Programm lässt sich nur verwirklichen, wenn Menschen selbst aktiv werden, Widerstand gegen Sozialabbau leisten und sich für ihre Interessen zusammenschließen. Weil diese Solidarität nicht an der Stadtgrenze enden darf, unterstützt DIE LINKE die Bevölkerung unserer europäischen Partnerstädte Thessaloniki, Turin und Barcelona im Kampf gegen die katastrophalen sozialen Folgen der Kürzungsprogramme der EU und wirbt für humanitäre Hilfe besonders für die Kliniken in Thessaloniki.

Unsere kommunale Arbeit hat immer drei unauflöslich verbundene Bestandteile:

- ▷ Widerstand und Protest
- ▷ die Gestaltung des Hier und Heute
- ▷ und den Kampf für Alternativen, die über den Kapitalismus hinaus weisen.

Diese drei Bestandteile sind gleichwertig, keiner wird zu Gunsten der anderen vernachlässigt.

Aus den Zwängen der Gesamtgesellschaft kann sich eine einzelne Kommune nicht lösen. Erst wenn ein Politikwechsel auf Bundesebene eingeleitet worden ist, bestehen in den Kommunen ausreichende Voraussetzungen, um tief greifende Verbesserungen zu erreichen. Dazu gehört auch die Durchsetzung eines kommunalen Wahlrechts für alle, die hier leben.

Auch wenn die rechtlichen und die finanziellen Mittel der Kommunen begrenzt sind, kann sozialistische Kommunalpolitik einzelne Maßnahmen durchsetzen, die das Leben in Köln verbessern und zeigen, dass es Alternativen gibt.

Doch das Mögliche muss auch gewollt sein. An diesem Willen fehlt es den anderen Parteien zumeist.

Im Verteilungskampf um die finanziellen Mittel spielen SPD, Grüne und der Oberbürgermeister einzelne Gruppen und Einrichtungen gegeneinander aus. 2009 waren SPD und Grüne angetreten, eine „verlässliche, nachhaltige und zukunftsorientierte Politik“ in Köln umzusetzen. Doch statt die Stadt zu gestalten, wurde Köln nur schlecht verwaltet. Bei fast allen großen Themen der Stadtpolitik agierten sie gegeneinander. Rot-Grün hält nur noch der Machterhalt zusammen.

In vielen Fällen arbeitet diese Koalition mit CDU und FDP zusammen. SPD, CDU, Grüne und Grüne vertreten lediglich verschiedene Varianten des Sozialabbaus.

Linke Politik für eine solidarische Stadt ist eine Kampf-ansage an

- ▷ Spekulant*innen und Miethaie
- ▷ Parteien, die am Armutsgesetz „Hartz IV“ festhalten
- ▷ Rassismus und Diskriminierung.

Eine Politik im Interesse der großen Mehrheit der Menschen braucht eine starke LINKE im Rat und in den Bezirksvertretungen.

DIE LINKE steht dafür, durch neue Impulse für eine soziale Politik den politischen Stillstand zu beenden.

Armut spaltet – auch in Köln

Während weniger als zehn Prozent Reiche und Superreiche über die Hälfte des Vermögens in Deutschland besitzen,

muss sich die Hälfte der Bevölkerung mit lediglich einem Prozent des Vermögens begnügen. Diese Kluft zwischen Arm und Reich wird auch in Köln immer größer. Gegensteuern könnte die Bundesregierung, denn ihre ungerechte Steuer-, Sozial-, Renten- und Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahrzehnte hat die Spaltung der Gesellschaft drastisch vertieft. Die Kommune hat hingegen lediglich dämpfende oder flankierende Möglichkeiten, der zunehmenden Armut entgegenzuwirken.

Über 10 % der Kölner*innen sind auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen. Über 20 % der Kölner*innen sind arm. Fast 50 % haben ein so geringes Einkommen, dass sie das Recht auf einen Wohnberechtigungsschein haben.

Diese Armut hat viele Gesichter:

- ▷ Ob Rentner*innen Flaschen sammeln und auf Almosen der Tafeln angewiesen sind, weil die Rente nicht zum Leben reicht und sie den Gang zum Sozialamt scheuen,
- ▷ ob Kinder ohne Frühstück in die Schule oder den Kindergarten kommen, weil ihre allein erziehende Mutter keine Arbeit findet und deshalb von Hartz IV leben muss,
- ▷ ob ein „kleiner“ Selbständiger den Strom abgestellt bekommt, wenn Aufträge erst nach Monaten bezahlt werden,
- ▷ ob immer mehr Beschäftigte so schlecht bezahlt werden, dass sie ihren Niedriglohn mit Hartz IV aufstocken müssen,
- ▷ ob ältere Langzeiterwerbslose keine Chance auf eine Arbeit mit einem Einkommen bekommen, das zum Leben reicht,
- ▷ ob Jugendliche ohne hervorragendes Schulzeugnis keine Lehrstelle und keine Arbeit finden, sondern nur schlecht bezahlte Praktika und wenig hilfreiche Fördermaßnahmen,
- ▷ ob immer mehr Obdachlose unter den Brücken schlafen müssen, oder Wanderarbeiter*innen in Bruchbuden hausen und sich zu Hungerlöhnen auf dem „Arbeiterstrich“ anbieten: Jedes dieser vielen Gesichter der Armut steht für tiefe Risse, die auch in Köln die Stadtgesellschaft tagtäglich tiefer spalten.

Bundesweit hat DIE LINKE mit Forderungen nach einer gerechten Besteuerung von großen Vermögen, Unternehmensgewinnen und hohen Einkommen, nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro, nach einer bedarfsgerechten und sanktionsfreien Mindestsicherung und einer steuerfinanzierten solidarischen Mindestrente von 1050 Euro ein Programm für den Einstieg in eine gerechte Gesellschaft vorgelegt.

Dass keine dieser Anforderungen für eine gerechte Gesellschaft mit den Möglichkeiten der Kommunalpolitik erfüllt werden kann, weiß auch DIE LINKE in Köln.

Dennoch darf sich eine Stadt mit dieser Spaltung nicht einfach abfinden, im Gegenteil: in einer solidarischen Stadt, wie sie DIE LINKE anstrebt, muss die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben im Zentrum der Stadtpolitik stehen.

Ankerpunkte dieser Politik in Köln müssen sein:

- ▷ Ein erweiterter Köln-Pass für alle, die als Alleinstehende weniger als 1050,- Euro im Monat zur Verfügung haben. Dieser bietet Zugang zu umfassenden Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und zu kulturellen Angeboten zu sozialen Tarifen.
- ▷ Die Förderung des sozialen Zusammenhangs durch Unterstützung von Selbsthilfe, Solidarität und kulturellen Angeboten und eine auf den Stadtteil bezogene Förderung von Netzwerken aus bürgerschaftlich Engagierten, professionellen Hilfsangeboten, Verwaltung und Bildungseinrichtungen, insbesondere dort, wo viele Menschen mit niedrigen Einkommen leben.
- ▷ Ein von Respekt getragener und an der Verwirklichung von Teilhaberechten orientierter Umgang der städtischen Ämter, Jobcenter und kommunalen Unternehmen mit allen Menschen, die auf Hilfe und Solidarität angewiesen sind.
- ▷ Die Förderung des gleichberechtigten Zugangs aller Kinder zu Bildung und Ausbildung. Die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets müssen schneller bearbeitet und besser beworben, die Beratung, Information und Hilfe bei der Antragstellung ausgebaut werden.
- ▷ Eine ehrliche und vollständige Information der Stadtgesellschaft zur sozialen Situation in Köln, mindestens einmal im Jahr.
- ▷ Eine Stadtpolitik, die jeder Form der Geringschätzung, Ausgrenzung und Diffamierung von Erwerbslosen und allen anderen Personengruppen, die die Solidarität der Stadtgesellschaft brauchen, konsequent entgegentritt.

Der Köln-Pass

Der Köln-Pass wurde Ende 2006 nach mehreren Anträgen der Fraktion DIE LINKE im Rat mit der außerparlamentarischen Unterstützung durch eine gemeinsame Initiative aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und der Partei DIE LINKE wieder eingeführt. 2009 hat DIE LINKE im Rat durchgesetzt, dass die Anspruchsberechtigung auf Einkommen ausgedehnt wird, die um bis zu 30 % über den Grundsicherungsleistungen liegen. So bekommen nicht nur Bürger*innen, die Anrecht auf verschiedene Grundsicherungsleistungen haben, den Köln-Pass, sondern auch Menschen, deren Einkommen bis zu 30 % darüber liegt. DIE LINKE will diese Grenze auf 1050,- Euro im Monat für Alleinstehende anheben.

Rund 143 000 Menschen haben inzwischen einen Köln-Pass beantragt. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der Köln-Pass zu dem Erfolgsmodell weiter entwickelt wird, als das er öffentlich dargestellt wird. Hierzu sind seine Akzeptanz und Kenntnis bei den Berechtigten ebenso auszuweiten wie sein Leistungsspektrum.

Daher fordert DIE LINKE von der Stadt Köln:

- ▷ DIE LINKE will den Berechtigtenkreis auf alle ausweiten, die als Alleinstehende weniger als 1050,- Euro zur Verfügung haben. Das entspricht einem Einkommen von 40 % über dem Regelsatz.
- ▷ Die Leistungen des Köln-Passes müssen weiter ausgebaut werden. Bei allen städtischen Angeboten muss die Ermäßigung mindestens 50 % betragen, zum Beispiel müssen bei den Schwimmbädern die Preise gesenkt werden.
- ▷ Die Einführung einer Rabattierung bei NetCologne und eines gebührenfreien Girokontos bei der Sparkasse KölnBonn.
- ▷ Die Einführung eines ermäßigten Kurzstreckentickets bei der KVB.
- ▷ Die Einführung einer ermäßigten Viererkarte für Schulkinder aus Familien mit Köln-Pass-Berechtigung, damit die Kinder und Jugendlichen auch außerhalb der Schulzeiten und Schulwege ermäßigte Fahrpreise nutzen können.
- ▷ Eine umfangreiche städtische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit:
 - ▷ Angestellte in Job-Börsen, JobCentern und Meldehallen müssen bereit und qualifiziert sein, die Menschen bei der Beantragung zu unterstützen.
 - ▷ Eine Kampagne zur Gewinnung weiterer Teilnehmer*innen aus dem Bereich der privaten und öffentlichen Anbieter. Insbesondere Theater, Kinos und weitere kulturelle Anbieter, die mit öffentlichen Geldern Mittelfreiheit oder anderen Subventionen gefördert werden, sollen zur Teilnahme am Köln Pass aufgefordert werden.

Hartz IV und die Folgen

Hartz IV ist Armut per Gesetz. Nach zehn Jahren ist die Bilanz entsprechend verheerend: Die neu geschaffene Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) entwickelte sich zu einem sozialrechtlichen Experimentierfeld mit all den bekannten Negativeffekten: Niedriglohnsektor, Verfolgungsbetreuung, Sanktionierung, Verarmung, Prekarisierung, Verschuldung, Ausgrenzung, Isolation. Diese und andere spürbare Verschlechterungen (Verschärfung der Bedürftigkeitsprüfungen, Abschaffung von Anwartschaften und Anrechnungszeiten, sozialgerichtliche Auseinandersetzungen) haben die Gesellschaft kälter werden lassen. Kinder gehen hungrig zur Schule, und Rentner*innen durchwühlen nachts die Papierkörbe auf der Suche nach Pfandflaschen.

Die Erwerbslosigkeit ist kaum zurückgegangen, wird aber durch geänderte Kriterien bei der Erfassung statistisch verschleiert, um ein deutsches Jobwunder zu präsentieren. Die exportorientierte deutsche Wirtschaft hat im vergangenen Jahrzehnt wesentlich von weltweiten konjunkturellen Aufschwüngen profitiert. Dank ihrer massiven Wettbewerbsvorteile innerhalb der europäischen Währungsgemeinschaft konnte sie die sich anschließenden Krisen bislang weitge-

hend unbeschadet überstehen. Das zynische Prinzip des „Förderns und Forderns“ spielte bei der konjunkturellen Konsolidierung hingegen eher eine geringe Rolle.

Deshalb fordert DIE LINKE weiterhin: Hartz IV muss weg und durch eine repressionsfreie, bedarfsdeckende und teilhabegewährende Mindestsicherung ersetzt werden.

Die Auswirkungen der Agendapolitik sind auch in Köln sichtbar: Mehr als 113 000 Menschen in Köln sind auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen, über 30 000 davon sind Kinder unter 15 Jahren. Nach wie vor gibt es zu wenig Arbeits- und Ausbildungsplätze. 12 800 Jugendliche in Köln sind derzeit erwerbslos. Zahlreiche Erwerbslose werden unter Druck gesetzt, eine prekäre Beschäftigung anzunehmen. Dadurch steigt die Zahl der Aufstocker*innen ständig an. Andere werden in fragwürdige Maßnahmen gesteckt. Immer noch zu häufig werden Bedürftigen im JobCenter berechnete Ansprüche verweigert und zustehende Leistungen vorenthalten. Die bestehenden Gesetze werden nicht korrekt angewendet, Erlasse und Verordnungen werden zu Ungunsten der Betroffenen ausgelegt und datenschutzrechtliche Bestimmungen nicht immer eingehalten. Weil die Bearbeitungszeiten für Anträge und Widersprüche aufgrund der personellen Situation beim Jobcenter Köln immer noch zu lang sind, müssen Menschen in Köln unnötig hungern. Die festgelegten Mietobergrenzen sind chronisch zu niedrig. Erwerbslose haben deshalb kaum eine Chance auf dem Kölner Wohnungsmarkt. Die zurzeit praktizierte Politik, Erwerbslose und Arbeitssuchende nicht nur an den Rand der Gesellschaft, sondern buchstäblich an den Rand der Stadt zu verdrängen, muss dringend gestoppt werden. Die Diffamierung, Diskriminierung und Diskreditierung nicht erwerbstätiger Menschen hat auch in Köln ein bedenkliches Ausmaß erreicht. Das ist für uns nicht hinnehmbar.

DIE LINKE in Köln fordert:

- ▷ Die Stadt Köln muss verstärkt auf die JobCenter einwirken, damit bedürftigen Menschen schneller und unbürokratischer Hilfe gewährt wird. Drohkulissen, Einschüchterungen und ein Klima aus Angst, Abschreckung und Verunsicherung lehnen wir ab.
- ▷ Die Sachbearbeiter*innen sollen allen Antragsteller*innen und Hilfebedürftigen fair auf Augenhöhe gegenüberreten. Sie sollen ihre Ermessensspielräume konstruktiv ausnutzen und die Qualifikationen und Erfahrungen von Betroffenen respektieren, um ihnen die Entwicklung und Beförderung ihrer Kompetenzen, Kenntnisse und Fähigkeiten zu ermöglichen.
- ▷ Wir lehnen jede Form von erzwungener Arbeit als Gegenleistung für Sozialleistungen ab. Kommunale Beschäftigungsmaßnahmen und Arbeitsgelegenheiten wie Ein-Euro-Jobs, Null-Euro-Jobs oder Bürger*innenarbeit sollen in sozialversicherungspflichtige, tariflich entlohnte Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden.

▷ Wir fordern, die Bestrafung von Erwerbslosen, z.B. durch Leistungskürzungen abzuschaffen. Damit sichergestellt werden kann, dass betroffene Menschen weder ihren Krankenversicherungsschutz, noch ihre Wohnung verlieren, fordern wir weiterhin die Stadt Köln auf, sich für ein Sanktionsmoratorium einzusetzen und die Kosten der Unterkunft von den Sanktionen auszunehmen.“

▷ Wir sprechen uns für die Abschaffung der Sozialfahndung, gegen jede Art von Denunziantentum sowie gegen alle Praktiken aus, die diese Unkultur begünstigen. Die Schnüffelei in den Konten, Schlafzimmern oder Online-Aktivitäten von Leistungsberechtigten ist würdelos und einzustellen.

Auch arbeitssuchende Erwerbslose haben als Eigentümer*innen ihrer Daten ein Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Der Sozialdatenschutz und die Einhaltung datenschutzrechtlicher Richtlinien müssen auch im Jobcenter Köln gewährleistet werden.

Die Stadt Köln soll sich deutlich gegen die Geringschätzung, Ausgrenzung und Stigmatisierung von nicht erwerbstätigen Mitbürger*innen positionieren. Insbesondere ehrenamtliche Tätigkeiten und bürgerschaftliches Engagement von Erwerbslosen müssen mehr gesellschaftliche Anerkennung und Würdigung erfahren. Gleiches gilt für Kindererziehung, Familienarbeit und die Pflege Angehöriger.

Bei der Zusammenarbeit zwischen der Stadt Köln und der Bundesagentur für Arbeit muss es klare Zuständigkeiten und mehr Transparenz geben. Das Personal soll weiter aufgestockt und besser geschult werden.

Der Gesetzgeber schreibt die Übernahme der tatsächlichen „Kosten der Unterkunft“ vor, soweit diese „angemessen“ sind. Bei der Prüfung der Angemessenheit gilt grundsätzlich die Einzelfallprüfung. Dabei müssen die durchschnittlichen Mietpreise auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt anerkannt werden. Heiz-, Neben-, Betriebs- und Warmwasserkosten müssen komplett übernommen werden.

Zwangsumzüge lehnen wir ab. Die Menschen sollen in ihrem gewohnten Umfeld verbleiben dürfen. Insbesondere ältere Personen, die länger als zehn Jahre in ihrer Wohnung leben, genießen Bestandsschutz.

Für Menschen in Köln, die Leistungen nach dem SGB II oder dem SGB XII beziehen, fordern wir eine jährliche Weihnachtsbeihilfe.

DIE LINKE wird Initiativen für die Gründung einer „Stadt-arbeitsgemeinschaft Erwerbslosenpolitik“ unterstützen, in der alle Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen, unabhängige Erwerbsloseninitiativen sowie die demokratischen Ratsparteien gleichberechtigt vertreten sein sollen.

DIE LINKE in Köln hat die Proteste der vom Armutsgesetz Hartz IV betroffenen Erwerbslosen immer auch außerparlamentarisch unterstützt und wird dies auch in Zukunft tun. In Zusammenarbeit mit selbstorganisierten Sozialberatungen

und der Linken Erwerbslosenorganisation (L.E.O.) wird DIE LINKE weiterhin Betroffene bei der Durchsetzung ihrer sozialen Rechte gegenüber den Behörden aktiv unterstützen. Im Rat und seinen Ausschüssen wird die Fraktion DIE LINKE dafür sorgen, dass gesetzliche Rechte der Betroffenen eingehalten und die Beratungsangebote der Jobcenter und der Verwaltung verbessert werden.

Arbeitslosenberatungsstellen – Rat und Tat für soziale Rechte

Die Kölner Bürger*innen brauchen auch weiterhin den Schutz vor staatlicher Willkür und falschen Entscheidungen seitens der JobCenter und der städtischen Behörden. Dieser Schutz findet seinen Niederschlag darin, dass in Köln über 50 Prozent aller Widersprüche gegen Hartz-IV-Bescheide erfolgreich im Sinne der Leistungsberechtigten entschieden werden. Durch die Beratung werden aber auch viele Problemsituationen im Vorfeld geklärt und behoben. Das spart Ärger und Gerichtskosten und hilft sowohl den Betroffenen als auch der Stadt. DIE LINKE fordert von der Stadt Köln finanzielle Unterstützung zum Erhalt aller Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen.

Kinderarmut überwinden – Teilhabe von Anfang an

Allein in Köln wachsen rund 30 000 Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren in einem Haushalt auf, der für das Leben auf Hartz IV angewiesen ist, das entspricht 22,4 % aller Kinder und Jugendlichen in Köln.

Damit liegt die Kinderarmut in Köln noch über dem Durchschnitt des Landes Nordrhein-Westfalen, Tendenz steigend: Während sie z.B. in Aachen oder Paderborn zurückging, wächst sie nur in den Ruhrgebietsstädten Duisburg und Dortmund noch schneller als in Köln.

Die erschreckenden Zahlen zur Kinderarmut in Köln zeigen auch die räumliche Spaltung unserer Stadt: In drei von neun Stadtbezirken, nämlich in Kalk, Chorweiler und Mülheim, sind mehr als die Hälfte der Alleinerziehenden, das sind überwiegend Mütter, auf Hartz IV angewiesen. Nur im Stadtbezirk Lindenthal liegt die Quote noch unter 20 %.

Das Ausmaß der Zerstörung von Entwicklungsmöglichkeiten und Zukunftschancen durch den gesellschaftlichen Skandal der Kinderarmut dokumentiert eine aktuelle bundesweite Studie des gewerkschaftsnahen Forschungsinstitutes WSI: Einem von 10 betroffenen Kindern fehlt es an ausreichender Winterkleidung, jedes vierte muss weitgehend auf neue Kleidung verzichten. 27,3 % der betroffenen Familien fehlen genügend Zimmer in der Wohnung, um z.B. Hausaufgaben erledigen zu können, 15,6 % haben weder Computer noch Internetzugang, und fast 8 % der betroffenen Haushalte haben Schwierigkeiten, ihre Energierechnung pünktlich zu bezahlen.

Die Sozialpolitik einer solidarischen Stadt muss alles in ihrer Macht stehende tun, um diese Nachteile von Kindern gegenüber Gleichaltrigen auszugleichen.

DIE LINKE Köln hat schon vor der letzten Kommunalwahl durchgesetzt, dass Kinder aus Haushalten, die einen Köln-Pass haben, eine Einschulungsbeihilfe von 160,- Euro bekommen. Gegen unseren Widerstand wurde dieser Betrag 2011 von der rot-grünen Ratsmehrheit mit Zustimmung der CDU zur Sanierung des Haushalts auf 100,- Euro gesenkt. Weitergehende Kürzungen oder gar die völlige Streichung dieser freiwilligen Leistung konnten wir aber verhindern.

DIE LINKE in Köln fordert:

- ▷ Die Rücknahme der Kürzung der Einschulungsbeihilfe; Kinder aus Köln-Pass-berechtigten Familien sollen wie vor 2011 wieder 160,- € bekommen.
- ▷ Ein kostenloses und hochwertiges Mittagessen für alle Kinder in den Kindertagesstätten und Schulen
- ▷ Die schnellere Bearbeitung von Anträgen zu Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets und deren aktivere Bewerbung. Beratung, Information und Hilfe bei der Antragstellung müssen ausgebaut werden.
- ▷ Die Förderung von Bildungswegen von Kindern und Jugendlichen durch JobCenter und Sozialämter. Aufforderungen, Schulausbildungen abzubrechen, um mit Arbeit zum Familieneinkommen beizutragen, haben zu unterbleiben.

Altersarmut bekämpfen – in Würde leben

Rund 260 000 Kölner*innen sind über 60 Jahre alt, das sind 25%. In der Werbung und in den Medien ist die Rede von den „jungen Alten“, von Senior*innen, die fit und gesund sind und Geld genug haben, um zu reisen, schick auszugehen und teure Kleidung zu kaufen. Die Wirklichkeit sieht leider für viele Kölner*innen im Rentenalter anders aus:

Die Zahl älterer Menschen, die Leistungen der Grundsicherung im Alter nach dem Sozialhilferecht (SGB XII) in Anspruch nehmen, ist in Köln zwischen 2006 und 2011 von knapp 9800 auf über 11 000 Personen gestiegen. Dazu kamen 2011 noch weitere 4686 Kölnerinnen und Kölner, die auf die Grundsicherung bei Erwerbsminderung angewiesen sind, weil ihre Erwerbsminderungsrente wegen der hohen Abschläge nicht zum Leben reicht. 2012 stieg die Zahl der Kölner*innen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, weil die Rente nicht zum Leben reicht, zusammen genommen um fast 1200 Betroffene auf über 17 000 Personen.

Schon heute hat das untere Fünftel der allein stehenden männlichen Rentner nur eine Rente von 717,- Euro und liegt damit nur knapp über der Grundsicherungsleistung von bundesweit durchschnittlich 707,- Euro. Für Frauen sieht es noch schlimmer aus, mit einem Renteneinkommen von nur 665,- Euro liegt das untere Fünftel der Rentnerinnen deutlich unter dieser Grenze.

Auch die von der Großen Koalition geplanten kleinen Verbesserungen bei der Erwerbslosenrente ändern nichts am Grundübel der Senkung des Rentenniveaus, das 2001 noch 53 % betrug, heute nur noch bei knapp 49 % liegt und bis 2030 auf 43 % sinken wird.

Deshalb rechnen Experten und Expertinnen bis zum Jahre 2030 mit einem Anstieg der Quote der Altersarmut auf 30 Prozent. Fast jeder dritte Rentner und mehr als jede dritte Rentnerin werden also 2030 auch in Köln in Armut leben. Zu dieser Entwicklung trägt neben der Ausweitung des Niedriglohnssektors auch bei, dass seit 2006 für ALG-II-Berechtigte überhaupt keine Rentenbeiträge mehr gezahlt werden.

Altersarmut ist also ein Problem, das heute schon viele und in Zukunft immer mehr Menschen betreffen wird. Die Stadt muss sich darauf einstellen und nach Wegen suchen, wie sie ihren Bürger*innen dennoch eine Teilhabe am öffentlichen und kulturellen Leben sichern kann.

Expert*innen gehen davon aus, dass bei Rentner*innen die Dunkelziffer derjenigen besonders hoch ist, die aus Scham darauf verzichten, Leistungen wie die Grundsicherung im Alter in Anspruch zu nehmen, auf die sie ein Anrecht haben. Um diese verdeckte Altersarmut zu lindern, muss eine solidarische Stadtpolitik dazu beitragen, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem die ohnehin viel zu niedrigen sozialen Leistungen von den Berechtigten auch in Anspruch genommen werden.

Über die im Kapitel „Senior*innenpolitik“ formulierten Forderungen für eine am Recht auf Teilhabe orientierte Senior*innenpolitik hinaus fordert DIE LINKE in Köln:

- ▷ Senior*innennetzwerke in den Stadtteilen und die nachbarschaftliche Selbstorganisation von Senior*innen müssen gefördert werden, um wohnortnahe kulturelle, sportliche und soziale Angebote im Stadtteil zu entwickeln.
- ▷ Die kommunalen Sozialdienste müssen finanziell und personell so ausgestattet werden, dass sie bedürftige ältere Menschen in ihrer häuslichen Umgebung betreuen und versorgen können, beispielsweise nach Krankenhausaufenthalten. Zurzeit werden etwa 25 000 Fälle monatlich von nur 100 Mitarbeiter*innen organisatorisch betreut. Hier muss dringend mehr qualifiziertes Personal eingestellt werden.
- ▷ Die Grundsicherungsämter sollen Berechtigten ohne weiteren Antrag mit den Leistungsbescheiden für die Grundsicherung auch Einkommensbescheinigungen für die Befreiung von den Rundfunkgebühren erstellen und Berechtigte über diesen weiteren Anspruch informieren.

Wohnungslosigkeit bekämpfen – Obdachlosenhilfe verbessern

In Köln sind fast 4000 Menschen wohnungslos. Das ist eine erschreckende Zahl und ein weiterer Ausdruck für die Armut, die in dieser Stadt herrscht.

Auch wenn die Stadt Köln und verschiedene Träger sich bemühen, der Not so vieler wohnungsloser Menschen mit Rat und Tat zu begegnen, sieht DIE LINKE noch weitere Notwendigkeiten und Möglichkeiten, die Situation der Menschen ohne Wohnung zu verbessern.

Der „freie Markt“ hat die bestehenden Probleme auf dem Wohnungsmarkt nicht gelöst, im Gegenteil, er verschärft sie tagtäglich.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe erwartet in den nächsten zwei Jahren einen weiteren Anstieg der Wohnungslosigkeit um 30 Prozent. Die Stadt muss sich darauf vorbereiten. Sie muss aber auch schon heute alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen und neue Möglichkeiten schaffen, um neue Obdachlosigkeit gar nicht erst entstehen zu lassen und bereits obdachlose Menschen dabei zu unterstützen, wieder eine Wohnung zu bekommen.

DIE LINKE fordert:

▷ Damit das Problem der Obdachlosigkeit in der Öffentlichkeit nicht verdrängt wird, muss die Verwaltung den Rat regelmäßig über die Entwicklung der Obdachlosigkeit unterrichten. Dabei muss auch über die Ursachen und Hintergründe berichtet werden, die Menschen dazu zwingen, im öffentlichen Straßenraum zu übernachten.

▷ Damit neue Obdachlosigkeit gar nicht erst entsteht, sind Zwangsräumungen z.B. zur Durchsetzung von Luxussanierungen möglichst zu verhindern. Dabei muss auch das Instrument der Beschlagnahme der Wohnungen soweit wie möglich genutzt werden, um den Betroffenen ein Dach über dem Kopf und den Menschen das Verbleiben in ihrem gewohnten Umfeld zu sichern, wenn geeignete Ersatzwohnungen nicht verfügbar sind.

▷ Um auf den drohenden Anstieg der Obdachlosigkeit vorbereitet zu sein, muss die Stadt eine ausreichend große Zahl von kommunalen Belegwohnungen vorhalten und weitere Belegungsbindungen erwerben.

▷ Die Sammel- und Notunterkünfte für wohnungslose Menschen müssen durch kleinere und menschenwürdige Einheiten ersetzt werden. In kleineren Unterkünften kann besser auf persönliche Wünsche und individuelle Bedürfnisse der Betroffenen eingegangen und eine soziale Betreuung gewährleistet werden.

▷ Auch für Menschen, die sich beim Leben im öffentlichen Straßenraum an das Zusammenleben mit Hunden entschieden haben, müssen ausreichend alternative Möglichkeiten zur Übernachtung geschaffen werden, die sie gemeinsam mit ihren Hunden nutzen können.

▷ Um Menschen, die sich in langjähriger Obdachlosigkeit an das Leben im öffentlichen Straßenraum gewöhnt haben, den Übergang in eine Wohnung möglich zu machen, muss die Stadt angemessene alternative Wohnformen und Projekte entwickeln, fördern und mit Personal ausstatten.

▷ Die Anzahl der Plätze, in denen kranke und obdachlose Menschen unterkommen und ärztlich behandelt werden können, muss dringend erhöht werden.

▷ Entsprechend der KVB-Selbstverpflichtung darf wohnungslosen Menschen der Zugang zu den unterirdischen U-Bahn-Stationen im Winter auch weiterhin nicht verwehrt werden.

Bürgerhäuser und Bürgerzentren – für mehr Beteiligung im Veedel

Die Bürgerhäuser und Bürgerzentren haben sich die Schaffung von Begegnungen, die Förderung des sozialen, kulturellen und politischen Dialogs, die Unterstützung von Eigeninitiativen der im entsprechenden Sozialraum lebenden Menschen sowie Informations- und Beratungsangebote zum Ziel gesetzt. Sie wollen allen Menschen die Möglichkeit bieten, am sozialen und kulturellen Leben teilzunehmen. Um als nicht gewinnorientiert arbeitende Einrichtungen ihre Aufgaben zu erfüllen, benötigen sie Planungssicherheit.

In Köln gibt es insgesamt elf Bürgerhäuser und Bürgerzentren, die sich in kommunaler, in kommunalbürgerschaftlicher oder in freier Trägerschaft befinden. Ein weiteres Bürgerzentrum in Vingst ist dem Jugendamt zugeordnet. Alle arbeiten als soziale und soziokulturelle Zentren im Arbeitskreis Kölner Bürgerzentren zusammen. DIE LINKE begrüßt diese enge Zusammenarbeit. Sie macht die Bürgerhäuser und Bürgerzentren stärker und bedeutender. Daneben gibt es sechs Bürgerbegegnungsstätten in der direkten Zuständigkeit des Amtes für Soziales und Senioren, von denen sich die Begegnungsstätte in Finkenberg in ein Bürgerzentrum umgewandelt hat. Wesentliche Arbeitsprinzipien dieser auch als „Kölner Elf“ bekannten Einrichtungen sind Prävention, Integration, Barrierefreiheit und Geschlechtergerechtigkeit.

DIE LINKE fordert:

▷ Alle Bürgerhäuser und Bürgerzentren bleiben erhalten. Sie sollen von städtischen Haushaltskürzungen ausgenommen und finanziell besser ausgestattet werden.

▷ Die vom Stadtrat vorgegebenen und teilweise drastischen Anhebungen der Miet- und Nutzungsgebühren sollen zurückgenommen werden.

▷ Die betreuungsintensiven Bereiche ihrer Arbeit wie die Beratungen oder Kinder- und Jugendangebote müssen durch eine ausreichende städtische Bezuschussung gewährleistet sein. Auch die Angebote für Seniorinnen und Senioren sollen ausgebaut werden.

▷ Die Träger der Bürgerhäuser und Bürgerzentren sollen sich verpflichten, ihre Beschäftigten für dauerhafte Aufgaben unbefristet einzustellen und mindestens gemäß den Tarifen im Öffentlichen Dienst zu bezahlen.

II. Leben und Wohnen in Köln

II.1 Öffentliche Daseinsvorsorge mit kommunalen Unternehmen

Die Stadt Köln und die städtischen Unternehmen stellen den Einwohner*innen eine Vielzahl öffentlicher Güter zur Verfügung. Ihre Leistungen, die sogenannte öffentliche Daseinsvorsorge, reichen von der Stadtbibliothek und Museen über Schwimmbäder, Kitas bis hin zur Versorgung mit Energie und Wasser und zur Straßenreinigung.

Der Großteil der städtischen Unternehmen ist in einer Holding, der Stadtwerke Köln GmbH, mit 11 455 Mitarbeiter*innen zusammengeschlossen. Daneben gibt es noch weitere Unternehmen, z. B. die Stadtentwässerungsbetriebe Köln mit 650 Beschäftigten und die Städtischen Kliniken mit 4300 Beschäftigten. In der öffentlichen Verwaltung arbeiten weitere 14 000 Mitarbeiter*innen. Insgesamt sind das über 30 000 Beschäftigte. Die Stadt ist mit ihren städtischen Unternehmen die mit Abstand größte Arbeitgeberin in Köln.

Die Stadt Köln hat einen Haushalt von ca. 3,5 Mrd. Euro, und die Stadtwerke einen Haushalt von 5,1 Mrd. Euro. In der kommunalen Politik muss man beides zusammen denken, weil ein Teil der öffentlichen Güter, z. B. Kultur, über den normalen Haushalt, Strom, Gas und Wasser hingegen über die Stadtwerke finanziert werden.

Teile der Stadtwerke wie die RheinEnergie und die AWB machen Gewinn, während andere Unternehmensteile wie die KVB oder die KölnBäder nicht kostendeckend arbeiten können. Ein Teil der Gewinne wird daher zum Ausgleich der Verluste genutzt. Dieses Geflecht ist für die Versorgung der Kölner*innen unverzichtbar. DIE LINKE steht zur Quersubventionierung, ohne die kein ÖPNV in Köln finanzierbar wäre.

Insgesamt erzielen die Stadtwerke jedes Jahr 70 Mio. Euro Gewinn, die in den städtischen Haushalt fließen. Köln ist eine von wenigen Großstädten, deren Stadtwerke keine Verluste machen.

DIE LINKE steht zu diesen kommunalen Unternehmen. Sie müssen in öffentlichem Eigentum bleiben. In allen kommunalen Unternehmen muss die paritätische Mitbestimmung erhalten bzw. durchgesetzt werden.

Starke Unternehmen – Kapitalrücklagen nicht vergessen

Die Stadtwerke GmbH muss in den nächsten Jahren in ihre Unternehmen mehr investieren: für Energieanlagen, Bahnen, Hafenanlagen und vieles mehr. Wir unterstützen die Forderungen der Betriebsräte und der Gewerkschaft ver.di, dass die städtischen Unternehmen eine ausreichende Kapitalrücklage haben müssen, um leistungsfähig zu bleiben.

Für die Leistungsfähigkeit der städtischen Unternehmen sind aber auch gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unabdingbar. Deshalb setzen wir uns für mehr Ausbildungsplätze bei den städtischen Unternehmen ein. Die Ausbildungsquote von 6%, die bei der Stadt Köln durchgesetzt werden konnte, soll auch im Stadtwerke-Konzern verpflichtend werden.

Regionale Kooperation

DIE LINKE tritt dafür ein, dass sich die Stadtwerke regional aufstellen und die Zusammenarbeit in der Region suchen. Wir gehen davon aus, dass im Zuge der Neuformierung des Energiemarktes neue Beteiligungen gefunden werden, die die regionale Wirtschaftspolitik stärken.

Die Stadtwerke GmbH verfügt über einige nutzlose Beteiligungen im Bundesgebiet. Zum Beispiel hält die RheinEnergie Anteile an der Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (MVV). Solche Beteiligungen dienen nicht der Daseinsvorsorge in Köln oder der Region und sollten daher veräußert werden.

Die Energiewende – erhebliche Veränderungen in den nächsten zehn Jahren

Die Folgen der Energiewende sind heute noch nicht absehbar. Vieles ändert sich. Das ist für kommunale Unternehmen auch eine Chance, um sich wie die RheinEnergie besser in der Region aufzustellen. Absehbar ist jedoch, dass sich die bislang großen Gewinne reduzieren werden.

Die RheinEnergie muss die Eigenstromproduktion erhöhen – den Bau der Kraft-Wärme-Kopplung-Anlage in Köln-Niehl haben wir daher von Anfang an befürwortet. Die Rheinenergie muss zudem mehr Fernwärme anbieten und den Anteil erneuerbarer Energie zielstrebig ausbauen.

Soziale Tarife und soziale Angebote

In Köln beziehen über 680 000 Haushalte Strom und Gas vom kommunalen Versorger „Rheinenergie“. In den Jahren 2008 bis 2011 ist die Zahl der Haushalte, die mindestens einmal jährlich von einer Stromsperrung betroffen waren, von 8225 auf 10 936 (1,45 % der Kunden) gestiegen, obwohl die Gesamtkundenzahl in diesem Zeitraum sank. Das ergab eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Kölner Rat.

Die RheinEnergie gab in den letzten Jahren ca. 400 000,- Euro aus, um die Energiearmut zu bekämpfen. Bei der Einrichtung dieser Projekte hat unsere Ratsfraktion einen wichtigen Beitrag geleistet. Mit dem Strom-Spar-Check werden Menschen mit wenig Einkommen gezielt beraten, wie man Energie einsparen kann. Die RheinEnergie hat jetzt ein Pro-

jekt bei 600 Haushalten in Köln-Meschenich gestartet, bei dem unter Einsatz neuer Stromzähler Stromsperrern verhindert werden können.

Das sind wichtige Initiativen, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, Energiearmut zu bekämpfen. Wir treten für eine bundesweite Regelung ein, nach der jeder Mensch eine Mindestmenge Strom kostenlos erhält, wie das beispielsweise in Belgien und anderen europäischen Ländern üblich ist.

DIE LINKE in Köln tritt dafür ein, dass generell bei den Stadtwerken und den städtischen Beteiligungsunternehmen alle sozialen Tarifangebote ausgebaut und die Kunden in die Entwicklung der Stadtwerkeunternehmen stärker einbezogen und beteiligt werden.

Versorgung im ganzen Stadtgebiet – das Beispiel Bäder

DIE LINKE tritt dafür ein, dass öffentliche Güter nicht nur preisgünstig, sondern auch flächendeckend in ganz Köln angeboten werden. Jeder Stadtbezirk sollte z. B. mindestens ein Schwimmbad haben. Deshalb hat DIE LINKE gegen die Schließung der Schwimmbäder in Nippes, Weiden und Rodenkirchen gekämpft. SPD und Grüne haben nach jahrelangen Auseinandersetzungen die Bäder in Nippes und Weiden schließen lassen. Wir werden weiterhin vor Ort für ausreichende Schwimmflächen kämpfen, damit alle Kinder die Chance bekommen, schwimmen zu lernen.

Kommunale Wohnungsunternehmen sozial aufstellen

Die Stadt Köln hält einen 88%igen Anteil an der GAG, die 42 000 Wohnungen in ihrem Bestand hat. Darüber hinaus gehört der Stadtwerke GmbH die Wohnungsgesellschaft WSK mit 1400 Wohnungen.

Die GAG arbeitet renditeorientiert. Sie erfüllt daher nicht die Forderung, mehr Sozialwohnungen und insgesamt mehr günstige Wohnungen zu bauen. Deshalb braucht die GAG eine neue Rechtsform, in der sie gemeinwohlorientiert arbeitet und von der Stadt kontrolliert wird. Um mehr preisgünstige Wohnungen zu bauen, muss das Unternehmen wirtschaftlich gestärkt werden. Deshalb müssen Gewinne im Unternehmen bleiben, die jährliche Gewinnausschüttung an den Stadthaushalt muss beendet werden (mehr zu diesem Thema im Kapitel „Wohnen in Köln“).

Abfall- und Abwassergebühren nur in Höhe der tatsächlichen Kosten

Die Stadt Köln erhebt Abfall- und Reinigungsgebühren. Die Gebühren sollten sich an den Kosten orientieren, die bei den Abfallwirtschaftsbetrieben (AWB) und den Stadtentwässerungsbetrieben (StEB) tatsächlich anfallen. Dieses Prinzip

wird jedoch häufig nicht eingehalten. Wenn Unternehmen, die Gewinne machen, trotzdem die Gebühren erhöhen, dann ist das für uns nicht nachvollziehbar. Wir fordern daher für AWB und StEB eine konsequente Einhaltung des Kostendeckungsprinzips. Für die AWB muss der Grundsatz gelten: Abfallvermeidung geht vor Abfallbearbeitung.

Rheinschifffahrt erhalten

Immer mehr Güter werden auf LKWs und Eisenbahnen transportiert. Deshalb tritt DIE LINKE dafür ein, dass der Schiffsverkehr auf dem Rhein mehr genutzt wird, um den LKW-Verkehr zu reduzieren.

Mit Sorge verfolgen wir den Personalabbau bei der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes. Das kann dazu führen, dass das Wasser- und Schifffahrtsamt Köln geschlossen wird. Das lehnen wir ab.

Der Ausbau des Schiffsverkehrs setzt aber auch voraus, dass genügend Hafenumflächen zur Verfügung stehen. Deshalb fordern wir ein Kölner Hafenkonzept. Wir unterstützen die städtische Hafen- und Güterverkehr Köln AG und den DGB in ihren grundsätzlichen Positionen, keine Hafenumflächen aufzugeben. Wer Industrieunternehmen ansiedeln will, muss auch Hafenumflächen bereithalten. Wir lehnen als einzige Partei im Rat die Umwandlung des Deutzer Hafens in ein Luxus-Wohngebiet generell ab. Köln braucht auch in der Zukunft alle vier Häfen: Niehl I und II, Deutz und Godorf.

Die Stadt muss genügend Anlegestellen für Schiffe zur Verfügung stellen. Deshalb lehnen wir auch eine Überplanung bzw. Umplanung des Mülheimer Hafens ab. Der Mülheimer Hafen ist ein wichtiger Schutzhafen und Reparaturhafen.

Regionale Wirtschaftspolitik mit Messe, NetCologne und Sparkasse KölnBonn

Mit der KölnMesse und NetCologne besitzt die Stadt Wirtschaftsunternehmen, die wichtige Funktionen für die Wirtschaft in der Region erfüllen. Deshalb lehnen wir Privatisierungen dieser Unternehmen ab.

Wir brauchen eine öffentliche Diskussion über freies und kostenloses WLAN als festem Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die Sparkasse KölnBonn ist ebenfalls ein Unternehmen für die kommunale Daseinsvorsorge. Lange Zeit hat die Sparkasse KölnBonn anstelle der Stadt Liegenschaften erworben und verwaltet. Weder gehört dies aber zu den Aufgaben der Sparkasse KölnBonn, noch ist das wünschenswert, denn die Liegenschaften sind damit der demokratischen Kontrolle entzogen. Wir befürworten daher die Entscheidung der EU, der Sparkasse KölnBonn diese Tätigkeit zu untersagen. Die Sparkasse KölnBonn kann sich

nun wieder auf ihr eigentliches Geschäft besinnen und ihre Kundenorientierung verbessern.

II.2 Wohnen in Köln

Wohnen ist Menschenrecht!

Für mehr bezahlbaren Wohnraum!

Köln ist eine der wenigen wachsenden Städte in NRW. Bis in das dritte Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts wird Köln weiter wachsen. In erster Linie werden Menschen zwischen 20 und 30 Jahren nach Köln ziehen. Der größte Teil dieser Neubürger*innen kommt wegen der Ausbildung, des Studiums oder des Berufsstarts in die Rheinmetropole. Je nach Berechnung wird der Bevölkerungshöchststand bei bis zu 1,1 Mio. Einwohnern liegen. Grundsätzlich ist der Bevölkerungszuwachs positiv für die ökonomische Entwicklung der Stadt zu sehen. Außerdem wird die Überalterung der Bevölkerung in Köln später eintreten und sich weniger dynamisch entwickeln als beispielsweise in den schrumpfenden Städten des Ruhrgebietes. Der Bevölkerungszuwachs stellt die Stadt aber auch vor große Herausforderungen: Die Infrastruktur muss ausgebaut werden, beispielsweise im ÖPNV. Das größte Problem wird aber die Versorgung der Menschen mit Wohnraum sein.

Preisgünstiger Wohnraum fehlt

Noch stärker als die Einwohner*innenzahl wird in Köln die Zahl der Haushalte wachsen. Durch die anhaltende Individualisierung der Gesellschaft wird immer mehr Wohnraum pro Einwohner benötigt. In Köln gab es 2012 erstmals mehr Single-Haushalte als Mehr-Personenhaushalte. Um die wachsende Bevölkerung mit Wohnraum versorgen zu können, müssen bis zu 50 000 neue Wohnungen gebaut werden. Aktuell gibt es in Köln circa 544 000 Wohnungen, zur Jahrtausendwende gab es 521 000 Wohnungen auf dem Kölner Stadtgebiet. In 12 Jahren kamen damit circa 23 000 Wohnungen hinzu, also durchschnittlich 2000 Wohnung pro Jahr. Aktuell werden jährlich ca. 3000 neue Wohnungen gebaut – auf den ersten Blick eine ordentliche Leistung.

In Köln wird also viel gebaut. Aber für den Großteil der neu entstehenden Wohnungen werden hohe Mieten verlangt. Es entstehen Luxusquartiere wie im Rheinauhafen und im Gerling-Viertel. Der Neubau in preishöheren Segmenten beschränkt sich längst nicht mehr auf Viertel wie die Innenstadt, Ehrenfeld oder Lindenthal. Auch in Kalk und Mülheim entstehen überdurchschnittlich teure Wohnungen. Diese Neubauten führen nicht zur Entspannung der Mieten, sondern ziehen auch die Bestandsmieten nach oben. Ob einfache Mieterhöhungen ohne Umbauten oder die Umlage für energetische Sanierungen – überall nutzen Immobilienbesitzer*innen die Möglichkeit, höhere Profite zu erzielen und ver-

drängen oft alteingesessene Mieter*innen. So sollen in der Südstadt bestehende, gute Häuser teuren Neubauten weichen. In Deutz werden WG-Zimmer nach und nach in „Messe-Zimmer“ umgewandelt, bis das ganze Haus schließlich zu einer Pension wird.

Aber: Im Jahr 2013 wurden nur 537 öffentlich geförderte Mietwohnungen gebaut. Betrachtet man die Einkommensverhältnisse der Kölner Bevölkerung, bedeuten nur 537 gebaute Sozialwohnungen in Köln eine Katastrophe. Denn diese sehr niedrige Zahl an fertiggestellten geförderten Wohnungen verstärkt einen Negativtrend. Im Jahr 2002 gab es in Köln immerhin noch fast 63 000 Sozialwohnungen. Zehn Jahre später waren es nur noch 38 000 preisgünstige Wohnungen. Gleichzeitig ist der Anteil der Bevölkerung, der einen Anspruch auf eine Sozialwohnung hat, stark gestiegen. Fast jede/r zweite Kölner/in hat Anspruch auf eine Sozialwohnung. Fazit: In Köln werden zwar Wohnungen gebaut, das Verhältnis zwischen frei finanziertem Wohnbau und gefördertem Wohnraum steht aber auf dem Kopf und muss dringend umgekehrt werden.

Die Versorgung der Bevölkerung mit gutem Wohnraum darf nicht dem Markt überlassen werden. Die Bereitstellung von qualitativ gutem und bezahlbarem Wohnraum ist auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Öffentliche Hand ist in der Pflicht, ihren Beitrag zu leisten. Von der Schaffung staatlich geförderter Wohnungen profitieren nicht nur Menschen mit einem Wohnberechtigungsschein, der Bau von genügend Sozialwohnungen trägt auch zu einer Entspannung auf dem gesamten Wohnungsmarkt bei.

Die GAG baut zu wenig preisgünstigen Wohnraum

Das städtische Wohnungsbauunternehmen hat in 2012 nur 210 geförderte Wohnungen gebaut. Das ist viel zu wenig. Die GAG ist ihrem satzungsgemäßen Auftrag, breite Schichten der Kölner Bevölkerung mit Wohnraum zu versorgen, nicht in ausreichendem Maß nachgekommen. Die GAG wirtschaftet als Aktiengesellschaft bislang nur gewinnorientiert.

DIE LINKE tritt für eine Änderung der Gesellschaftsform ein. DIE LINKE will eine Rechtsform, die es der GAG ermöglicht, sich auch unabhängig von Gewinnerwartungen am Gemeinwohl zu orientieren und preiswerten Wohnraum für die Bevölkerung Kölns zu bauen.

Die Stadt darf die GAG nicht schröpfen. Die Gewinnausschüttung der GAG an den städtischen Haushalt muss künftig unterbleiben. Der erwirtschaftete Gewinn muss in dem Wohnbauunternehmen selbst verbleiben. Dadurch erhöht sich das Eigenkapital der Gesellschaft. Und das kann zu einer höheren Bauleistung des Unternehmens führen.

Wegen der Gewinnerwartung der Aktionärinnen und Aktionäre baut die GAG Eigentumswohnungen und vermietet frei finanzierte Wohnungen, um Gewinne zu erzielen. Gleichzeitig

ist die GAG mit dem Unterhalt und der Sanierung von circa 45 000 Wohnungen betraut.

Förderprogramme greifen nicht.

Seit mehreren Jahren sind die Zinsen extrem niedrig. Der Anreiz für Investoren, günstige Kredite vom Staat in Anspruch zu nehmen, um Sozialwohnungen zu bauen, besteht nicht (mehr). Es ist für Investor*innen wesentlich lukrativer, bei der Bank Geld für 2,5 % zu leihen und die gebaute Wohnung für 4000 Euro pro qm zu verkaufen oder für 13 Euro zu vermieten, statt einen Teil der Finanzierung über einen zinslosen staatlichen Kredit durchzuführen und sich auf einen Vermietungspreis von 8,25 Euro zu beschränken. Im oberen Preissegment wird in den Wachstumsregionen relativ viel gebaut, weil die Rendite höher ist als die sehr niedrigen Sparzinsen.

Flächenkonkurrenz

In Köln gibt es stark konkurrierende Begehrlichkeiten, was die Nutzung von Flächen betrifft. Der Handel, das Gewerbe und die Industrie beanspruchen Flächen. Ebenso werden Grün- und Freizeitflächen für die Bevölkerung benötigt. Das knappe Angebot steht einer großen Nachfrage gegenüber. Der Grund wird teuer. Der hohe Bodenpreis wird auf die Mietpreise umgelegt.

Das will DIE LINKE:

Die Rahmenbedingungen für den geförderten Wohnraum müssen sich grundlegend ändern, damit die Bevölkerung ausreichend mit bezahlbarem Wohnraum versorgt werden kann. Um sich diesem Ziel zu nähern, müssen in Köln jährlich mindestens 2000 preisgünstige Mietwohnungen gebaut werden.

Private Investor*innen werden die benötigten günstigen Wohnungen nicht bauen, auch wenn die Mietobergrenzen weiter angehoben oder zusätzliche Subventionen ausgeschüttet werden. Die Stadt selbst ist gefordert und muss in die Offensive gehen.

Aus diesem Grund wird DIE LINKE in den nächsten Jahren die folgenden Schwerpunkte bearbeiten.

GAG in ihrem Auftrag stärken – Aufbau eines weiteren städtischen Wohnungsbaunternehmens

Die Stadt als Haupteignerin der GAG muss ihren Einfluss auf das Unternehmen geltend machen und dafür Sorge tragen, dass die Firmenpriorität auf den preisgünstigen Wohnraum gelegt wird.

DIE LINKE fordert, die GAG zu 100% in städtischen Besitz zu bringen, sie von der Börse zu nehmen und die Umwandlung in einen städtischen Eigenbetrieb zu prüfen.

Die Gewinne der GAG sind in den Wohnungsbau zu reinvestieren, anstatt sie an den städtischen Haushalt abzuführen. Die GAG muss darauf verpflichtet werden, die zeitliche

Befristung der Mietobergrenzen aus dem sozialen Wohnungsbau aufzuheben, also dauerhaft mietpreisgünstige Wohnungen anzubieten.

Mit Hilfe des Stadtwerkekonzerns muss ein weiteres Wohnbauunternehmen gegründet werden. Das kleine bereits bestehende Wohnungsbauunternehmen kann hierfür als Basis dienen.

Die vom Mieterbund und der LINKEN geforderten mindestens 2000 Sozialwohnungen im Jahr sollen vor allem durch diese städtischen und stadtnahen Unternehmen gebaut werden.

Aufbau eines revolvingen Wohnungsbaufonds prüfen

Wir schlagen vor, die Gründung eines revolvingen Wohnungsbaufonds nach dem Vorbild der österreichischen Stadt Salzburg zu prüfen. In Salzburg werden kommunale Wohnungen gebaut, ohne auf Bankkredite zurückzugreifen und somit ohne hohe Zinsen zu bezahlen.

Die Anschubfinanzierung des Salzburger Fonds wurde mit Bundesmitteln und EU-Geldern geleistet, aber der Fonds trägt sich wegen der geringen Kreditkosten langfristig über die Mieteinnahmen selbst.

Es wird eine Miete – zur Deckung der Baukosten und der Unterhaltung – in Höhe von 4,78 Euro pro Quadratmeter berechnet. Auch in Köln wäre mit einem solchen Modell vermutlich eine Miete möglich, die unter der derzeitigen Bewilligungsmiete im öffentlich geförderten Wohnungsbau liegt.

Mehr städtische Flächen für den Wohnungsbau

Die Neubauf Flächen der Stadt sind endlich. DIE LINKE tritt dafür ein, dass städtisches Bauland vorwiegend in Erbpacht vergeben wird, statt es zu verkaufen. Außerdem muss die Stadt, um die erforderlichen Flächen für den Wohnungsbau zu bekommen, ihr Vorkaufsrecht für Grundstücke des Landes und des Bundes konsequent nutzen. Grundsätzlich werden keine städtischen Grundstücke mehr an private Investor*innen verkauft, es sei denn, sie verpflichten sich zu einem sozialorientierten Wohnungsbau und einer sozialorientierten Wohnungsbewirtschaftung, zum Beispiel das Miethäusersyndikat oder bestimmte Wohnungsgenossenschaften. Jedes städtische Grundstück muss zunächst auf seine Verwendbarkeit für den kommunalen Wohnungsbau geprüft werden.

Sozial gerechte Bodennutzung durchgesetzt – Verbesserungen dringend nötig

Mit dem Beschluss über eine „sozial gerechte Bodennutzung“ hat der Rat der Stadt Köln einen richtigen Schritt getan, den DIE LINKE unterstützt hat. Durch diese Maßnahme wird aber nur ein kleiner Teil der erforderlichen Sozialwohnungen ge-

baut werden, zudem solche nach dem ‚klassischen‘ Modell, also mit zeitlich begrenzter Miet- und Belegungsbindung. Die Stadt darf sich auf diesem Beschluss also nicht ausruhen, sondern ist gefordert, weitere und effektivere Maßnahmen zu ergreifen, um die erforderliche Zahl dauerhaft mietpreisgünstiger Wohnungen zu schaffen.

DIE LINKE hat bereits 2007 eine sozial gerechte Bodennutzung für Köln gefordert. Mit dem kooperativen Baulandmodell erhalten Investor*innen nur noch Baurecht, wenn sie auch geförderten Wohnungsbau realisieren, und zwar mindestens 30 % der Wohnungen. In München und Hamburg geht man weiter: Hier wird in der sozial gerechten Bodennutzung mehr als die Quote der Sozialwohnungen festgelegt. In Köln hat man eine sehr schwache Form der sozial gerechten Bodennutzung beschlossen. So ist bei den 30 % geförderten Wohnungen auch selbst genutztes Eigentum dabei. Es ist nicht hinnehmbar, dass dadurch die Quote für den sozialen Mietwohnungsbau noch einmal reduziert wird.

Außerdem fordert DIE LINKE eine bessere Verteilung der Sozialwohnungen in Köln. Da es zum Beispiel in Lindenthal gar keine Sozialwohnungen gibt, sollten dort 100 % geförderte Wohnungen entstehen.

Wir sind der Meinung, dass der Investor ein Nutzungskonzept vorlegen muss, bevor er eine Baugenehmigung erhält. Soziale Infrastruktur wie Kitas und Schulen, Kleingewerbe, Nahversorgung müssen neben der Sozialwohnungsquote gewährleistet sein. Baurecht soll der erhalten, der das beste Konzept vorlegt, nicht der, der den höchsten Preis zahlt.

Die Einführung des kooperativen Baulandmodells und der verbindlichen Erstellung eines Nutzungskonzeptes wird zu einer Dämpfung des Bodenpreises führen. Damit haben Genossenschaften und die GAG wieder bessere Chancen, Bauland zu erwerben, um preisgünstigen Wohnraum zu schaffen.

In Köln gibt es immer noch über 3000 Baulücken im Innenstadtbereich. Die Verwaltung muss mit mehr Personal die Schließung der Baulücken mit preisgünstigen Wohnungen vorantreiben. Das Personal für diese Abteilung muss mindestens verdoppelt werden.

In vielen Großsiedlungen sind Nachverdichtungen möglich. Auch dieses Potenzial muss ausgeschöpft werden. Deshalb sprechen wir uns für eine sozial- und umweltverträgliche Nachverdichtung aus.

Wenn neue Wohnbauflächen erforderlich sind, müssen sich diese konsequent an den Achsen des öffentlichen Personenverkehrs ausrichten. Wo erforderlich, muss der Anschluss an den schienengebundenen ÖPNV zeitgleich mit der Entwicklung der Bauflächen erfolgen.

Leer stehende Büros schnell umbauen

In Köln gibt es viele leer stehende Büroflächen aus den 60er und 70er Jahren, aber auch neuere leer stehende Büroge-

bäude. Unter den Bedingungen des Kooperativen Baulandmodells müssen hier zügig Wohnungen geschaffen werden.

Alternatives Wohnen ermöglichen

Immer mehr Menschen wollen in alternativen Lebensformen zusammenleben. DIE LINKE setzt sich für Mehrgenerationenwohnen und ähnliche Projekte ein. Wir fordern mehr barrierefrei oder altersgerecht ausgebaute Wohnungen. Neue Wohnformen müssen barrierefrei sein. Wir wollen mehr Wohnraum für Studierende schaffen. Um die aktuell sehr große Nachfrage zu befriedigen, müssen auch Mobile-Housing-Projekte verwirklicht werden.

Mit kommunalen Satzungen die Mieter*innen schützen

Das Instrument der Sozialen Erhaltungssatzung muss in weiten Gebieten der Stadt Anwendung finden. Es wirkt der Verdrängung alteingesessener Mieter/innen aus ihren bezahlbaren Wohnungen entgegen. Die Umwandlung von regulären Mietwohnungen in Zeit- oder Ferienwohnungen muss verhindert werden.

Mit einer Zweckentfremdungssatzung kann das Leerstellenlassen von Wohnungen und ihre Umwandlung in Büros, Hotelzimmer und Ferienwohnungen verhindert werden. DIE LINKE wird daran arbeiten, dass die Zweckentfremdungssatzung zügig vom Rat beschlossen und von der Verwaltung konsequent angewandt wird. Wir fordern eine Aussetzung sämtlicher Zwangsräumungen.

Chorweiler und andere Siedlungen in verantwortungsvolle Hände bringen

In Chorweiler und anderen Siedlungen Kölns befinden sich tausende Wohnungen in den Händen von Spekulant*innen. Die Wohnungen sind teilweise in desolatem Zustand. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass diese Wohnungen in verantwortungsvolle Hände kommen. Nur wenn das Land NRW, die Stadt Köln, die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften und die Genossenschaften eng kooperieren, werden die vernachlässigten Wohnungen in guten Wohnraum umgewandelt werden können.

In vielen Stadtteilen regt sich Widerstand gegen steigende Mieten. In Porz-Finkenberg haben sich Mieter*innen zusammengeschlossen, um rechtlich gegen Mieterhöhungen und Vernachlässigung der Häuser vorzugehen. In Chorweiler haben Demonstrationen gegen den Verfall der Hochhäuser stattgefunden. Im Agnesviertel gab es Widerstand gegen die Zwangsräumung eines Mieters aufgrund einer vorgeschobenen Eigenbedarfskündigung. DIE LINKE unterstützt die vielfältigen Aktivitäten und hilft beim Aufbau von Mieter*inneninitiativen, Mitglieder der LINKEN beteiligen sich an der Initiative „Recht auf Stadt“.

II.3 Stadtentwicklung

Nachhaltige Stadtentwicklung

Viele Plätze in Köln haben keine Aufenthaltsqualität und sind von Autos zugesperrt. Wir wollen barrierefreie Plätze schaffen, auf denen man sich ohne Konsumzwang aufhalten und erholen kann. Der öffentliche Raum ist auch für Menschen mit wenig Geld da. Die Stadt braucht Freiräume, in denen Menschen sich kreativ betätigen können. Wir wollen das Autonome Zentrum und mehr ähnliche Einrichtungen. Wir wollen Quartiere, in denen die Menschen mit und ohne Behinderung gut leben und arbeiten können. Deshalb arbeiten wir für eine sozial und ökologisch nachhaltige Stadtentwicklung. Wir sind der Auffassung, dass eine urbane Stadtentwicklung demokratisch gestaltet werden muss. Deshalb brauchen wir mehr Bürgerbeteiligung bei neuen Projekten der Quartiersentwicklung. Die Menschen müssen Wohnung, Arbeit, Nahversorgung, soziale Infrastruktur und Kultur möglichst fußläufig und barrierefrei erreichen.

Bestehende Infrastruktur erhalten und sanieren, anstatt Prestigeobjekte zu bauen

Zahlreiche wichtige Bauten in Köln befinden sich in einem schlechten Zustand. Über viele Jahre hinweg wurde zu wenig für die Instandhaltung getan.

Die Folge:

Es sind umfangreiche und sehr teure Sanierungen erforderlich, die bei regelmäßiger Instandhaltung viel preisgünstiger gewesen wären. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass Schulen, Brücken und andere öffentliche Bauten vernünftig instand gehalten werden. Die Konzentration der Mittel auf zweckfreie Prestigeobjekte wie dem Rheinboulevard oder das viel zu teure Tonnendach auf dem Floragegebäude muss endlich der Vergangenheit angehören.

Standards bei städtischen Bauten erhöhen

Schon im Zuge des Doppelhaushaltes wurden von anderen Parteien die Standards bei städtischen Bauvorhaben wie zum Beispiel bei Kitas oder städtischen Sozialhäusern verringert. DIE LINKE will diese Aushöhlung baulicher Standards rückgängig machen. Wir fordern, dass in allen städtischen Neubauten barrierefreie Zugänge geschaffen und rollstuhlgerechte Aufzüge eingebaut werden. Die energetische Ausstattung erfolgt in Erfüllung der Vorgaben der Energieleitlinien der Stadt Köln als Passivhaus. Zur Gegenfinanzierung hält DIE LINKE den Verzicht auf undurchdachte Luxus- und Prestigeprojekte der Stadt durchaus für erforderlich.

Vorbeugender Hochwasserschutz – mehr Raum für den Fluss

Jede Person hat gesetzlich im Rahmen des ihr Möglichen die

Pflicht, geeignete Vorsorge gegen Hochwasserschäden zu treffen. Diese Pflicht gilt auch für Stadtplaner*innen.

Will man die Gefahr von Hochwasserschäden mindern, muss man vor allem bei der Siedlungsentwicklung ansetzen. In bereits festgesetzten Überschwemmungsgebieten dürfen grundsätzlich keine neuen Baugebiete ausgewiesen werden.

Das Erreichen der Handlungsziele der internationalen Kommission zum Schutz des Rheins, d.h. die Minderung der Schadensrisiken um 25 % und die Minderung der Extremhochwasserstände um 70 cm bis zum Jahr 2020, erfordert solidarisches Handeln. DIE LINKE Köln setzt sich dafür ein, dass sich die kommunale Bauleitplanung der Vorsorgeverantwortung „stellt, und wo immer möglich in der Vergangenheit auf das Gewässer vorgeschobene Nutzungen wieder zurückgenommen werden.“

Daher sprechen wir uns auch klar gegen die im rechtsrheinischen Entwicklungskonzept vorgesehene Vorverlegung der Hochwasserschutzlinie im Bereich des Auenweges/Mülheim Süd aus.

Den Bestrebungen der etablierten Parteien, die rechtlichen Rahmenbedingungen für den vorbeugenden Hochwasserschutz zu unterlaufen, stellt sich die Linke entschieden entgegen.

Köln braucht einen Großmarkt

Kleine und mittlere Gastronomiebetriebe und Lebensmittelhändler*innen sind für die Versorgung der Kölner Bevölkerung wichtig. Diese Kleinbetriebe können nicht auf die logistische Infrastruktur der Lebensmittelmonopolisten zurückgreifen. Unserer Auffassung nach muss die Kommune eine Struktur vorhalten, durch die Wochenmärkte und kleine Geschäfte eine Chance haben. Dafür ist ein Großmarkt notwendig. DIE LINKE will die südliche Innenstadterweiterung als neues lebendiges Viertel für alle Kölnerinnen und Kölner. Die Verlegung des Großmarkts ist richtig. Auch wenn es in Marsdorf Bedenken gibt: Der Standort ist geeignet. DIE LINKE wird die Verlagerung des Großmarktes jedoch kritisch begleiten und darauf achten, dass sich auf dem künftigen Großmarktareal keine Betriebe ansiedeln, die nichts mit dem eigentlichen Marktgeschehen zu tun haben.

Justizzentrum – Es gibt Alternativen zur Südstadt

31 Jahre alt war das Gebäude des Justizzentrums an der Luxemburger Straße geworden, da wurde es als marode und nicht sanierungsfähig deklariert. Der für die Liegenschaft zuständige skandalumwittelte Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB) wünscht sich einen Neubau auf dem landeseigenen Gelände der früheren Dom-Brauerei in Bayenthal. Allerdings hat der Stadtrat bereits 2012 das „Entwicklungskonzept Südliche Innenstadt-Erweiterung“ (ESIE) beschlossen. Es sieht für das Bayenthaler Gelände eine Wohnbebauung,

eine Kita, eine Schule und die Fortführung des inneren Grüngürtels bis zur Rheinuferstraße vor. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass dieses Konzept auch umgesetzt wird. DIE LINKE fordert die Stadt auf, intensiv nach alternativen Standorten für das Justizzentrum zu suchen und mit dem Land zu verhandeln, damit im Kölner Süden ein grünes Wohnquartier entsteht.

Die Veedel in ihrer Eigenständigkeit bewahren – Nahversorgung sichern

Köln lebt von seinen Vierteln. DIE LINKE wird sich für dezentrale Strukturen in den Stadtteilen stark machen. Die Menschen müssen die Möglichkeit haben, sich in ihren Vierteln mit den Dingen des täglichen Bedarfs zu versorgen. Auch Kitas, (Grund)Schulen und Arztpraxen gehören zu einer guten Infrastruktur. DIE LINKE wird sich insbesondere in den Stadtteilen mit unzureichender Infrastruktur, wie zum Beispiel in Lindweiler, für die Verbesserung der Lebensqualität einsetzen.

Chorweiler stärken

Obwohl der Stadtteil Chorweiler eine gute Infrastruktur aufweist, gibt es zahlreiche Probleme in diesem Veedel. Teilweise sind die Hochhäuser in einem sehr schlechten Zustand. DIE LINKE hat sich in den letzten Jahren intensiv mit der Situation in Chorweiler beschäftigt. So haben wir eine große wohnungspolitische Konferenz in dem Stadtteil durchgeführt. In Chorweiler stehen 1200 Wohneinheiten zur Versteigerung an, die ein Finanzhai verkommen lassen hat. Die landeseigene NRW-Bank hat als einer der Gläubiger die Zwangsversteigerung mitbetrieben. Dagegen haben wir vor der NRW-Bank demonstriert. Wir wollen, dass die 1200 Wohnungen nicht versteigert werden, sondern in verantwortungsvolle Hände kommen. Das geht aber nur, wenn die Stadt Köln und ihre Wohnbauunternehmen, das Land NRW und die NRW-Bank zusammenarbeiten. DIE LINKE unterstützt alle Maßnahmen, die helfen, die Menschen in Chorweiler mit vernünftigem Wohnraum zu versorgen. Wir fordern vom Bund, endlich gesetzliche Regelungen herzustellen, die die Finanzspekulation mit Wohnquartieren verhindern.

Das rechtsrheinische Köln muss weiterentwickelt werden

Das Strukturförderprogramm Mülheim 2020 scheint keine nachhaltige Verbesserung für Mülheim zu erreichen. Eine Entwicklung des Güterbahnhofgeländes im Norden, die Entwicklung der „KHD-Brache“ und ein Anschluss an den Rhein-Ruhr-Express (RRX) können eine positive Entwicklung in Mülheim begünstigen (siehe hierzu auch das Kapitel „Verkehr“).

Mülheim-Nord

Für das ca. 11,5 ha große Gelände des alten Güterbahnhofs zwischen der Schanzenstraße und der Berliner Straße gab es schon im Februar 2010 ein Entwicklungskonzept, das jedoch bis zum heutigen Tage nicht umgesetzt wurde.

Auch die Chance des Strukturförderprogramms „Mülheim 2020“ wurde von der Stadtverwaltung nicht ausreichend genutzt, obwohl man durchaus der Meinung war, dass dieses Projekt ein wichtiger Baustein sei, um das Potenzial dieses Kölner Stadtteils zu entwickeln.

DIE LINKE sieht dies in gleicher Weise und fordert deshalb, dass die Stadtverwaltung die verbleibende Zeit und noch nicht ausgeschöpfte finanzielle Mittel dafür nutzt, um eine gute Mischung aus Wohnbebauung (gemäß dem Kooperativen Bauland-Modell) und Gewerbe anzusiedeln.

Dabei sollen die vor Ort ansässigen Initiativen und Vereine besser mit einbezogen werden. Der schon vorhandene Veedelsbeirat bietet eine gute Möglichkeit, die Bevölkerung an der Entwicklung ihres Stadtteils teilhaben zu lassen, wenn entsprechende Vorgaben eingehalten werden.

DIE LINKE möchte die Mülheimer Initiativen und Vereine in dieser Hinsicht unterstützen.

Sie spricht sich für den Bau eines schon lange geplanten Internationalen Geschäftshauses aus, in dem Läden, Gewerbe und Wohnungen entstehen sollen und der Bevölkerungsstruktur dieses Stadtteils Rechnung getragen wird.

Da es in Mülheim auch viele nicht erwerbstätige Menschen gibt, möchten wir Projekte fördern, die diesen Menschen wieder eine Perspektive geben, so z.B. durch die Errichtung eines Recyclinghofes.

Mülheimer Süden inklusive Hafen

DIE LINKE begrüßt, dass zur Entwicklung eines Planungskonzeptes für diesen Bereich ein Werkstattverfahren durchgeführt wurde, das eine breite Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger ermöglichte.

Auch wir vertreten die Ansicht, dass der Mülheimer Süden ein städtisch gemischtes Quartier werden soll, in dem Wohnen und Arbeiten nebeneinander Raum haben. Wie auch im Mülheimer Norden sollen Initiativen, Vereine und Einzelpersonen in die Planung mit einbezogen werden.

Von den angestrebten 1500 Wohnungen sollen mindestens 500 Wohnungen durch öffentlich geförderten Wohnungsbau entstehen. Daneben sollen Gewerbe, Büros und Dienstleistungen angesiedelt werden.

Die in den letzten Jahren in den Mülheimer Süden gezogenen kreativen Nutzerinnen und Nutzer z. B. „Kunstwerk“ und „Gebäude 9“ sollen ebenso wie die funktionierenden Produktions- und Gewerbestandorte in ihrem Umfeld verbleiben. Der Hafen mit seiner bedeutsamen Schutzhafenfunktion muss erhalten bleiben.

Dem vorbeugenden Hochwasserschutz im Mülheimer Süden muss Rechnung getragen werden. DIE LINKE Köln kämpft dafür, dass in gesetzlichen Überschwemmungsgebieten keine rechtswidrige Bebauung stattfindet.

Bei allen Baumaßnahmen muss gewährleistet sein, dass die Zugänge zum Rhein barrierefrei sind.

Dem Stadtteilzentrum in Köln-Porz droht der Verfall

Nach der Schließung des Hertie-Kaufhauses setzte im Zentrum von Porz eine Abwärtsspirale ein. Viele kleine Geschäfte in der Nachbarschaft mussten nach der Hertie-Pleite schließen. Heute wirkt das Stadtteilzentrum teilweise wie eine Geisterstadt. Spät, aber immerhin bemüht sich die Stadt, die Immobilie zu erwerben. DIE LINKE unterstützt dieses Vorhaben und fordert, den Umbau so vorzunehmen, dass Wohnungen und kleine Geschäfte entstehen.

Finkenberg

Immer größere Wohnungsbestände sind im Besitz von Spekulant*innen. Dadurch verkommen ganze Stadtteile, darunter Chorweiler und Finkenberg. In den letzten Jahren hat sich die Kommunalpolitik mit der Situation in Chorweiler beschäftigt. (siehe auch Kapitel „Wohnen“) In Finkenberg stagniert die Situation. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass sich die Stadt Köln künftig intensiv mit der Situation in Finkenberg beschäftigt und für vernünftige Wohnungen und gute Infrastruktur sorgt.

Die Generalsanierung der Fachhochschule zur Weiterentwicklung der rechtsrheinischen Stadtteile nutzen

DIE LINKE hat sich immer für den Verbleib der FH in Deutz ausgesprochen. Die Verlegung in die Südstadt ist vom Tisch. Nun muss die Neugestaltung der FH am alten Platz so erfolgen, dass die benachteiligten Stadtteile Kalk und Humboldt/Gremberg profitieren. Der neue Campus muss offen sein und die umliegenden Quartiere an sich binden. Dadurch kann studentisches Leben zur Weiterentwicklung der Schäl Sick beitragen. DIE LINKE wird mit der Forderung nach Sozialwohnungen auch in diesem Bereich darauf achten, dass die soziale Mischung auf der rechten Rheinseite erhalten bleibt. Mit uns wird es kein Luxusquartier im Deutzer Hafen geben.

Alternativen für die Schäl Sick

Leider ist es den konservativen und spießigen Kräften von SPD bis FDP gelungen, das Autonome Zentrum aus Kalk zu vertreiben. Damit wurde ein Ansatz für eine alternative Szene auf der rechten Rheinseite zerschlagen. DIE LINKE wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass radikaldemokratische, autonome und alternative Zentren im Rechtsrheinischen eine Chance erhalten.

II.4 Von der autogerechten zu einer lebenswerten Stadt – für umlagefinanzierten ÖPNV ohne Fahrschein und besseren Radverkehr

DIE LINKE kämpft auch in der Verkehrspolitik für eine lebenswerte Stadt: mit mehr Raum für Fußgänger, Radfahrer und spielende Kinder wie für das soziale Leben auf Straßen und Plätzen. Im Fokus unseres Handelns steht nicht das Auto. Auch die Hoffnung, dass Elektroautos die Probleme des fließenden und ruhenden Verkehrs lösen werden, ist obsolet. Damit es zu einer spürbaren Verbesserung der Verkehrssituation in Köln kommt, folgt DIE LINKE vielmehr drei Grundsätzen:

- ▷ Verringerung von erzwungener Mobilität durch Ausweitung der Möglichkeiten wohnortnaher Versorgung und Freizeitgestaltung,
- ▷ Nutzung der verbleibenden Mobilität mit Verkehrsmitteln des Umweltverbundes (öffentlicher Personenverkehr, Radfahren und zu Fuß gehen),
- ▷ Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs parallel zur Verbesserung der Angebote des Umweltverbundes.

Wir setzen uns konsequent dafür ein, die Räume für Fußgänger auszuweiten, ein Radschnellwegenetz anzulegen und kämpfen für einen besseren, preiswerteren und barrierefreien ÖPNV.

Ein Schwerpunkt unserer Verkehrspolitik ist die Einführung eines Einwohner*innentickets für die KVB und die anderen in Köln aktiven Verkehrsunternehmen, das über eine sozial gestaffelte Umlage von allen Einwohner*innen der Stadt und den in Köln ansässigen Unternehmen finanziert wird. Mit den zusätzlichen Mitteln kann die KVB ihr Angebot ausbauen. Busse und Bahnen könnten öfter fahren. Durch das Einwohner*innenticket kann der Autoverkehr in der Stadt verringert werden, damit den Verkehrskollaps vermeiden, die Lebensqualität erhöhen, dem nichtmotorisierten Verkehr mehr Raum und Sicherheit geben und den CO₂-Ausstoß senken.

Ausbau und Verbesserung des Radverkehrs und der Räume für Fußgänger

Das Rad bietet viele Vorteile: Es ist leise, verbraucht kein Benzin, schont Ressourcen, hinterlässt kaum Abfall, spart Geld und Zeit und verbraucht wenig Platz. Auf einem PKW-Stellplatz haben zehn Räder Platz.

Radfahren ist keine Freizeitfortbewegung, sondern ein vollwertiges Verkehrsmittel, vor allem für die Mobilität in der Stadt. Das haben viele Kölner*innen bereits festgestellt. Der Radverkehr nimmt trotz schlechter Bedingungen stetig zu: in den letzten fünf Jahren um 20 Prozent.

DIE LINKE macht sich daher im Rat, den Bezirksvertretungen und in Bürgerinitiativen für eine Verbesserung des Radverkehrs und der Räume für Fußgänger stark.

Wir setzen uns ein für:

- ▷ Den Rückbau mehrspuriger Auto-Straßen, um Platz für Radfahrer zu schaffen. Die viel zu schmalen Radwege können sinnvoll die Fußgängerwege verbreitern und auch dort zu einer deutlichen Verbesserung der Nutzung beitragen.
- ▷ Beispielsweise fordern wir wie der VCD die Sperrung der Zülpicher Straße zwischen Ring und Innerer Kanalstraße für den Autoverkehr. Der motorisierte Individualverkehr kann problemlos über die Luxemburger- und die Bachemer Straße abgewickelt werden. So könnte die heute extrem gefährliche Situation für Radfahrer entschärft werden. Auf der Zülpicher Straße entstünde lebenswerter Stadtraum.
- ▷ Radfahrer*innen gehören auf die Straßen. Verbleibende Radwege müssen vor dem Zuparken geschützt werden. Mehrere Studien der Versicherungswirtschaft haben festgestellt, dass es wesentlich weniger Unfälle gibt, wenn der Radverkehr auf der Straße stattfindet.
- ▷ Der kontinuierliche Ausbau eines innerstädtischen Radwegenetzes, eingebettet in ein Schnellwegenetz für Radfahrer, schafft Sicherheit für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen und ermöglicht ein schnelles Vorankommen auch per Rad.
- ▷ Freigabe sämtlicher Einbahnstraßen für den Radverkehr. Das erhöht die gegenseitige Rücksichtnahme und beugt Rassen vor.
- ▷ Der Fußgänger*innenverkehr muss oberirdisch bleiben. Nicht-motorisierten Verkehrsteilnehmer*innen ist es nicht zuzumuten, ihre Wege unterirdisch zurückzulegen. Insbesondere für Frauen ist es nicht hinnehmbar, sich in solchen Angsträumen fortzubewegen.
- ▷ Eine diagonale und damit schnelle Querung an Kreuzungen für Fußgänger und Radfahrer, indem die Ampelschaltung den Autoverkehr in alle Richtungen während dieser Phase stoppt.
- ▷ Die vermehrte Durchführung autofreier Sonntage und Wochenenden in den Veedeln, um so den Bewohner*innen zumindest zeitweise die Erfahrung zu ermöglichen, wie schön das Leben ohne Autos in ihrem Veedel ist.
- ▷ Perspektivisch eine autofreie Innenstadt.
- ▷ Grundsätzlich fordern wir Tempo 30 innerhalb der Stadt (nur bei großen Ausfallstraßen sollten nach sorgfältiger Prüfung ggf. 50 km/h erlaubt sein). Das erhöht das durchschnittliche Gesamttempo innerhalb der Stadt, weil der Verkehr kontinuierlicher fließt, gleichzeitig werden Lärmemissionen und Abgase wesentlich gemindert. Auch die Unfallfolgen wären geringer: Durchschnittlich zehn Verkehrstote pro Woche in NRW sind zu viel!

Umlagefinanzierter öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Der motorisierte Individualverkehr muss verringert werden. Die Zukunft gehört gemeinschaftlichen Transportmitteln in

Form von Bussen und Bahnen auf längeren und dem Radverkehr und den Fußgänger*innen auf kürzeren Strecken, wenn ein größtmögliches Maß an individueller Mobilität bei gleichzeitiger Umgestaltung der Stadt im Sinne von mehr Lebensqualität für alle ermöglicht werden soll. Technisch ist das allemal machbar. Die Geister scheiden sich an der Finanzierbarkeit des ÖPNV.

Die KVB trägt sich momentan wirtschaftlich nicht, die Preise sind trotzdem zu hoch, um eine finanziell attraktive Alternative zum eigenen PKW darzustellen. Die Taktzeiten sind außerhalb des Berufsverkehrs zu lang, im Berufsverkehr sind Busse und Bahnen oft hoffnungslos überfüllt.

Wir setzen uns deshalb für einen umlagefinanzierten (und fahrscheinlosen) ÖPNV ein. Das Prinzip des umlagefinanzierten ÖPNV ist: Alle erwachsenen Einwohner*innen zahlen sozial gestaffelt pro Jahr einen Pauschalbetrag. Für Menschen mit einem Einkommen von unter 1.050,- Euro darf das Einwohner*innenticket nicht mehr als 20,- Euro im Monat kosten. Im Gegenzug muss für die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel kein Fahrschein mehr gekauft werden. Dieses Modell bietet viele Vorteile:

- ▷ Die KVB erhält einen gesicherten Finanzrahmen, der Planungen ermöglicht, die sicherstellen, dass die Taktzeiten und damit die Beförderungskapazitäten dem wachsenden Nutzungsbedarf angepasst werden, sowohl auf bestehenden wie auf noch zu realisierenden Strecken. Solche zusätzlichen Strecken sind notwendig, um allen Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt auch wirklich den ÖPNV als Alternative zum PKW-Verkehr nicht nur schmackhaft zu machen, sondern gleichzeitig das Recht auf Mobilität als Form der Daseinsvorsorge zu gewährleisten.
- ▷ Wer eine solche Abgabe zahlt, wird den ÖPNV auch öfter nutzen. Durch wohnortnahe Car-Sharing-Stützpunkte kann der Bedarf an auch weiterhin notwendigen individuellen PKW-Nutzungen abgedeckt werden. Zusätzlich können Taxis genutzt werden. Pendler zahlen ihren Beitrag entweder über Parkgebühren in P&R-Stellplätzen am Rande der Stadt oder über einen Ticketerwerb für den ÖPNV in ihrem Heimatort, von dem ein Teil im Rahmen des Verkehrsverbundes an die KVB abgeführt wird. Gut vorstellbar ist auch eine Unternehmensabgabe, was die Mobilitätsausgaben der Unternehmen für ihre Mitarbeiter deutlich senken würde. Um auch die zahlreichen Tourist*innen an den Kosten zu beteiligen, ist z.B. eine Bettenabgabe für Hotels denkbar, die direkt für den ÖPNV genutzt wird.

> Wenn das PKW-Aufkommen in Köln sinkt, können heutige Straßenverkehrsflächen zurückgebaut werden. Der Parkplatzbedarf wird signifikant sinken. Für den LKW-Verkehr ist ein Mautsystem zu installieren, das so auszulegen ist, dass der Güter-Durchgangsverkehr unwirtschaftlich wird und nur die notwendige Belieferung der ortsansässigen Händler, Unter-

nehmen und Einwohner*innen in der Stadt ermöglicht wird. Die Straßen können für die Fortbewegung von Radfahrern genutzt werden, Plätze und Fußwege von Fußgängern. Heute zugeparkte Straßen werden wieder als Lebensraum erschlossen.

Die konkrete Umsetzung für einen solchen umlagefinanzierten ÖPNV soll sofort von den Gremien der Kommune initiiert werden. Die Stadt braucht ein verwaltungsübergreifendes Mobilitätsmanagement, das sich der Umsetzung widmet und neben dem ÖPNV die Stadtentwicklung als Ganzes im Auge behält – Radverkehr, Fußgänger, Barrierefreiheit, Rad-schnellwege etc.

Für den ÖPNV fordern wir schon jetzt:

- ▷ Das Recht auf Mobilität steht allen Einwohner*innen dieser Stadt zu, Menschen im Rollstuhl ebenso wie Menschen mit Kinderwagen und älteren Mitbürger*innen, die in ihren Einstiegsmöglichkeiten eingeschränkt sind. Dort, wo ein niveaugleicher Einstieg mit vertretbarem finanziellen Aufwand nicht zu realisieren ist, müssen in den Bussen und Bahnen installierte technische Einstiegshilfen genutzt werden, die die Nutzbarkeit des ÖPNV auch für diese Bevölkerungsgruppen sicherstellen
- ▷ Weitere U-Bahn-Bauten lehnen wir ab. Oberirdische Stadtbahnen bedeuten für die ÖPNV-Kunden mehr Aufenthaltsqualität in der Bahn und die Reduzierung von Angsträumen. Darüber hinaus kann mit demselben Finanzmitteleinsatz ein Vielfaches an oberirdischen Stadtbahnwegen realisiert werden;
- ▷ In sämtlichen Stadtbahnen, U-Bahnen und Bussen müssen – ordentlich bezahlte – Zugbegleiter mitfahren.
- ▷ Um Busse und Bahnen attraktiver zu machen, ist es notwendig, eine ausnahmslose Vorrangschaltung in den Ampelanlagen zu programmieren, so dass der Autoverkehr gestoppt wird, sobald sich ein Bus oder eine Bahn nähert.
- ▷ In Köln sind auch nachts viele Menschen unterwegs. Die KVB bietet nachts kein adäquates Angebot. Wir fordern einen durchgängigen Nachtverkehr auf allen Stadtbahnlinien im Halbstundentakt, in Kombination mit Nachttaxis in umliegende Gemeinden an den Endhaltestellen.
- ▷ Es sind Discobusse einzurichten, die junge Menschen an Wochenenden sicher transportieren.
- ▷ Da immer mehr Menschen für eine Wegestrecke verschiedene Verkehrsmittel nutzen, müssen komfortable und effektive Knotenpunkte entstehen. Die Kombination von Rad und Bahn ist eine sinnvolle Möglichkeit, um motorisierten Individualverkehr zu vermeiden. Deshalb sind an allen DB-Bahnhöfen auf dem Kölner Stadtgebiet Fahrradparkhäuser mit Servicestationen zu errichten; an den Endhaltestellen der KVB ergänzend Parkhäuser und Taxistände.

▷ Die elektronischen Informationssysteme der verschiedenen Verkehrsträger im ÖPNV müssen optimal aufeinander abgestimmt werden.

Anbindung an den Fern- und Regionalverkehr

Der Bahnhof Deutz nimmt in seiner Bedeutung als Verkehrsknotenpunkt aufgrund seiner Stellung im europäischen ICE-Verkehr ständig zu. Die Hohenzollernbrücke ist völlig überlastet, die Folge sind Verspätungen und Ausfälle im Nah- und Fernverkehr. Eine Erweiterung ist dringend notwendig. Der Hauptbahnhof kann seine Bestimmung erfüllen, wenn dieser durch weitere Gleise und eine attraktive Fußgängerverbindung mit dem Bahnhof Deutz verknüpft wird. Mit einem Brückenbau nördlich der Hohenzollernbrücke kann auch eine komfortable Fahrradverbindung über den Rhein geschaffen werden, die den Radverkehr vom Breslauer Platz aufnimmt und über eine Rampe kreuzungsfrei über die Rheinuferstraße auf die Brücke führt.

DIE LINKE tritt für einen Haltepunkt des Rhein-Ruhr-Express (RRX) auch in Köln-Mülheim ein, damit ein verbessertes Angebot der Bahn für Pendler*innen auch im Rechtsrheinischen zum Tragen kommt. Wir unterstützen den Protest von tausenden Menschen, die täglich den Mülheimer Bahnhof benutzen und zurzeit noch auf die S-Bahn und den Regionalexpress angewiesen sind. Es darf nicht sein, dass Bewohner*innen aus dem Rechtsrheinischen vom Verkehrsangebot eines RRX ausgeschlossen werden. Nach Beendigung der vom Verkehrsverbund Rheinland in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie soll der Rat der Stadt Köln sich für die berechtigten Forderungen ihrer Einwohner*innen mit dem Ziel einsetzen, auch einen Haltepunkt des RRX im Bahnhof Köln-Mülheim einzurichten. Gerade dieser Bahnhof eignet sich schon jetzt durch seine aktuelle Ausstattung als Haltepunkt.

Flughafen Köln/Bonn

Inzwischen arbeiten tausende Menschen im Frachtflughafen. DIE LINKE setzt sich für den Erhalt dieser Arbeitsplätze ein. Gleichzeitig muss der Lärmschutz im Umfeld des Airport verbessert werden.

DIE LINKE fordert ein generelles Nachtflugverbot am Flughafen Köln-Bonn, denn Gesundheit hat Vorrang vor – eventuell sogar nur vorgeschobenen – wirtschaftlichen Überlegungen

Klimaschutz und Klimawandel

DIE LINKE Köln unterstützt ausdrücklich das Zustandekommen des Klimaschutzkonzeptes und fordert dessen Verabschiedung durch den Rat der Stadt Köln.

Grundsätzlich begrüßen wir die mit dem Konzept verbundenen Bilanzierungen und die daraus abgeleiteten durchzuführenden Maßnahmen.

Dennoch verbinden wir mit einzelnen Themenbereichen noch folgende konkrete Forderungen:

- ▷ Die energetische Sanierung von Gebäuden darf nicht dazu führen, dass diese für Menschen mit einem niedrigeren Einkommen nicht mehr finanzierbar sind.
- ▷ Auch unterstützen wir die im Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV, lehnen die im Konzept vorgeschlagenen Ticketangebote jedoch als nicht weitreichend genug ab. Diesen Angeboten setzen wir unsere Forderung nach einem umlagefinanzierten ÖPNV entgegen. Ein umlagefinanzierter ÖPNV gibt allen Menschen die Möglichkeit zur Teilhabe und wäre auch eine ernstzunehmende Konkurrenz zum Individualverkehr, sprich, es würde wohl auch weniger Auto gefahren.
- ▷ Besonders erwähnenswert ist die im IKSÜ vorgeschlagene Umgestaltung verschiedener Straßen hin zu einer verstärkten Nutzung für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. DIE LINKE Köln wird diesen Weg aktiv durch viele konkrete Forderungen für einzelne Straßen unterstützen und darüber hinaus auch auf eine stärkere Konzeptionierung dieser Vorgaben drängen.
- ▷ Auch vernachlässigt das IKSÜ unserer Auffassung nach den Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE). Hier werden nur wenige, in Quantität und Qualität unzureichende Vorgaben gemacht.
- ▷ So geht man in der aktuellen Version in dieser Hinsicht kaum auf den kommunalen Energieversorger „Rheinenergie“, seinem zu stark auf fossile Brennstoffe ausgerichteten Portfolio und seiner zukünftigen Rolle in der Energiewende der BRD ein, obgleich die Stadt Köln mittels ihrer Stadtwerke zu 80% an ihm beteiligt ist. Hier wären klarere Vorgaben anzustreben.
- ▷ Auch die Möglichkeiten zur Integration der EE in das Stromnetz der Zukunft werden stark vernachlässigt. Obgleich die Strom und Wärme produzierenden Gaskraftwerke der Rheinenergie und auch die in einem Maßnahmen-Vorschlag erwähnten Wärmepumpen, hochflexibel betrieben werden, und damit auch eine wichtige Regelleistung für ein stark durch EE geprägtes Stromnetz bereitstellen könnten, wird hier nicht nach angemessenen Wegen gesucht. So wird beispielsweise der Einsatz von Wärme- und Fernwärmespeichern nicht mal erwogen.

Dennoch fassen wir das Klimakonzept als einen deutlichen Fortschritt auf dem Weg zu konzeptionierten Umweltschutzbemühungen auf.

Kommunale Anpassung an den Klimawandel

Das Klima verändert sich massiv. Gerade in der Stadt werden die Auswirkungen extrem sein. Trotz der Bemühungen zum Klimaschutz wird Köln durch den Klimawandel betroffen sein.

Wir werden Temperaturen von über 40° C erreichen. Die Zahl der Tage über 25° wird um bis zu 70 % zunehmen. Die

Anzahl der Tage über 30° sogar um bis zu 150 %. Gerade in dicht bebauten Vierteln werden wir das massiv spüren.

Vor allem Kleinkinder, Kranke und Ältere werden hohen Belastungen ausgesetzt sein. Das darf nicht auch noch durch falsche Planung verstärkt werden.

- ▷ Nachhaltige Stadtentwicklung überplant möglichst nicht die Kalt- und/oder Frischluftleitbahnen sowie die Entstehungsgebiete.
- ▷ Eine Ausweitung der Siedlungsflächen in Grün- und Freiräume ist möglichst zu vermeiden und stadtklimatisch unbedenklich zu entwickeln.
- ▷ Wohnflächen sind möglichst durch Nachverdichtung zu entwickeln.

Das wachsende Köln muss bei Wohnungsbau und Gewerbebeansiedlung leider in die unbebaute Fläche. Darum ist die Anpassung teilweise sehr extrem. So muss in hochverdichteten Bereichen für Bauvorhaben verbindlich vorgeschrieben werden:

- ▷ Ausgleichsmaßnahmen zwingend vor Ort
 - ▷ Sonnenrückstrahlung von Dächern, Fassaden und Flächen durch reflektierende Materialien und helle Farben.
 - ▷ Senkung der Aufheizung von Dächern und Fassaden durch Verschattung und Begrünung
 - ▷ Reduzierung der Flächenaufheizung durch Entsiegeln, Bäume, Verschattung und helle Pflasterung
- DIE LINKE fordert die möglichst breite Umsetzung von Handlungsempfehlungen der „Klimawandelgerechte Metropole Köln“ und insbesondere:
- ▷ Verbindliche Vorgabe zur Platzgestaltung: durch Pflanzungen oder Verschattungselemente sind 50 % der Fläche vor Sonneneinstrahlung zu schützen.
 - ▷ Parkplätze mit Bäumen oder baulichen Elementen zum Schattenspender machen, als Schutz für Fußgänger und Vermeidung der Überhitzung von Geschäften
 - ▷ Entsiegelung überdimensionierter Straßen und Kreuzungen
 - ▷ heller Asphaltbeton für Fahrbahnen
 - ▷ Schattenspender an KVB-Haltestellen
 - ▷ Klimaanlage in allen Bussen und Stadtbahnen
 - ▷ Trinkwasserspender an belebten Orten und in öffentlichen Gebäuden
 - ▷ Zierbrunnen in Wohngebieten
 - ▷ Zisternen zur Aufnahme von Starkregen und als Wasserspeicher

II.5: Umwelt, Energiewende und Grün gestalten und schützen – Global Denken, lokal handeln

Die Umsetzung der Energiewende und Schließung der Wertstoffkreisläufe ist eine der vordringlichen kommunalen Aufgaben.

Wir fordern daher insbesondere eine weitergehende Förderung der Photovoltaik, Kraft-Wärme-Kopplung und einen ökologisch sinnvollen Einsatz von biogenen Brennstoffen.

Die Umsetzung dieser Aufgaben sollte im Verbund mit dem kommunalen Energieversorger (RheinEnergie) erfolgen.

RheinEnergie

Die Rheinenergie, die Köln und Teile der Region mit Wasser, Gas, Strom und teils mit Wärme versorgt, gehört zu 80% den Stadtwerken der Stadt Köln.

Aufgrund des großen Kraft-Wärme-Kopplung-Anteils und des relativ hohen Erdgas-Anteils arbeitet der Energieversorger mit überdurchschnittlicher energetischer Effizienz. Wir befürworten dieses ausdrücklich.

Darüber hinaus fordern wir jedoch:

- ▷ Eine deutliche Erhöhung des derzeit 4%igen Ökostromanteils an der Stromerzeugung, mit der die RheinEnergie Anschluss an den bundesweiten Ökostromanteil von aktuell ca. 20 % und die entsprechenden Ausbauziele bis 2020 findet. Dabei verstehen wir Ökostrom als Strom aus ausschließlich erneuerbaren Energiequellen. Der weitere Ausbau des Ökostromanteils soll sich an der gesellschaftlichen Entwicklung orientieren. Der Strom aus Wind und Photovoltaik ist umweltfreundlich und zunehmend günstig. Deswegen sollte der größte Anteil des Ökostromes der RheinEnergie aus diesen beiden Quellen in eigenen Anlagen produziert werden. Hierbei soll der Biomasseanteil am Ökostrom mit Ausnahme der Reststoffverwertung nicht mehr ausgebaut werden, weil Biomasse aus eigens zu diesem Zweck produzierten Rohstoffen eine schlechtere Ökobilanz als der bisherige Strommix aufweist.
- ▷ Wir fordern, dass ab dem Jahr 2018 die ersten Windparks mit Energiespeichern und der dazu gehörenden Infrastruktur versehen werden.
- ▷ Um den kommunalen Energieversorger stärker in den Dienst aller Menschen zu stellen, bedarf es einer transparenteren Energiepolitik.

In die jährlichen Geschäftsberichte der RheinEnergie sollten daher folgende Punkte mit aufgenommen werden:

- ▷ Die Gesamtmenge des selbst produzierten Stromes und dessen Verteilung auf die verschiedenen Energieträger
- ▷ Die durchschnittliche CO₂-Emission pro Kilowattstunde Strom mit und ohne Berücksichtigung des Einspareffektes durch Kraft-Wärme-Kopplung.

Photovoltaik

Wir fordern den weiteren Ausbau der Photovoltaik als ideale und zunehmend günstige Ergänzung zum Windstrom, mit dem sie zusammen das Rückgrat der Energiewende bilden wird.

Um dieses zu erreichen, sollen innerhalb der nächsten 6 Jahre alle geeigneten öffentlichen Dachflächen mit Photovol-

taikanlagen versehen werden. Sie sollten möglichst in die Himmelsrichtungen Ost, Süd und West ausgerichtet und mit moderner Einspeisetechnologie inklusive IT-Kommunikation versehen werden, um unser Stromnetz zu stabilisieren.

Darüber hinaus sind geeignete Fassaden und ggf. auch deren Sonnenschutzelemente mit Photovoltaik auszustatten.

Kraft-Wärme-Kopplung

DIE LINKE Köln unterstützt den weiteren Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, damit die eingesetzte Energie effizienter genutzt und das Stromnetz entlastet wird.

Hierzu sollten alle alten und unwirtschaftlichen Heizungsanlagen in städteigenen Gebäuden schrittweise durch moderne mit Gas oder im Einzelfall mit Hackschnitzeln betriebene Blockheizkraftwerke ersetzt werden. Mit dieser Technologie lassen sich Energie sparen, das Stromnetz im angepassten Betrieb entlasten und die Gebäude vollständig beheizen.

Abfallgebühren senken – Wertstoffkreisläufe nutzen

Müllvermeidung steht für DIE LINKE vor Müllverarbeitung. Wir fordern eine Intensivierung der kommunalen Wertstoffkreisläufe. Dies gilt insbesondere für den Einsatz von Komposten und Brennstoffen organischen Ursprungs.

Grundsätzlich sind alle biogenen Reststoffe getrennt zu sammeln, so dass man sie, bzw. ihre Folgeprodukte sowohl getrennt als auch vermischt verwerten und vermarkten kann.

Die städtische Kompostierung ist, im Zuge der nächsten Modernisierung mit einer Vergärungsanlage, zur Produktion von Biogas zu koppeln. Hackschnitzel, Biogas, Kompost, Wärme und Strom sind die begehrten Folgeprodukte dieser bisher noch nicht konsequent betriebenen Prozesse.

Hierdurch werden die zu verbrennenden Abfallmengen weiter sinken. Wir sprechen uns aber generell gegen Müllimporte aus dem Ausland und stattdessen für eine Teilstilllegung der Müllverbrennungsanlage aus. Die Teilstilllegung soll für die Gebührenzahler kostenneutral bleiben, weitere Müllvermeidung muss durch die kommunale Gebührengestaltung gefördert werden.

Das Grün in der Stadt – für die Menschen, den Naturschutz und die Artenvielfalt

Das Grün in der Stadt Grün hat eine Vielzahl von Aufgaben:

- ▷ Es dient der Stadtgesellschaft zur Naherholung
- ▷ verbessert das Stadtklima durch Reduzierung von Schadstoff- und Lärmemissionen
- ▷ senkt die Temperatur (positiv im Hinblick auf den fortschreitenden Klimawandel)
- ▷ ist Lebensraum für eine Vielzahl von Arten

▷ wird im zunehmenden Maße als Rohstoffquelle an Bedeutung gewinnen.

DIE LINKE fordert deshalb eine konsequente Erfüllung dieser Vorgaben.

Bei Neuanpflanzungen soll im Hinblick auf Arbeitsaufwand und entsprechende Kosten darauf geachtet werden, dass Bäume, Büsche und andere Pflanzen nicht zu pflegeintensiv oder schädlingsanfällig sind (z.B. Platanen–Masaria-Pilz).

Die städtischen Grünanlagen dienen der Erholung.

Damit sie so weit wie möglich auch dem Naturschutz, der Artenvielfalt und dem sozialen Zusammenhalt nutzen, fordert DIE LINKE:

▷ Den Einstieg in die „essbareStadt“: Ob Erdbeeren, Salat oder Zwiebeln: Die Stadt Köln lässt in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk urbanes Grün Köln da, wo es sinnvoll ist, und die Erholungsfunktion der Grünanlagen nicht stört, Gemüse, Obst und Kräuter anbauen, und jede(r) darf sich bedienen. So werden Beete, Brachen und Grünanlagen zum Garten für alle. Die öffentlichen Nutzpflanzen zeigen, wie man sich gesund ernährt und steigern die Wertschätzung für regionale Lebensmittel. Ob jäten oder ernten: Jeder darf und soll mitmachen: „Pflücken erlaubt“ statt „Betreten verboten“ ist unser Ziel für öffentliches Grün, denn wir haben ein Recht auf Stadt.

▷ Städtische Streuobstwiesen, die öffentlich genutzt werden können und sollen, sind ein wichtiger naturnaher Lebensraum für viele Arten. Deshalb fordert DIE LINKE, dass auf der Merheimer Heide, im äußeren Grüngürtel und auf einer weiteren geeigneten Fläche in den nächsten vier Jahren je eine mindestens drei Hektar große Streuobstwiese angelegt wird.▷ Grundsätzlich sollten ungenutzte Wiesen in nicht-repräsentativen Grünanlagen nur einmal im Jahr gemäht und so zu artenreichen Magerwiesen werden. Die Mahd soll aufgenommen und zumindest einer energetischen Verwertung zugeführt werden.

▷ Insektenhotels, Nistkästen und Quartiere für Vögel und Fledermäuse sollen angelegt werden.

▷ Durch den Verzicht auf den Einsatz von Pestiziden, Aufklärung und eine konsequente Anwendung der Bestimmung zur biologischen Bewirtschaftung in der städtischen Gartenordnung wirkt die Stadt dem Bienensterben entgegen.

▷ Zur Weiterentwicklung einer ökologischen Grünflächenpflege arbeitet die Verwaltung mit Umweltverbänden regelmäßig sinnvoll zusammen.

DIE LINKE fordert einen nachhaltigen und ökologischen Umgang auch mit Forstflächen im städtischen Grün.

Große Grünflächen (ab 2500 Quadratmetern) mit entsprechendem Gehölzanteil (ab 500 Quadratmetern) sollen als Nahrungsquelle, Rückzugs- und Lebensraum für verschiedenste Arten dienen.

▷ Dafür sollen z. B. Asthaufen angelegt werden, und stehendes Totholz so lange wie möglich erhalten bleiben.

▷ Auf städtischem Forstgebiet soll es zu keinem Einsatz von Holzvollerntern (Harvester) mehr kommen, da diese breite Gassen im Wald hinterlassen und einen selektiven Holzeinschlag verhindern.

▷ Abgeschnittenes Strauchwerk und dünne Äste belässt man sinnvoller Weise vor Ort. Bäume müssen im Rahmen der Bestandspflege nicht unbedingt abgeholzt, sondern können auch nur abgeschält und stehen gelassen werden.

▷ 10 % der gefälltten Stämme sollen im Wald verbleiben.

Dies sind nur einige von einer Vielzahl der Maßnahmen, die dazu führen können, dass auch die Stadtbevölkerung an intakter Natur und ökologischer Vielfalt teilhaben kann.

Friedhöfe sind Grünflächen

Die Stadt Köln bewirtschaftet insgesamt 55 Friedhöfe. Sie bieten Hinterbliebenen einen Ort der Besinnung. Die parkähnliche Gestaltung der Friedhöfe und ihre Pflege sind Ausdruck unserer Bestattungskultur. Friedhöfe stellen einen erheblichen Freizeit- und Erholungswert für die Bevölkerung dar. Friedhöfe erfüllen darüber hinaus eine wichtige ökologische Funktion und tragen zur Verbesserung des Stadtklimas bei. Dieser über den eigentlichen Friedhofszweck hinausgehende Nutzen für die Allgemeinheit muss aus dem allgemeinen städtischen Haushalt finanziert werden.

Daher fordert DIE LINKE:

▷ 20 % der jährlich anzusetzenden Kosten für die Grünunterhaltung auf den Friedhöfen ist aus allgemeinen Deckungsmitteln aus dem Haushalt zu finanzieren.

Dies führt zu geringeren Bestattungskosten, die sowohl eine Steigerung der Bestattung in Köln zur Folge haben, als auch eine unmittelbare Entlastung des Sozialhaushaltes im Bereich der Sozialbegräbnisse, deren Kosten ebenfalls sinken werden.

III. Wirtschaft und Finanzen

III.1 Kommunale Finanzen in Köln

Die Finanzlage der Kommunen ist nach wie vor schlecht. Die Steuerpolitik des Bundes, die Verarmung der Bevölkerung, die Übertragung von Aufgaben des Landes und des Bundes auf die Kommunen und die Auswirkungen der Schuldenbremse führten und führen zu einer dramatischen Unterfinanzierung der Kommunen.

Die Bankenkrise der letzten Jahre hat die Situation zusätzlich verschärft. Im Ergebnis der Finanzmarktkrise brachen in Köln die Gewerbesteuereinnahmen dramatisch ein. Das betraf in unserer Stadt vor allem Banken, Versicherungen und Finanzdienstleistungen. Mit der Erholung nach der Krise steigen auch in Köln die Einnahmen aus der Gewerbesteuer langsam wieder an, doch reichen diese Einnahmesteigerungen bei weitem nicht aus, um den notwendigen Bedarf zu decken.

Neben den Auswirkungen der Bankenkrise der letzten Jahre haben vor allem politische Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene die Finanzmisere der Kommunen zuspitzt.

Die öffentliche Hand ist insgesamt unterfinanziert. Die Steuerpolitik des Bundes der letzten fünfzehn Jahre, angefangen mit der rot-grünen Bundesregierung unter Schröder, hat die Einnahmen nicht nur des Bundes, sondern auch der Länder und Kommunen schwer beschädigt.

Die zunehmende Verarmung von Teilen der Lohnabhängigen, die entweder keine oder nur geringe Einkünfte erzielen, führt auf der einen Seite zu weniger Steuereinnahmen, während auf der anderen Seite die Ausgaben für die sozialen Folgen der Umverteilung steigen.

Die Kommunen sind von den Kosten der sozialen Krise, von Massenarbeitslosigkeit und Niedriglöhnen betroffen. Über die „Kosten der Unterkunft“ und andere gestiegene Sozialausgaben werden die Haushalte der Städte und Gemeinden belastet.

Bund und Länder versuchen, ihren Finanzspielraum zu erweitern. Dazu wälzen sie immer neue Aufgaben auf die Städte ab. Dabei verstoßen sie immer wieder gegen das „Konnexitätsprinzip“, nach dem eine Aufgabenübertragung immer an eine Übertragung entsprechender finanzieller Mittel gekoppelt sein soll.

Es ist zu befürchten, dass dieses Problem in den kommenden Jahren noch zunehmen wird. Aufgrund der 2009 beschlossenen Schuldenbremse dürfen Bund und Länder ab 2016 bzw. 2020 praktisch keine Schulden mehr aufnehmen. Es ist zu erwarten – das sieht man auch in vielen Städten und Gemeinden so –, dass Bund und Länder versu-

chen werden, ihre Haushalte auf Kosten der Kommunen zu sanieren.

Umsteuern ist notwendig.

Ohne ein schnelles und grundsätzliches Umsteuern drohen auch in den Kommunen erneute Sozialkürzungen, die die ohnehin schon sozial Benachteiligten am stärksten treffen. Die finanzielle Krise der Kommunen lässt sich aber nur zum kleinen Teil vor Ort lösen.

Nötig ist eine Änderung der Steuerpolitik auf Bundesebene, um die Reichen und Kapitalbesitzerinnen und Kapitalbesitzer zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben heranzuziehen.

Seit 2010 regieren SPD und Grüne in NRW. Immer leiser werden seitdem ihre früheren Rufe nach einer anderen Steuer- und Finanzpolitik, um die Kommunen wieder handlungsfähig zu machen.

Deshalb fordern wir:

- ▷ Eine Gemeindefinanzreform, die die kommunale Finanzkraft stärkt. Alle unternehmerischen Tätigkeiten sollen in die Gewerbesteuerpflicht einbezogen und die Bemessungsgrundlage verbreitert werden. Zudem müssen die Einnahmen aus der Gewerbesteuer vollständig bei den Kommunen verbleiben.
- ▷ Eine Erhöhung der Schlüsselzuweisungen aus dem Steueraufkommen für Großstädte. Sie bieten wichtige Infrastruktur auch für ihr Umland und haben dadurch einen erhöhten Finanzierungsbedarf
- ▷ Einen Kassensturz und die konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, zahlt“): Aufgaben und Lasten, die auf die Kommunen übertragen werden, müssen finanziell ausgeglichen werden.
- ▷ Eine Umverteilung von oben nach unten durch höhere Besteuerung der Reichen und Kapitalbesitzerinnen und Kapitalbesitzer. Wir unterstützen daher das neue Steuerkonzept der Bundespartei DIE LINKE, d.h. eine Reform der Lohn- und Einkommensteuer, der Erbschaftssteuer sowie eine Einführung der Vermögens- und Millionärsteuer für hohe Einkommen.

Auch Köln kann etwas tun.

In den letzten Jahren hat die Kölner Ratsmehrheit nicht erkennen lassen, einen Politikwechsel zu wollen. Mit jedem Haushalt wurden den Menschen neue Kürzungen zugemutet. Sogar der Bürgerhaushalt wurde dazu missbraucht, vermeintliche Sparideen zu kreieren. Damit wird die Idee des Bürgerhaushaltes in sein Gegenteil verkehrt.

Die Kölner Haushaltspolitik orientiert sich dabei an dem

Ziel, das Defizit nicht über die 5 %-Marke der Allgemeinen Rücklage steigen zu lassen. Diese Grenze wurde vom Land NRW gesetzlich festgelegt. Übertritt eine Kommune diese Grenze in zwei aufeinander folgenden Jahren, so muss sie ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen und rutscht eventuell in den Nothaushalt. Ihre politische Selbstständigkeit ist dann erheblich begrenzt. Jede Ausgabe muss von der Bezirksregierung genehmigt werden.

Zwar haben Bund und Land durch ihre Politik die schwierige Situation der Kommunen und auch des Kölner Haushaltes maßgeblich verursacht, aber: Wir stehen in Köln dafür ein, die begrenzten Spielräume der Kommune vollständig zu nutzen!

▷ DIE LINKE setzt sich für eine Erhöhung der Gewerbesteuer auf 490 Hebepunkte ein. Die Gewerbesteuer macht etwa 30% der kommunalen Einnahmen aus. Sie ist die bei weitem bedeutsamste Möglichkeit, die kommunalen Einnahmen aus eigener Kraft zu steigern.

▷ Wir fordern die Einstellung weiterer Betriebsprüfer*innen, die an den Prüfungen der Finanzverwaltung teilnehmen. Hieraus lassen sich weitere Einnahmen für den Haushalt der Stadt Köln generieren.

▷ Wir fordern, dass die Stadt Köln entschieden für den Fortbestand der Kulturförderabgabe kämpft. Immerhin flossen dadurch ca. 7 Mio. Euro in den kommunalen Haushalt.

▷ DIE LINKE spricht sich für eine bessere Steuerung und ein besseres Controlling bei städtischen Bau- und Investitionsmaßnahmen aus. Dazu müssen mehr Mitarbeiter*innen, vor allem Ingenieur*innen, eingestellt werden. So lassen sich ungeplante Mehrausgaben verringern oder gar vermeiden.

▷ Wir treten für Haushaltsklarheit ein: Der Stadthaushalt muss endlich so eingebracht werden, dass er zum 1. Januar des jeweiligen Jahres in Kraft treten kann.

▷ Das findet in Köln seit Jahrzehnten nicht mehr statt. Dadurch gelten die Regeln der vorläufigen Haushaltsführung: Die Stadt kann viele Ausgaben nur reduziert tätigen oder muss sie aussetzen.

▷ Die Haushaltskürzungen im Bereich Soziales, Jugend, Bildung und Kultur von 17,9 Mio. Euro im Jahre 2014 müssen zurückgenommen werden.

Wir treten für Vertragssicherheit ein: Wir wollen, dass die Stadt mit sozialen und kulturelle Trägern längerfristige Verträge schließt, damit sich deren Arbeit nicht von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr hangeln muss.

III.2 Stadt für Gute Arbeit

Mit 496 182 Beschäftigten im Jahr 2013 vermeldet auch die Kölner Arbeitsagentur einen neuen Beschäftigungsrekord.

Doch längst nicht alle Kölner*innen haben etwas davon, denn viele der neu entstandenen Jobs sind schlecht bezahlt, befristet oder Minijobs. Im Gegenteil: 51 700 waren zum Jah-

reswechsel erwerbslos, fast die Hälfte davon, 22 700 Menschen, länger als ein Jahr. Und fast ein Viertel aller Beschäftigten in Köln arbeitet für Niedriglöhne, mit 23 % nimmt Köln einen traurigen Spitzenplatz unter den vergleichbaren Städten wie Frankfurt, Hamburg, München oder Düsseldorf ein. Rund 20 000 Kölner*innen gehen arbeiten und verdienen dabei so wenig, dass sie zusätzlich ALG II beziehen müssen, damit es zum Leben reicht. Dieser Druck wirkt auch auf die Beschäftigten, die besser verdienen.

Ohne eine andere Politik im Bund, für die DIE LINKE mit Forderungen wie einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro, mehr allgemein verbindlichen Tarifverträgen, dem Verbot der Leiharbeit und des Missbrauchs von Werkverträgen streitet, kann diese mit den Hartz-Gesetzen beschleunigte Spaltung des Arbeitsmarktes nicht grundsätzlich überwunden werden.

Doch auch kommunale Politik kann dieser Spaltung des Arbeitsmarktes entgegen wirken und die Bedingungen für gute, mindestens existenzsichernd bezahlte, sozialversicherungspflichtige und tariflich geschützte Arbeit fördern:

▷ Sie kann und muss dafür sorgen, dass die Förderung der Bedingungen für mehr gute und ökologisch verantwortliche Erwerbsarbeit zur Leitlinie der Stadtentwicklung und kommunalen Wirtschaftspolitik wird.

▷ Sie kann und muss dafür sorgen, dass die Stadt und die stadtnahen Unternehmen als Arbeitgeber selbst neue Arbeitsplätze schaffen und als Vorbild für faire Arbeitsbedingungen handeln.

▷ Sie kann und muss auf die Arbeitsagentur und die JobCenter Einfluss nehmen, damit Erwerbslose qualifiziert und in existenzsichernde Arbeit vermittelt werden, statt sie mit Sanktionen in Minijobs und Niedriglöhne zu treiben.

▷ Sie kann und muss neue Wege kommunaler Arbeitsmarktpolitik beschreiten und soziale Projekte, Genossenschaften und Initiativen für neue, gemeinwesenorientierte Arbeitsformen stärken.

LINKE Wirtschaftspolitik für gute Arbeit!

In der Geschichte Kölns wurde die wirtschaftliche Entwicklung stets von der günstigen Verkehrslage am Rhein mit geprägt. Deshalb waren und sind Handel und der Umschlag von Waren stets ein zentraler Wirtschaftsfaktor in Köln. Seit der Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelten sich Industrie und produzierendes Gewerbe zu einem zweiten Standbein der Kölner Wirtschaft. Sie hatten aber in kaum einer Phase der Stadtentwicklung einen die gesamte Stadt so prägenden Einfluss wie in den industriellen Zentren z.B. des Ruhrgebiets.

Dennoch war der dramatische Verlust von mehr als 20 000 industriellen Arbeitsplätzen seit den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrtausends eine einschneidende Entwicklung,

die die soziale Spaltung in Köln verstärkt hat und heute noch räumlich prägt: Denn mit dem Arbeitsplatzabbau bei KHD, der Schließung der Chemischen Fabrik Kalk und dem Niedergang der Kabelherstellung in Mülheim hat er das rechtsrheinische Köln getroffen.

Industrielle Grundlagen erhalten

Von unterschiedlichen großen, schwarz- oder rot-grünen Koalitionen bestimmt folgte die Stadtentwicklung in Köln jedoch in schnellem Wechsel wirtschaftlichen Leitbildern wie der „Dienstleistungsmetropole“, der „Medienstadt“ oder der Hoffnung auf einen biotechnischen Gründerboom. Gemeinsam war diesen Leitbildern, dass die damit verbundenen Hoffnungen auf einen neuen Wirtschaftsmotor für die Stadt trotz aller Erfolge ebenso schnell zerstoßen, wie das nächste Leitbild aufkam. Gemeinsam war ihnen aber auch vor allem, dass darüber die Notwendigkeit einer industriellen Wertschöpfung als Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung weitgehend vernachlässigt wurde.

Mit dem nach langjährigem Druck der Gewerkschaften endlich eingerichteten Kölner Industriedialog und Branchenkonzferenzen für die Automobil- und Chemieindustrie wie auch der Stärkung der Häfen im Logistikkonzept hat in der Stadtentwicklungspolitik eine zaghafte Umorientierung begonnen, die DIE LINKE in Köln ausbauen will:

Wie auch die Gewerkschaften fordern, müssen die Industrie- und die Branchenkonzferenzen weiterentwickelt werden, um Investitionen, die Forschung für die Erhaltung sozial und ökologisch zukunftsfähiger Industriearbeitsplätze und die Entwicklung energie- und rohstoffsparender Verfahren und Produkte zu koordinieren.

DIE LINKE Köln unterstützt uneingeschränkt den Kampf der Belegschaft und des Betriebsrates von FORD Köln für den Erhalt der Fiesta-Produktion. Mit einer an kurzfristiger Profitmaximierung orientierten Unternehmensstrategie setzt der Konzern nicht nur tausende Arbeitsplätze aufs Spiel, sondern mit der in Köln gewachsenen engen Verzahnung von Produktion und Entwicklung mittelfristig auch die Bedingungen einer zukunftsfähigen Produkt- und Unternehmensentwicklung.

DIE LINKE Köln und ihre Mandatsträger im Rat und im Bundestag werden Aktionen der Beschäftigten, ihres Betriebsrats und ihrer Gewerkschaft aktiv unterstützen. Weil Köln und die Region gute industrielle Arbeitsplätze und eine zukunftsfähige Grundlage industrieller Wertschöpfung brauchen, fordert DIE LINKE Köln, dass sich die Stadt Köln an die Seite der Beschäftigten stellt.

DIE LINKE Köln hält die Bereitstellung von auch unter Umweltaspekten geeigneten Flächen für Industrie und Gewerbe ebenso für eine notwendige Aufgabe kommunaler Wirtschaftspolitik wie den Ausbau einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur. Diese muss aber auch die Vermeidung

überflüssiger Transporte und die Verlagerung von der Straße auf die umweltfreundlicheren Transportmittel Bahn und Schiff einschließen. Ein positives Beispiel, wie dies durch die Umnutzung bestehender Industrieflächen geschehen kann, ist der Umzug des Mülheimer Kabelherstellers NKT auf ein vorher von Bayer genutztes Gelände mit eigenem Schiffsanleger am Rhein in Stammheim.

Faire Arbeitsbedingungen auch in der Kreativwirtschaft

Mit 16 500 Unternehmen, die im Großraum Köln 2012 einen Jahresumsatz von 11 Milliarden Euro Jahresumsatz erwirtschafteten, hat sich die sogenannte Kreativwirtschaft zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor in der Region entwickelt. Neben der wirtschaftlichen Stärke wirkt sie als problematisches Vorbild für neue und für die Beschäftigten nachteilige Arbeitsbeziehungen in der sogenannten Dienstleistungsgesellschaft: Fernsehproduktionsfirmen, Werbeagenturen, Modeateliers, Onlineredaktionen oder Computerspielentwickler*innen bieten ihren Beschäftigten die Chance, ein Selbstbild als Pionier/innen zu pflegen, die die Möglichkeiten der digitalen Technologie für neue Beiträge zum kulturellen Leben nutzbar machen. Darüber geraten dann prekäre Beschäftigungsverhältnisse, unbezahlte Praktika, überlange Arbeitszeiten und teilweise sittenwidrige Arbeitsbedingungen allzu oft aus dem Blick. Selbstausbeutung durch überlange Arbeitszeiten und der Druck zur permanenten Erreichbarkeit führen zu einer Entgrenzung von Arbeitszeit und Freizeit, die zunehmend auch in anderen Wirtschaftsbereichen eingefordert wird. Die zunehmende Stressbelastung führt vermehrt zu psychischen, physischen und sozialen Störungen.

Betriebsräte und Tarifverträge sind in der Kreativwirtschaft die Ausnahme. Die gewerkschaftliche Interessenvertretung für die zur Selbstausbeutung gezwungenen Freelancer ist wie auch deren Interesse an den Gewerkschaften eher schwach entwickelt.

Damit faire Arbeitsbeziehungen und tariflich geschützte, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse und die gewerkschaftliche Interessenvertretung auch in der Kreativwirtschaft wieder zur Regel werden, muss bei öffentlichen Aufträgen an die Kreativwirtschaft das Tariftreuegesetz des Landes konsequent angewandt werden. Darüber hinaus fordert DIE LINKE, dass auch bei der städtischen Förderung kreativwirtschaftlicher Unternehmen soziale Standards abgesichert werden.

Im Rat wird DIE LINKE Initiativen von Beschäftigten der Kreativwirtschaft und der Gewerkschaften unterstützen, die Arbeitsbedingungen z.B. in Form einer Branchenkonzferenz öffentlich zu diskutieren. Außerparlamentarisch unterstützt DIE LINKE Gewerkschaften und Beschäftigte bei Aktionen zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen.

Für Sonntagsschutz und gute Arbeit

Auch in traditionellen Dienstleistungsbranchen wie dem Einzelhandel will DIE LINKE Fehlentwicklungen korrigieren: Die Verlagerung des Einzelhandels aus den Stadtteilen auf die grüne Wiese und die ausufernde Verbreitung von Sonntags- und Spätöffnungen im Einzelhandel, die beide die Tendenz zur Ersetzung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen im Handel durch Minijobs noch verstärkt haben, müssen gestoppt werden.

▷ Gemeinsam mit Kirchen und Gewerkschaften fordert DIE LINKE im Kölner Bündnis für den freien Sonntag eine strikte Begrenzung der Sonntagsöffnungen im Einzelhandel. Dafür streitet die LINKE im Rat ebenso wie für die Einhaltung des städtischen Zentrenkonzepts, das die Stadtteile und ihre Zentren vor der Verödung schützt.

▷ Um Minijobs und schlechte Arbeitsbedingungen besonders im Handel, der Systemgastronomie und im Hotelgewerbe zurückzudrängen, setzt sich DIE LINKE in Köln dafür ein, dass die Verwaltung die Erfahrungen mit den vom Land geförderten Modellprojekten zur Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zügig auswertet. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und der Arbeitsagentur müssen solche Ansätze auch für Köln entwickelt und umgesetzt werden.

Außerhalb der Parlamente unterstützt DIE LINKE gewerkschaftliche Aktionen und die Bildung von Betriebsräten, die es im Handel und der Systemgastronomie wie den großen Fast-Food-Ketten längst noch viel zu wenig gibt. Auch im Rat werden wir um Unterstützung dafür werben.

Die Stadt als vorbildliche Arbeitgeberin und Ausbilderin

DIE LINKE fordert, dass die Stadt und ihre Unternehmen wieder neue Stellen schaffen, statt weiter Personal abzubauen: So fehlen z.B. Ingenieure und Architekt*innen, um notwendige Bau- und Verkehrsinvestitionen zu planen und die Kostenentwicklung wirksam zu kontrollieren, es fehlt qualifiziertes Personal für eine hochwertige Betreuung in Kindergärten oder bei den Senior*innenbetrieben und Kliniken, und mit der Einführung eines umlagefinanzierten Einwohner*innentickets können bei der KVB viele neue Arbeitsplätze entstehen, die gebraucht werden, um das Angebot zu verbessern. Bei diesen Neueinstellungen müssen Migrant*innen angemessen berücksichtigt werden.

DIE LINKE fordert wie die Gewerkschaften, dass Neueinstellungen bei der Stadt in der Regel wieder unbefristet vorgenommen werden. Sachgrundlose Befristungen auf zwei Jahre, wie sie zurzeit in der Verwaltung üblich sind, sind unsozial und unterhöhlen die Glaubwürdigkeit der Werbung für gute und sichere Arbeitsplätze in der Wirtschaft.

DIE LINKE sagt konsequent Nein zur Privatisierung oder Ausgründung von Teilbereichen öffentlicher Unternehmen. Die

Stadt und ihre Unternehmen dürfen nicht dazu beitragen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu fördern: Deshalb müssen die Vorbereitungen zur Fremdvergabe von u.a. Reinigung und Kantinen bei städtischen Kliniken sofort eingestellt werden.

Weil zur Funktion eines vorbildlichen Arbeitgebers auch die Einhaltung der Mitbestimmungsrechte von Beschäftigten unverzichtbar ist, fordert DIE LINKE, dass die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in allen städtischen Unternehmen einschließlich der Städtischen Kliniken umgesetzt werden muss.

DIE LINKE fordert, dass die Stadt und ihre Unternehmen durch Einstellungskriterien, gezielte Förderung und Qualifizierung sowie zukunftsweisende Arbeitszeitmodelle eine Vorbildfunktion für Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt übernehmen.

Stadt für gute Ausbildung

Bereits 2008 trug DIE LINKE Köln im Rat entscheidend dazu bei, dass die Stadt mehr als hundert zusätzliche Ausbildungsplätze schuf, um die von den Gewerkschaften geforderte Ausbildungsquote von 6 % zu erreichen. Dieser Beschluss muss auch zukünftig umgesetzt werden. DIE LINKE fordert, dass diese Quote auch bei den kommunalen Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften eingehalten werden muss, um möglichst vielen Jugendlichen eine berufliche Perspektive zu eröffnen. Auch die in der Verwaltung bereits erfolgreich erprobte Einführung von vorbereitenden Kursen, in denen Jugendliche mit Migrationshintergrund Sprachkenntnisse verbessern und in der Schule Verpasstes nachholen, um anschließend eine Ausbildung beginnen zu können, muss ausgebaut und auf die städtischen Unternehmen ausgeweitet werden.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften, der Arbeitsagentur und den für die Berufsausbildung zuständigen Kammern soll die Stadt ihre Erfahrungen nutzen, um für die Nachahmung in der Wirtschaft zu werben. Dabei soll auch geprüft werden, inwieweit die Stadt und ihre Unternehmen, aber auch große Unternehmen und Kammern durch die Bereitstellung ihrer Einrichtungen für Ausbildungsverbünde dazu beitragen, dass von Migrantinnen und Migranten geführte Unternehmen mehr gute Ausbildungsplätze anbieten können.

Kommunale Arbeitsmarktpolitik

Die Hartz-IV-Gesetze mit ihrem entwürdigenden Druck zur Annahme von Arbeit um jeden Preis können auch in Köln nicht einfach außer Kraft gesetzt werden. Doch kann und muss die Stadt ihren Einfluss auf die JobCenter dafür nutzen, dass so weit wie möglich ernsthafte Qualifizierung und existenzsichernde, tarifliche Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose wieder Vorrang vor dem Druck in Richtung schlecht bezahlter Arbeit, Minijobs und sog. Arbeitsgelegenheiten haben. Des-

halb setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass die Fördermittel der Bundesanstalt für Arbeit in Köln wo immer möglich für sinnvolle Qualifizierung und in Kombination mit sozialen Initiativen für den Aufbau von Beschäftigungsprojekten mit tariflich bezahlten Arbeitsplätzen eingesetzt werden.

Ein konkreter Ansatz dafür könnte neben dem Ausbau des erfolgreich erprobten Modells der Stadtteilmütter der Aufbau eines Netzwerkes von Nachbarschaftskantinen, -cafés oder -werkstätten in den Veedeln sein.

Dort kann die Unterstützung von Senior*innen, Jugendlichen und Kindern im Alltag organisiert werden und auch die Entwicklung kultureller Initiativen ihren Platz finden. Beginnend mit den elf besonders benachteiligten Stadtteilen, in denen Sozialraumkoordinatorinnen und -koordinatoren arbeiten, soll die Stadt ein Förderprogramm auflegen, das freien Trägern*innen ermöglicht, unter Nutzung von Lohnkostenzuschüssen der Agentur für Arbeit Sozialstationen zu eröffnen. Dort können auch vorhandene Beratungsangebote wie zum Beispiel Schuldner*innenberatung, Familienberatung oder Sozialberatung koordiniert und ausgebaut werden.

In den JobCentern werden Langzeiterwerbslose mit der Androhung von Leistungskürzungen unter Druck gesetzt, jede noch so schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Arbeitgeber*innen, die nur Hungerlöhne zahlen, werden hingegen kaum belangt, sie können sich im Gegenteil darüber freuen, dass ihre Niedriglöhne auf Kosten der Steuerzahler/innen und der Stadt mit Sozialleistungen subventioniert werden. Deshalb fordert DIE LINKE, dass die Stadt sich dafür einsetzt, dass die JobCenter auch in Köln regelmäßig prüfen, ob bei den fast 20 000 Menschen, die so wenig verdienen, dass sie trotz Arbeit noch Anspruch auf ALG II haben, nicht sittenwidrige Löhne gezahlt werden oder andere arbeitsrechtliche Ansprüche der Beschäftigten missachtet werden. Sie müssen verpflichtet werden, gegen solche Verstöße vorzugehen und im Sozialausschuss des Rates darüber zu berichten.

Solidarisches Wirtschaften

DIE LINKE will neue Wege für gesellschaftlich nachhaltige und sinnvolle Arbeit auch mit der Förderung lokaler Wirtschaft im Sinne eines gemeinwesenorientierten Wirtschaftens beschreiten.

Die Dauerhaftigkeit und Tragfähigkeit neuer Arbeits- und Lebensperspektiven und neuer solidarischer Gesellschaftsstrukturen steht dabei im Mittelpunkt.

Wir wollen vor allem in den besonders von Armut und hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Stadtteilen sowohl Genossenschaften fördern, als auch Vereine und andere Institutionen der Selbsthilfe sowie Belegschaftsinitiativen zur Betriebsübernahme unterstützen, die demokratisch strukturiert sind und eine ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltige Zielsetzung verfolgen.

Dass unter anderem das dafür im Rahmen des Programms Mülheim 2020 entwickelte Modellprojekt „Neue Arbeit für Mülheim“ der unzureichenden Bearbeitung von Förderanträgen an die EU durch die Stadtverwaltung zum Opfer gefallen ist, ist ein von der Verwaltung zu verantwortender Rückschlag, den DIE LINKE im Rat unmissverständlich kritisiert hat.

DIE LINKE fordert, dass dieses Projekt weiter entwickelt und möglichst auch ohne Fördermittel der EU umgesetzt wird.

IV. Für die Zukunft: Bildung, Kinder und Jugend

IV.1 Bildung und Schule

Gute Bildung beginnt für DIE LINKE im frühen Kindesalter. Das Bildungswesen muss alle Kinder individuell fördern und unabhängig von der sozialen Herkunft allen offen stehen. Die Kinder sollen zu gebildeten, selbstbewussten, emanzipierten und demokratischen Menschen werden. Doch hier in Köln muss vieles verbessert werden. Die Stadt Köln hat mit ihrem Bildungsbericht-Bildungsmonitoring ein Instrumentarium geschaffen, das konsequenter als Grundlage effizienter und bedarfsgerechter Steuerung der Bildungsinstitutionen in der Stadt zu nutzen ist. Grundsätzlich gilt, dass von der Kita bis zum Berufskolleg auf möglichst kleine Betreuungs- und Lerngruppen und zeitgemäße Ausstattung mit Lehr- und Unterrichtsmaterialien, Geräten und Medien hinarbeiten ist.

Elementarbildung – gute Kitas für selbstbewusste Kinder

Seit dem 1. August 2013 haben alle Kinder ab einem Jahr einen Rechtsanspruch auf Betreuung. Dennoch sind gerade in kinderreichen Stadtteilen verlässliche, gute Ganztagsangebote für Kinder in Kitas nach wie vor Mangelware. Die für das Kitajahr 2013/14 in Köln angeblich erreichbare Betreuungsquote von 41 Prozent für alle Unter-Dreijährigen ist schön gerechnet und reicht bei weitem nicht aus. Statt einer Bedarfsplanung des U3-Ausbaus ins Blaue hinein brauchen die Kölner Eltern genügend gute Kitaplätze.

Beim quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung droht deren Qualität unter die Räder zu geraten. Im Zuge des U3-Ausbaus wurden Gruppen überbelegt, und zunehmend fehlen Fachkräfte. Die Folge sind zu große Gruppen, kaum individuelle Fördermöglichkeiten, zu wenig Personal, beengte Räumlichkeiten und zu kurze und unflexible Öffnungszeiten.

Die für die Kommunen weit kostengünstigere Tagespflege wurde stark ausgebaut. Das bewertet DIE LINKE kritisch, weil die Qualifikationsstandards des Erziehungspersonals und die Rahmenmindeststandards dort viel niedriger sind. Tagespflege ist für die Eltern weniger verlässlich. Für die Tagesmütter und -väter ist sie eine häufig unterbezahlte und wenig zukunftsplanbare Arbeit. Die Tagespflege ist somit lediglich als Übergangsinstitution vertretbar.

Diese schlechten Rahmenbedingungen in der Kindertagesbetreuung sind im Wesentlichen dem Kinderbildungsgesetz KiBiz geschuldet. Sie wurden aber noch verschärft durch den U3-Ausbau. Bis heute hat die rot-grüne Landesregierung es versäumt, – wie in Wahlkämpfen versprochen – das KiBiz durch ein neues Kitagesetz abzulösen.

Kindertagesstätten und Krippen sind für DIE LINKE nicht

Betreuungseinrichtungen, die nur verwahren. Sie legen vielmehr die Grundlagen für späteres erfolgreiches Lernverhalten: Sie sollen Neugier wecken, Selbstbewusstsein stärken, emotionale und soziale Entwicklung fördern, Kommunikation üben, Konzentration und Motorik fördern.

In den Kindergärten muss viel mehr für die Sprachförderung getan werden. Sprachförderung muss integraler Bestandteil des Bildungsprogramms im Kindergarten sein und setzt überschaubare Gruppen und einen guten Personalschlüssel voraus.

Deshalb müssen alle Kinder unabhängig von der sozialen Situation der Eltern ungehinderten Zugang zu guten Kitas haben, die all das auch leisten können.

Deshalb setzt sich DIE LINKE in Köln ein für:

- ▷ ein inklusives und qualitativ hochwertiges Ganztagesbetreuungsangebot gebührenfrei für ALLE Kinder von Anfang an
- ▷ die Realisierung des Rechtsanspruchs für Einjährige in wohnortnahen, gut ausgestatteten Kindertagesstätten. Beim weiteren U3-Ausbau ist der tatsächliche Elternbedarf zu erheben. Neue Plätze sind vorrangig in Kitas zu schaffen.
- ▷ Kindertagesbetreuung in öffentlicher und gemeinnütziger, nicht in privatgewerblicher und gewinnorientierter Hand. Öffentlich geförderte Kitaplätze müssen für alle Kinder offen sein, unabhängig von Konfession und Glauben.
- ▷ Betreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten, damit Eltern Beruf und Familienleben vereinbaren können
- ▷ kleinere Gruppen und mehr entsprechend ausgebildetes Personal
- ▷ Standards guter Arbeit in Kitas und in der Tagespflege. Die Bezahlung der Erzieher*innen sowie deren Arbeitsbedingungen sind zu verbessern. Tageseltern müssen existenzsichernd entlohnt werden. Werden die Dienstleistungen ausgebaut, ist auch das Fachpersonal aufzustocken.
- ▷ Aus- und Weiterbildungsangebote für Erzieher*innen und andere in Kitas Tätige – mit großer thematischer Bandbreite von Inklusionsbedingten Anforderungen bis hin zu interkultureller Kompetenz. Die Qualifikation von Tagespflegeeltern ist perspektivisch auf Fachkraftniveau anzuheben, wozu (Teilzeit-) Weiterbildungsangebote nötig sind.
- ▷ In Kitas wollen wir einen Professionsmix fördern mit Erzieher/innen, Heil- und Sozialpädagog*innen, Logopäd*innen und anderen Berufsgruppen.
- ▷ ein kostenloses und hochwertiges Mittagessen für alle Kinder
- ▷ eine bessere Ausstattung für Kitas in sozial benachteiligten Stadtteilen.

Einen guten Start ins Schulleben für alle

Mit Abschaffung der Grundschulbezirke beginnt die soziale Selektion oft schon zu Beginn der Schullaufbahn. Doch wir wollen keine Schulen, in denen deutsche Kinder unter sich bleiben, oder Schulen in sozial benachteiligten Stadtvierteln, die von Mittel- und Oberschichtseltern gemieden werden. Alle Kinder eines Viertels sollen gemeinsam in der am nächsten gelegenen Schule lernen.

Die offene Ganztagsgrundschule (OGTS) bleibt weit hinter der Qualität einer gebundenen zurück, weil keine Verzahnung der Nachmittagsangebote mit dem Unterricht stattfindet.

Dazu ist sie chronisch unterfinanziert. Das führt dazu, dass die im schulischen Ganztagsbetrieb eingesetzten Betreuungspersonen vielfach nicht über die erforderlichen Qualifikationen verfügen. Hinzu kommt, dass sie völlig unzureichend entlohnt werden. Die Fluktuation ist groß. Auch die räumliche und materielle Ausstattung der Ganztagsgrundschulen bleibt meist weit hinter den Erfordernissen zurück.

Deshalb fordert DIE LINKE

- ▷ die Wiedereinführung der Grundschulbezirke
- ▷ dass die OGTS perspektivisch in eine gebundene Ganztagsgrundschule mit dem entsprechenden pädagogischen Standard überführt wird. Solange das nicht der Fall ist, muss die Qualität über eine bessere Bezahlung des Personals, bezahlte Vorbereitungszeit und Zeit für Gespräche mit Eltern und Lehrer*innen, Personal für Vertretungsregelungen und mehr Sachmittel gefördert werden. Die städtischen Kürzungen der letzten Jahre müssen zurückgenommen werden.
- ▷ dass die Träger vertraglich zur Sicherstellung des Qualifikationsniveaus des eingesetzten Personals und der entsprechenden Entlohnung verpflichtet und einer auch diese Regelungen betreffenden Fachaufsicht unterworfen werden.
- ▷ Die Plätze in der OGTS müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Kein Kind soll abgewiesen werden.

Auf Initiative der LINKEN wurde 2009 eingeführt, dass alle Kinder mit Köln-Pass die Kosten für die Erstausrüstung (Schulranzen, Mäppchen, Turnsachen etc.) erstattet bekommen. Diese Errungenschaft muss erhalten bleiben. Die Kürzung von 160,- Euro auf 100,- Euro muss wieder rückgängig gemacht werden.

- ▷ ein kostenloses und hochwertiges Mittagessen für alle Kinder.

„Eine Schule für alle“ und Gesamtschule

Wir wollen eine Schule für alle, und zwar eine inklusive, in der alle Kinder zusammen lernen, mehrheitsfähig machen. Solange das nicht realisiert ist, setzen wir uns für den Aufbau von Gesamtschulen ein. Der Forderung nach einer Schule für alle kommt die Gesamtschule in Aufbau und Konzeption am nächsten. In Köln fehlten zuletzt zwischen 600 und 800 Ge-

samtschulplätze. Die Gesamtschulplatzkapazitäten der Stadt Köln sind grundsätzlich zügig auszubauen, damit ein bedarfsgerechtes Angebot gemeinsamen und inklusiven Lernens entsteht. Die Tages- und Abendschule (TAS) darf nicht auf die Funktion des Reparaturbetriebs für ein unzureichendes Schulangebot reduziert werden. Obwohl die Schulverwaltung endlich erstmalig weitere konkretere Schritte zur Erhöhung der Anzahl der Gesamtschulplätze eingeleitet hat, werden die Maßnahmen bei weitem den tatsächlichen Bedarf nicht decken. Und der erste geringfügige Zuwachs wird nicht vor Herbst 2014 einsetzen.

Das öffentliche Schulsystem darf nicht so heruntergewirtschaftet werden, dass Gutverdienende sich in Privatschulen zurückziehen. Generell ist ein Ausbau der Ganztagschulen zu begrüßen, nicht nur aufgrund der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch, weil die Ganztagschule stärker Bildungsbenachteiligungen abbaut.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- ▷ Jedes Kind, das einen Platz auf einer Gesamtschule will, muss ihn bekommen.
- ▷ Dellbrück braucht eine eigene Gesamtschule anstelle der vorgesehenen Dependence der Willy-Brandt-Gesamtschule.
- ▷ Eine weitere Gesamtschule muss zeitnah in Deutz oder Kalk errichtet werden.
- ▷ Das auf dem Ehrenfelder Heliosgelände vorgesehene Projekt Inklusive Universitätsschule muss zügig vorangetrieben werden.
- ▷ Die in der Bildungslandschaft Altstadt Nord zusammengefassten schulischen Bildungseinrichtungen müssen als Gesamtschule betrieben werden.
- ▷ Die Erweiterungsbauten für Ganztagschulen sind zügig zu planen und zu erstellen. Die Schulen müssen durch entsprechend große Mensen die Möglichkeiten haben, die Mittagsmahlzeit selbst zuzubereiten.
- ▷ PPP-Finanzierungsmodelle lehnt DIE LINKE generell ab. Statt überhöhte Schulmieten und Betriebskosten an private Investoren zu zahlen, soll die Stadt die Gebäudewirtschaft neu organisieren und zu effizienter Arbeit befähigen, damit aller öffentlicher Baubedarf in kommunaler Regie und Finanzierung abgedeckt werden kann.
- ▷ Schulsozialarbeit muss unbefristet an jeder Schule etabliert werden.

Inklusion

Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe, die auf eine Entwicklung zu einer solidarischen, toleranten und diskriminierungsfreien Gesellschaft abhebt. Sie muss alle relevanten gesellschaftlichen Bereiche betreffen und letztlich eine weitreichende Veränderung im individuellen Bewusstsein und Verhalten erzielen.

Köln ist mit einem frühzeitig verabschiedeten Inklusionsplan in Vorleistung getreten. Das Land will aber seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen. Wegen der unzureichenden Personalausstattung infolge der aktuellen Schulrechtsnovellierung in NRW droht die Inklusion zu scheitern.

Deshalb fordert DIE LINKE

- ▷ Die Stadt Köln muss von allen Schulen offensiv fordern, sich aktiv für Inklusion zu öffnen.
- ▷ Dafür ist mehr Personal in inklusiven Regelschulen nötig, eine zweite sonderpädagogische Fachkraft pro Klasse.
- ▷ Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, werden die Kinder auf den Förderschulen „Lernen“ und „soziale und emotionale Entwicklung“ Zug um Zug in Regelschulen überführt und Förderschulen diesen Typs geschlossen.
- ▷ Das Raumprogramm an den Schulen wird sukzessive an die Erfordernisse der Inklusion angepasst. Die Umwandlung in eine inklusive Schule wird ein Kriterium, dass die Schule in der Prioritätenliste der Schulsanierungen nach vorne rücken lässt.

Übergang Schule – Beruf

24 487 Bewerberinnen und Bewerber blieben 2013 in NRW ohne Ausbildungsplatz, das heißt, jede und jeder sechste. Allein in der Metallbranche sank das Ausbildungsplatzangebot der Betriebe von 2012 auf 2013 um 10 %. Und nur noch 24,3 % der Betriebe haben in diesem Jahr überhaupt Ausbildungsplätze besetzt.

Auch die Stadt Köln kommt ihren Ausbildungsverpflichtungen nicht im möglichen und erforderlichen Umfang nach. Unter Berufung auf fadenscheinige Ausreden wie „strukturelle Probleme“ werden aktuell viele der grundsätzlich bestehenden Ausbildungsplätze nicht besetzt. Die Palette der städtischen Ausbildungsplatzangebote umfasst viele Möglichkeiten. Sie reicht von den unterschiedlichen Ebenen der Verwaltungsdienste über verschiedene marktgängige Ausbildungen bis zu Qualifizierungen im IT-Bereich. Die Ausbildungsverpflichtungen der Stadt sind auch auf den Stadtwerkekonzern auszudehnen.

Für die meisten abgewiesenen Bewerber*innen bleibt nur der Weg in die Warteschleife des Übergangssystems Schule-Beruf, die von der Agentur für Arbeit, dem Land NRW, der Stadt Köln und vielen freien Trägern angeboten wird. Es handelt sich um ein weitgehend undurchschaubares System – 2011 gab es in Köln 58 verschiedene Maßnahmen! – das für viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer verlorene Zeit bedeutet. Für wenige bietet die Vielfalt der Maßnahmen die Chance einer individuell passgenauen Förderung. In den meisten Fällen aber handelt es sich um den minderwertigen Ersatz für einen entgangenen Ausbildungsplatz.

Während von Jahr zu Jahr die Zahl der angebotenen Ausbil-

dungsplätze sinkt, soll im Kölner Regionalen Bildungsbüro im Rahmen des Neuen Übergangssystems Schule-Beruf die Überleitung von den Schulen in Ausbildungsbetriebe ausgeweitet und effektiviert werden. Ohne verstärktes Engagement und zusätzlichen Mitteleinsatz wird dieser Spagat nicht zu schaffen sein. Und auch in inhaltlicher Hinsicht muss ein höheres Niveau erreicht werden. So ist auf die Festschreibung verbindlicher Qualitätsstandards hinzuwirken.

DIE LINKE fordert:

- ▷ Die Stadt Köln muss künftig wieder die Ausbildungsquote von 6 % erreichen und auch in den städtischen Betrieben umsetzen.
- ▷ Auszubildende sollen i. d. Regel übernommen werden.
- ▷ Der Anteil von Azubis mit Migrationshintergrund ist zu erhöhen.
- ▷ Die Stadt Köln muss gegenüber der Landesregierung darauf bestehen, dass die Kapazitäten und die Finanzierung des lokalen Übergangssystems nicht unter dem realitätsfernen Vorwand des Schaffens von 40 000 Ausbildungsplätzen abgebaut werden.
- ▷ Die Stadt Köln muss im Rahmen des Neuen Übergangssystems darauf hinwirken, dass alle Formen ergänzender außerbetrieblicher und vollzeitschulischer Ausbildung ausgebaut und stabilisiert werden.
- ▷ Der arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Status der Azubis in diesen außerbetrieblichen und vollzeitschulischen Ausbildungsgängen ist verbindlich und den Standards betrieblicher Ausbildung entsprechend abzusichern.

Weiterbildung in Köln

Bildung endet nicht mit Schule, Hochschule oder beruflicher Erstausbildung. Die Dynamik der gesellschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Entwicklung erfordert lebenslange Weiterbildung und Neuorientierung. Für das Leben und die Arbeit nach Schule und Ausbildung kommt somit den Einrichtungen der Weiterbildung eine wachsende gesellschaftliche Bedeutung zu.

DIE LINKE ist gegen eine inhaltliche Verengung von Weiterbildung auf die Vermittlung ausschließlich beruflich verwertbarer Kenntnisse und Fertigkeiten. Ebenso wichtig sind allgemein bildende sowie persönlichkeits- und lebensweltorientierte Programme, deren Bandbreite also auch kulturelle, politische, philosophische und freizeitbezogene Inhalte umfasst.

- ▷ Die Stadt Köln muss ihre Volkshochschule so ausstatten, dass ihre Angebote die volle Breite der gesellschaftlichen Erfordernisse umfassen.
- ▷ Die VHS muss in der Lage sein, die bislang von guter Bildung ausgeschlossenen Schichten zu erreichen. Arbeitslosen und ALG-II-Beziehenden ist die kostenlose Teilnahme an den Veranstaltungen der Volkshochschulen zu ermöglichen.

▷ Die Angebote der Volkshochschule sind in stärkerem Maße auch dezentral, also direkt in den Stadtteilen zu realisieren.

Dem in der Weiterbildung tätigen Lehr-, Beratungs- und Verwaltungspersonal sind verbesserte Arbeits- und Vergütungsbedingungen zu bieten. Daher muss von Seiten der Stadt wie auch von den Träger*innen dem fatalen Kostendruck einer rein wirtschaftlich orientierten Ausschreibungs- und Vergabepaxis entgegengewirkt werden.

IV.2 Kinder- und Jugendpolitik

In Köln lebten Ende 2012 rund 30 000 Kinder und Jugendliche bis zu 14 Jahren in Haushalten mit Hartz-IV-Bezug von Sozialgeld. Das ist jede/r Vierte bis Fünfte (22,4%) in dieser Altersgruppe, in Stadtteilen wie Kalk, Mülheim, Vingst oder Chorweiler ist sogar fast jedes dritte Kind betroffen. Diese Kinder können sich vieles nicht leisten, was für ihre Altersgenossen selbstverständlich ist, einen guten Schulranzen etwa oder den Mitgliedsbeitrag im Sportverein. Aber Armut schränkt auch in den immateriellen Möglichkeiten ein.

Eine Kommune kann diese Benachteiligung über eine gute Kinder- und Jugendarbeit teilweise ausgleichen. Doch davon sind wir zurzeit weit entfernt. Diese Aufgaben sind nach dem Kommunalrecht lediglich freiwillige Aufgaben. Deshalb wecken sie stets die Begehrlichkeiten von Kürzungspolitikern*innen. Der Betrieb von Jugendzentren ist als städtische Pflichtaufgabe anzusehen und darf nicht als flexible Manövriermasse in den städtischen Kürzungshaushalten dienen.

DIE LINKE fordert deshalb:

- ▷ Jugendzentren und andere nicht-kommerzielle Freizeitangebote sollen ausgebaut werden. Sie brauchen mehr Personal.
- ▷ Jugendzentren und Freizeitangebote sind langfristig finanziert weiterzuführen. Die Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit über Projekte muss streng geregelte Ausnahme bleiben.
- ▷ Die städtischen Streetworker*innen sollen – anders als bisher – kontinuierlich in einem bestimmten Stadtviertel arbeiten können, um von den Jugendlichen dort als Vertrauensperson anerkannt zu werden.
- ▷ Jugendliche und junge Erwachsene brauchen auch Freiräume ohne Kontrolle: Das Autonome Zentrum am Eifelwall braucht langfristig nutzbare Räume und Perspektiven. Autonome und selbstverwaltete Jugendstrukturen müssen in Politik und Verwaltung auf kooperationsbreite Ansprechpartner*innen treffen.
- ▷ Freiflächen als zwanglose Treffpunkte und Lernorte müssen Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen. Bei Konflikten mit Anwohner*innen soll eine Schlichtung einsetzen, die sowohl das Ruhebedürfnis der Anwohner als auch die berechtigten Interessen der Jugendlichen auf selbstgestaltete

Treffpunkte im Blick hat. Eine rein repressive Vertreibungspolitik löst keine Probleme.

- ▷ Spiel- und Bolzplätze, Häuser und Räumlichkeiten für Kinder-, Jugend- und Familienangebote sind häufig sanierungsbedürftig. Sie sind zügig zu renovieren.
- ▷ Wer Anspruch auf Gelder aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes hat, soll bei der Antragstellung unterstützt werden.
- ▷ Die Stadt unterstützt die Träger*innen von Ferienfreizeiten für Kinder und Jugendliche in ihrem Bemühen, kostengünstige Angebote für benachteiligte Kinder bereitzustellen.
- ▷ Die Beschäftigten des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) leiden unter Arbeitsüberlastung und hoher Fluktuation der Mitarbeiter*innen. Der ASD braucht mehr Personal, damit die Beschäftigten ihre verantwortungsvolle Aufgabe gut meistern.
- ▷ Um mehr Partizipation zu ermöglichen, sollten Kinder und Jugendliche mehr Mitwirkungsmöglichkeiten in der offenen Kinder- und Jugendarbeit erhalten.
- ▷ Die Jugendverbände müssen künftig drei statt bisher einer Stimme im Jugendhilfeausschuss erhalten.

V. Gesundheit, Pflege und Barrierefreiheit

Gesundheit, Sucht und Pflege

Gesundheit und Pflege gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge und -fürsorge. Sie dürfen nicht dem Markt überlassen werden, vielmehr gehören sie zu den wichtigsten Aufgaben der Solidargemeinschaft. Bewusst eingeplante Gewinne in diesen Bereichen gehen auf Kosten der Beschäftigten (Dumpinglöhne, Arbeitsverdichtung, Absenkung der Fachkräftequoten, Privatisierung usw.) sowie der Patienten und Patientinnen. Bund und Land können aus ihrer Finanzierungsverantwortung nicht entlassen werden.

Rat und Verwaltung der Stadt Köln müssen alles in ihrer Macht stehende tun, damit die medizinische Grundversorgung der Kölnerinnen und Kölner sichergestellt und ausreichend und entsprechend ihren Aufgaben finanziert wird. Nicht die Kosten, sondern die Menschen müssen im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik der Stadt Köln stehen.

Deshalb lehnt DIE LINKE die Privatisierung von Krankenhäusern generell ab, insbesondere eine Privatisierung der Kliniken der Stadt Köln sowie das Outsourcen einzelner Bereiche innerhalb der Kliniken und Krankenhäuser wie zum Beispiel der Küchen, der Zentralsterilisation oder aktuell der Reinigung. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die städtischen Kliniken als kommunales Unternehmen einschließlich aller Berufsgruppen erhalten bleiben und solidarisch finanziert werden.

Die schon lange versprochene paritätische Mitbestimmung nach dem Mitbestimmungsgesetz § 76 muss – wie bereits in anderen Städten – endlich auch in der Stadt Köln verwirklicht werden.

Wir lehnen außerdem die Konzentrierung von Krankenhäusern ab. Die Versorgung von Kranken muss ortsnah bleiben. Andererseits spricht sich DIE LINKE für mehr Zusammenarbeit und Absprachen unter den Krankenhäusern aus.

DIE LINKE. Köln spricht sich zudem für ein neues Finanzsystem der Krankenhäuser und Pflegeheime und gegen die Fallpauschale aus. Die derzeitige Finanzierung der psychiatrischen Krankenhäuser (LVR) soll beibehalten werden.

DIE LINKE lehnt das neue pauschale Entgeltsystem für Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) ab.

Seit 1996 sind in den Krankenhäusern 70 000 Pflegekräfte abgebaut worden. Gleichzeitig ist aber die Zahl der zu versorgenden Patientinnen und Patienten pro Jahr erheblich gestiegen – bei stets wachsender Pflegeintensität. Nach einer Personalbemessung, die von ver.di 2013 in 200 Krankenhäusern durchgeführt wurde, fehlen zurzeit 162000 Stellen, davon ca. 70 000 allein in der stationären Pflege.

DIE LINKE spricht sich gegen jede Form des Ausstiegs aus

dem Flächentarifvertrag aus. Tarifsteigerungen müssen bei allen Beschäftigten ankommen.

Die Stadt Köln muss dafür Sorge tragen, dass eine wohnortnahe haus- und fachärztliche Versorgung in allen Stadtbezirken – auch in entlegenen Stadtteilen wie z.B. in Chorweiler – erhalten bleibt, bzw. wiederhergestellt wird.

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) stellt in der Stadt Köln die Plätze für Psychotherapie nach einem veralteten Schlüssel zur Verfügung. Die Folge sind durchschnittliche Wartezeiten von einem halben Jahr für Menschen, die dringend eine therapeutische Behandlung benötigen. DIE LINKE in Köln fordert einen neuen Schlüssel für die Verteilung der Therapieplätze, der der derzeitigen Situation in der Stadt gerecht wird.

Die Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche muss von der Stadt aktiv betrieben werden. Deshalb müssen alle Stellen beim Gesundheitsamt, die dem Kinder- und Jugendgesundheitsdienst zugeordnet sind, besetzt werden.

Alte und kranke Menschen müssen ihr Leben in Würde und selbstbestimmt gestalten können. Für DIE LINKE geht ambulant vor stationär. Deshalb fordert sie von der Stadt mehr Unterstützung von Wohnformen, die altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen oder in denen Alt und Jung zusammen wohnen können.

In Köln leben zahlreiche Menschen mit einer positiven HIV-Diagnose. DIE LINKE spricht sich für eine verstärkte öffentliche finanzielle Unterstützung aller Institutionen und Initiativen aus, die sich sowohl um die Prävention kümmern als auch HIV-positive Menschen beraten und begleiten.

Die Stadt Köln hat 2013 Maßnahmen zur gesundheitlichen und sozialen Betreuung der Sexarbeiterinnen im Kölner Süden beschlossen. DIE LINKE hat diesen Beschluss mitgetragen und fordert eine schnelle Umsetzung dieses Beschlusses. Gesundheit, Sicherheit und Beratung dieser Frauen dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Für kranke und obdachlose Menschen gibt es in Köln nur 25 Krankbetten. DIE LINKE fordert von der Stadt eine bedarfsdeckende Anzahl von Plätzen, in denen kranke und obdachlose Menschen unterkommen und ärztlich behandelt werden können.

Zur Gesundheitspolitik gehört auch die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen der Sucht. In Köln gibt es sehr viele Abhängige, die Suchtberatung benötigen. Von ihnen sind 99 Prozent von legalen und ein Prozent von illegalen Drogen abhängig. Der hohe Verbreitungsgrad von Suchterkrankungen hat dazu geführt, dass es in Köln verschiedene Einrichtungen und Initiativen gibt, die eigene Ansätze zur Suchttherapie entwickelt haben.

DIE LINKE befürwortet die Unterstützung dieser Einrichtungen und von Selbsthilfegruppen durch die Stadt. Sie spricht sich vor allem für solche Ansätze von Suchttherapie aus, die sowohl die Erstbehandlung als auch die Rückfallbehandlung und die Nachsorge mit einschließen.

DIE LINKE spricht sich außerdem für das vom Gesundheitsamt durchgeführte Methadon-Programm sowie für die heroingestützte Behandlung aus und fordert weitere Substitutionsambulanzen.

Angebote, insbesondere für Menschen mit Alkoholproblemen, sind – gemessen an der Zahl von Abhängigen – immer noch sehr dürftig. Die Suchthilfe im Bereich so genannter legaler Drogen (Alkohol, Medikamente) und der Spielsucht ist nur unzureichend ausgestattet. DIE LINKE fordert deshalb eine bessere Ausstattung des legalen Suchthilfesystems und räumliche Unterstützung der Suchthilfe. Voraussetzung dafür ist eine kostendeckende Finanzierung der professionellen Hilfe, da die Forderung nach 20 Prozent Eigenmitteln für kleine Träger/innen zu hoch ist.

Suchttherapie muss in Köln ortsnah angeboten werden. Außerdem müssen mehrere Akteure beteiligt sein. Suchttherapie kann nur interdisziplinär gelingen.

Selbstständigkeit erhalten

▷ durch massive Ausweitung der verschiedensten ambulanten Hilfs-, Betreuungs- und Pflegeangebote, auch in Bezug auf häusliche Kurzzeitpflege in besonderen Lagen mit dem Ziel, ein eigenständiges Leben auch bei zunehmenden altersbedingten Behinderungen so lange wie möglich zu erhalten,
▷ durch Förderung geeigneter Wohnformen (seniorengerechte Wohnungen, für Wohngemeinschaften geeignete Mietwohnungen, Mehrgenerationenhäuser), aber auch Förderung von Einliegerseniorenwohnungen im normalen Mietwohnungsbau, die es auch jungen und einkommensschwachen Familien räumlich ermöglichen, zusammen mit ihren Eltern zu wohnen.

Alle diese Forderungen dienen letztlich dem Ziel, die Rentnerinnen und Rentner vor Isolierung und Vereinsamung zu bewahren. Je besser die über 60-Jährigen in vielfältige gesellschaftliche Bezüge eingebunden sind, je mehr Ansprechpartner*innen und Vertrauenspersonen sie kennen, desto eher sind sie vor kriminellen Übergriffen auf der Straße, vor betrügerischen Machenschaften, aber auch vor missbräuchlicher Ausnutzung durch amtliche, halbamtliche oder selbst ernannte Betreuungspersonen geschützt.

Die Stadt Köln ist hierbei in der Pflicht, das Zusammenwirken aller Beteiligten einschließlich der sozialen Dienste, des Gesundheitswesens, des Handels, Verkehrs und der Polizei unter diesem Gesichtspunkt zu organisieren und zu gewährleisten.

Zu den Herausforderungen der Pflege

Die Anfälligkeit für altersrelevante Krankheiten und Pflegebedürftigkeit nimmt mit fortschreitendem Alter zu. Auch hier gilt der Grundsatz: Ambulante Pflege, die es den Pflegebedürftigen erlaubt, möglichst in ihrem bekannten Umfeld den letzten Lebensabschnitt zu verbringen, ist nicht nur kostengünstiger, sondern vor allem menschlicher als stationäre Unterbringung. Dennoch werden immer mehr pflegebedürftige alte Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen auf eine Unterbringung in einem Heim angewiesen sein.

Wie eine Gesellschaft damit umgeht, spricht für ihr Kulturniveau.

Die Zustände in Alters- und Pflegeeinrichtungen, die Betreuung von alten Menschen sowie der Umgang mit ihnen sind unbefriedigend und teilweise menschenunwürdig. Die Gründe hierfür sind Dumpinglöhne, Arbeitsverdichtung, Absenkung der Fachkraftquoten usw. Dies ist im Kapitel Gesundheit und Pflege ausführlich dargelegt. Ein Modellversuch der BIVA (Interessenvertretung der Senioren- und Pflegeheimbewohner*innen) hat gezeigt, dass die Heimbeiräte, oft selbst im hohen Lebensalter, nur unzureichend über die Lage in ihrem Heim informiert werden. Gesetzliche Kontrolle, wie sie das überfällige neue Heimgesetz, das im Januar 2009 in NRW in Kraft trat, mit einer jährlichen unangemeldeten Kontrolle vorsieht, deren Ergebnisse veröffentlicht werden müssen, kann hier sicherlich die schlimmsten Missstände aufdecken. Dennoch bleibt die Kommune gefordert, ihren Teil dazu beizutragen, dass alte Menschen in den Heimen sich nicht ausgesondert, rechtlos und ausgeliefert fühlen. Soziale Kontrolle durch Familienangehörige, alte Bekannte und Freunde ist in jedem Fall effizienter und menschlicher, weil sie sich näher an den Beschwerden der einzelnen Pflegebedürftigen orientiert.

Von daher wird sich DIE LINKE verstärkt dafür einsetzen, kleine dezentrale Einrichtungen in den einzelnen Stadtteilen statt großer Bettenburgen zu fördern, die nur privatwirtschaftlich gerechnet billiger sind. Ziel muss sein, dass die Heimbewohnerinnen und Heimbewohner den letzten Lebensabschnitt im bekannten Umfeld verbringen können und ihren Angehörigen und Nachbarn die Besuchsmöglichkeit erleichtert wird. Nicht Gewinnerwirtschaftung, sondern qualifizierte Pflege, Mitmenschlichkeit, mehr Pflegepersonal und angemessene Bezahlung sind der Maßstab linker Pflegepolitik. Eine Pflegereform, die auf „Marktfähigkeit“ setzt, wird nicht nur inhumaner, sondern letzten Endes auch zunehmend teurer.

Für gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung

Für DIE LINKE ist Behindertenpolitik ein Thema, das in alle Politikfelder einfließen muss. Unser Ziel ist es, allen Men-

schen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilnahme an allen Aspekten des Lebens zu ermöglichen. Eine solche Teilhabe kommt allen Menschen zugute, denn Behinderungen – eigene und solche, die von außen gesetzt sind – kennen wir alle im täglichen Leben, besonders diejenigen, die alt oder krank sind oder als Eltern kleine Kinder haben.

Allerdings ist das Verständnis von Barrierefreiheit oft noch zu sehr an Menschen orientiert, die eine körperliche Behinderung haben, und berücksichtigt andere Arten von Behinderungen wie Taubheit, Blindheit oder psychische und geistige Behinderung zu wenig. Alle Menschen in dieser Gesellschaft haben ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in gegenseitiger Achtung und Anteilnahme.

In Köln gibt es schon seit einigen Jahren ausgesprochen positive Ansätze, das Thema Inklusion in die Öffentlichkeit zu transportieren und voranzutreiben. So wurde im Jahr 2003 die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gegründet und auf ihr Betreiben hin 2008 die Stelle einer/eines Behindertenbeauftragten für die Stadt Köln geschaffen. Im Jahre 2006 wurde die UN-Konvention „Über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ verabschiedet, der sich auch die Stadt Köln verpflichtet fühlt. 2008 unterzeichnete sie die Erklärung von Barcelona „Die Stadt und die Behinderten“. Die Stadt Köln verpflichtete sich damit, in 16 verschiedenen Teilbereichen der Kommunalpolitik „eine bessere Wahrnehmung behinderter Menschen, ihrer Rechte, Bedürfnisse und Potenziale und ihrer Mitwirkung am öffentlichen Leben“ aktiv zu fördern. Mit dem Handlungskonzept „Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“ von 2009 ist die Stadt Köln dieser Verpflichtung nachgekommen. DIE LINKE unterstützt dieses Konzept der Stadt, sie kritisiert aber, dass das Amt des Behindertenbeauftragten mit weiteren Referaten inzwischen einer neu geschaffenen Dienststelle „Diversity“ untergeordnet wurde.

So groß die Anstrengungen auch sind, die die Stadt Köln im Bereich der Behindertenpolitik unternommen hat – noch immer scheitern Menschen mit Behinderungen an Barrieren, die ihnen gesetzt werden, oder werden ausgegrenzt – auch in Köln. Längst nicht alle Verkehrsmittel sind barrierefrei zu erreichen. Der Deutzer Bahnhof ist ein besonders krasses Beispiel für fehlende Barrierefreiheit in Köln. Und oft sind Schwimmbäder, Kinos, Theater oder andere öffentliche Einrichtungen für behinderte Menschen wegen fehlender Rampen oder Aufzüge nicht zu erreichen. Außerdem stellen viele Straßen in der Stadt für Blinde, für Rollstuhlfahrer*innen und Eltern mit Kinderwagen schwer überwindbare Hindernisse dar, weil die Gehwege zu schmal sind, Blindenleitsysteme fehlen, an den meisten Ampeln die akustischen Signale fehlen oder die Grünphasen zu kurz sind.

Ein weiterer Aspekt betrifft die Chancen der Vermittlung von Menschen mit Behinderungen in geregelte, tariflich ent-

lohnte und versicherungspflichtige Berufstätigkeit. Ihr Anteil an Erwerbslosen ist auch in Köln überdurchschnittlich hoch.

DIE LINKE tritt ein für

- ▷ Barrierefreiheit in allen öffentlich zugänglichen Gebäuden und im öffentlichen Straßenraum.
- ▷ die Bereitstellung von Gebärdendolmetscher*innen, Schriftdolmetscher*innen, Induktionsschleife für Hörgeräte und anderer technischer Hilfsmittel bei öffentlichen Veranstaltungen, in Museen, Konzertsälen und Theatern.
- ▷ genügend Plätze in inklusiven Kindertagesstätten und Kindergärten, in Grundschulen und weiterführenden Schulen und spricht sich gegen die Errichtung weiterer Förderschulen aus.
- ▷ erheblich mehr Anstrengungen der Stadt Köln für den Bau barrierefreier Wohnungen.
- ▷ den Grundsatz „ambulant vor stationär“. Heime separieren die Menschen von der Gesellschaft, in der und mit der sie leben möchten. DIE LINKE Köln setzt sich für selbständiges und betreutes Wohnen von Menschen mit Behinderungen ein. Mittlerweile gibt es in Köln gute Beispiele von Wohngemeinschaften, in denen Menschen mit Behinderungen zusammen wohnen.
- ▷ die Sicherung, Verbesserung und bessere finanzielle Ausstattung des Fahrdienstes. Solange Barrierefreiheit in allen öffentlichen Verkehrsmitteln noch nicht gegeben ist, muss eine kostenlose Inanspruchnahme möglich sein.
- ▷ Außerdem setzen wir uns für den Fortbestand einer eigenen qualifizierten Berufs- und Arbeitsberatung für Menschen mit Behinderung ein.
- ▷ die Erhöhung der Behindertenquote bei Arbeitsplätzen im öffentlichen Bereich. Sie fordert für die Verwaltung der Stadt Köln, dass 10 % der Beschäftigten Menschen mit Behinderung sind. Sie unterstützt das Bestreben, Menschen mit Behinderungen gemäß ihrem Wunsch und ihren Möglichkeiten aus den Werkstätten heraus in den ersten Arbeitsmarkt zu überführen.
- ▷ eine aktive Unterstützung von inklusiven Betrieben durch die Stadt Köln. Inzwischen gibt es in der Stadt zahlreiche gut funktionierende Betriebe, besonders im Kantinen- und Restaurantbereich, die Menschen mit und ohne Behinderung beschäftigen.

Senior*innenpolitik

Das Alter ist für DIE LINKE ein Lebensabschnitt mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, der nicht einfach auf Rente, Pflege oder Kosten reduziert werden darf, und an dessen Mitgestaltung die Senior*innen aktiv teilhaben müssen. Bei aller Vielschichtigkeit des demographischen Wandels gehört das Anwachsen der Bevölkerungsgruppe im Rentenalter zu seinen folgenreichsten Auswirkungen, die erhebliche Herausforderungen, aber auch Chancen für eine solidarische Stadtgesellschaft mit sich bringen.

Zu den Chancen

Die Anzahl älterer Menschen, die länger aktiv und gesund sind, wird zunehmen. Wir wollen, dass die Lebensleistungen älterer Menschen geachtet und Fähigkeiten, Kompetenzen und Gestaltungspotenzial gefördert und genutzt werden. Ihre Lebenserfahrung, ihre berufliche Kompetenz, ihre Mobilität und ihre Freiräume für ehrenamtliche Tätigkeiten stellen einen großen – potenziellen – gesellschaftlichen Reichtum dar, der realisiert werden kann, wenn es gelingt, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere die Mitbestimmung der „Alten“ in eigener Sache, wesentlich zu verbessern.

Daraus ergeben sich für linke Kommunalpolitik folgende Forderungen:

▷ Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten fördern! Hier hat die Stadt Köln durch die Einrichtung einer gewählten Senior*innenvertretung bereits vor 30 Jahren richtige Wege beschritten, die durch die Initiierung der Senior*innennetzwerke vor einigen Jahren weiter ausgebaut wurden. Mit dem Konzept SeniorenNetzwerke wird erstmalig in der Kölner Senior*innenarbeit das Ziel formuliert, dass ältere Bürgerinnen und Bürger ihre Belange im Stadtteil selbst organisieren sollen.

DIE LINKE wird diesen Weg politisch unterstützen und darauf hinwirken, dass die gewählte Senior*innenvertretung in allen kommunalpolitischen Planungen, die die Altersgruppe ab 60 betrifft, nicht nur angehört wird, sondern mitentscheiden kann.

Wir werden auch darauf achten, dass die für die Arbeit des Senior*innenNetzwerkes jährlich notwendigen Zuschüsse zu Personal- und Sachkosten nicht unter dem Deckmantel der Förderung der Selbstorganisation beliebig gekürzt werden.

Die Fraktion DIE LINKE konnte mit Erfolg die Auslagerung einzelner Bereiche der inzwischen gegründeten SBK gGmbH (Sozial-Betriebe-Köln) verhindern. Sie wird sich auch in Zukunft gegen jeden Versuch der Privatisierung von Teilbereichen der SBK wehren und jeder Aufweichung des Tarifvertrages innerhalb der SBK im Rat und in den Ausschüssen entgegenzutreten. DIE LINKE wird weiterhin alle Maßnahmen und Initiativen unterstützen, die die Mitwirkung und Mitarbeit von aktiven Rentnerinnen und Rentnern im gesellschaftlichen Leben ermöglichen und fördern:

- ▷ die Begleitung von Jugendlichen bei der Berufsfindung,
- ▷ die Mitarbeit in Grundschulen als ehrenamtliche Vertrauenspersonen,
- ▷ die Bereitschaft, als Zeitzeug*innen zu berichten,
- ▷ die Bereitschaft, Deutschkurse für Migrant*innen zu geben,
- ▷ die Begleitung auch älterer behinderter Senior*innen auf Gängen zu Ämtern, zum Einkauf etc.,

▷ die Bereitschaft, ältere und behinderte Senior*innen im Rollstuhl spazieren zu fahren, ihnen vorzulesen etc. Hier sind die Möglichkeiten gegenseitiger Hilfen durch strukturelle und finanzielle Unterstützung durch die Stadt noch längst nicht ausgeschöpft.

Dabei sind vor allem auch solche Arbeitsmöglichkeiten zu unterstützen und auszuweiten, die auf Honorarbasis den „jungen Alten“ die Möglichkeit bieten, ihre oftmals geringfügige Altersversorgung aufzustocken. Obwohl wir als LINKE durchaus die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements in diesem Bereich für eine solidarische Stadtgesellschaft anerkennen, darf nicht der allgemeine Eindruck entstehen, dass von Senioren und Seniorinnen geleistete Arbeit grundsätzlich kostenlos geleistet werden muss.

Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen

Viele unserer Forderungen, die in den einzelnen Kapiteln zu Stadtentwicklung und Verkehr ausführlich dargestellt sind, erhalten unter diesem Gesichtspunkt ein zusätzliches Gewicht, so:

- ▷ die Ausweitung der Nahversorgung in Bezug auf Einkaufsmöglichkeiten, amtliche und halbamtliche Stellen, Kultureinrichtungen, medizinische Versorgung etc.,
- ▷ die Schaffung vollständiger Barrierefreiheit auf Fußwegen, im Bus- und Bahnverkehr, Vorrang für Fußgänger*innen, seniorengerechte Ausstattung öffentlicher Plätze und Grünanlagen.

Wir fordern eine Öffnung der herkömmlichen Einrichtungen der offenen Senior*innenarbeit für bestimmte Zielgruppen: zum Beispiel ältere Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderungen, aber auch Menschen mit spezifischen musischen, kulturellen, wissenschaftlichen Interessen.

VI. Demokratie und Vielfalt

VI.1 Gemeinsam für ein interkulturelles Köln

Die Gestaltung eines „interkulturellen Köln“ ist eine erstrangige Zukunftsaufgabe und muss Priorität in der Kommunalpolitik genießen. Denn Köln ist wie viele andere Großstädte von Zuwanderung geprägt. Hier leben Menschen aus etwa 190 Ländern und 330 000 Menschen mit Migrationshintergrund. Bei den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren beträgt der Anteil etwa 50 %.

Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt aber, dass es mit der Priorität nicht weit her ist:

▷ Die gegen den Widerstand des Kölner Integrationsrates durchgeführten Stellenkürzungen beim Interkulturellen Referat und beim Kommunalen Integrationszentrum machen deutlich, dass politische Prioritäten durch Finanzierungsvorbehalte ausgehebelt werden können. Das hat Folgen: Das mit viel personellem und zeitlichem Aufwand erstellte Integrationsprogramm der Stadt Köln hat eine ungewisse Zukunft. Es ist unklar, wie und von wem die dort entwickelten Vorhaben umgesetzt werden sollen.

▷ Die Eingliederung des Interkulturellen Referats in eine nebulöse „Diversity“-Stelle ist ein Signal. Hier werden Politikbereiche, die nichts miteinander zu tun haben und bei denen die berühmten „Synergie-Effekte“ nicht eintreffen werden, unter ein löchriges Dach gesteckt. Diese Entscheidung setzt die Bedeutung des Interkulturellen Referats herab und wird der Bedeutung des Themas nicht gerecht.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass sich der vielbeschworene soziale Zusammenhalt Kölns nicht auf Sonntagsreden beschränkt, sondern tatsächlich politische Priorität bekommt, für die auch die notwendigen Gelder bereitgestellt werden müssen.

Wir lassen uns dabei von folgenden Grundsätzen leiten:

▷ Die Potenziale der Migrant*innen sind eine große Chance für Köln. Sie verfügen über spezifische Erfahrungen und Fähigkeiten (z.B. Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenzen), die sie im Interesse der Betroffenen und der gesamten Stadt entfalten können;

▷ Statt Selektion oder Ausgrenzung muss das solidarische Miteinander gestärkt werden, unabhängig von Herkunft, Sprache oder Kultur;

▷ Die Migrant*innen dürfen nicht länger zum Spielball kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse gemacht werden, sondern müssen aktiv an diesen teilhaben können.

Erfolgreiche Teilhabe und gemeinsamer Austausch sind Voraussetzung für einen gesamtgesellschaftlichen Fortschritt für alle Menschen, ein Tor zu einem besseren, gerechteren

Leben. Fangen wir dort an, wo wir leben: In Köln und in den Veedeln.

Handlungsfelder linker Integrationspolitik

DIE LINKE betrachtet Integrationspolitik als eine Schwerpunktaufgabe und konzentriert sich in ihrer Arbeit auf folgende Handlungsfelder:

Interkulturelle Orientierung der Verwaltung und der sozialen Dienste

Die interkulturelle Orientierung ist eine Querschnittsaufgabe von Verwaltung, städtischen Unternehmen und sozialen Diensten. Die Verwaltung hat dabei eine wichtige Vorbild- und Leitfunktion für die nichtöffentlichen Akteurinnen und Akteure. Dadurch kann zugleich die Qualität der Dienstleistungen erhöht werden. Der Oberbürgermeister und der Stadtdirektor haben wichtige Entscheidungskompetenzen als Chefs der Verwaltung. Sie müssen Konzepte entwickeln und regelmäßig über den Fortgang berichten. Um ihrer Vorbildfunktion gerecht zu werden, brauchen sie ein interkulturelles Team.

Im Einzelnen fordert DIE LINKE:

▷ Die interkulturelle Arbeit muss in Köln Chefsache werden. Deshalb muss das Interkulturelle Referat im Büro des Oberbürgermeisters angesiedelt und in ausreichendem Maß mit qualifiziertem Personal versehen werden.

▷ Bei Neueinstellungen in der Verwaltung muss verstärkt darauf geachtet werden, dass Bewerber*innen mit Migrationshintergrund entsprechend der Zusammensetzung der Kölner Bevölkerung berücksichtigt werden. Interkulturelle und mehrsprachige Kompetenzen müssen dabei berücksichtigt werden.

▷ Die städtischen Behörden, vor allem die mit viel Migrant*innenverkehr, müssen von einer Willkommenskultur geprägt sein. Fortbildungen zur interkulturellen Öffnung sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchzuführen.

▷ Für Menschen mit Migrationshintergrund müssen innerhalb der Stadtverwaltung Übersetzungsdienste zur Verfügung stehen.

▷ Die kulturelle Vielfalt der Kölnerinnen und Kölner muss in Krankenhäusern oder Altenheimen berücksichtigt werden (mehrsprachiges Personal, Essen, Gebetsräume etc.).

Mehrsprachigkeit

In Deutschland ist der Schulerfolg besonders stark abhängig von der sozialen Herkunft, stärker als in den meisten anderen OECD-Staaten. Davon sind auch die Migrantinnen und

Migranten betroffen. In den letzten Jahren hat sich daran nichts Grundlegendes geändert.

Die Schule hat eine große Bedeutung für die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben. Für viele Kinder und Jugendliche ist sie die einzige verlässliche Institution, die ihnen über die Umgangssprache hinaus den Erwerb der Bildungssprache Deutsch garantieren kann. Nur so können sie in allen Fächern effektiv mitarbeiten und gute Bildungsabschlüsse erreichen. Zusätzliche städtische Förderung durch Hausaufgabenhilfe u.Ä. ergibt nur dann Sinn, wenn sie fachlich und personell mit den Aktivitäten der Schulen verknüpft wird.

Die natürliche Mehrsprachigkeit ist ein großer individueller und gesellschaftlicher Reichtum. Ihre Aufwertung durch den schulischen Unterricht ist eine Brücke zum Erlernen der deutschen Sprache und fördert die Herausbildung von mehrsprachigen, interkulturellen Identitäten.

Der Erwerb der Bildungssprache und die Erziehung zur Mehrsprachigkeit sind natürlich auch ein wichtiges Thema in den Kindertagesstätten. Hier wird angelegt, was später in der Schule ausgebaut werden soll.

In den letzten Jahren haben viele Schulen und Kitas große Anstrengungen unternommen, um die Schulerfolge der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu verbessern. Auch die Erfahrungen des Mülheimer Bildungsbüros im Rahmen des Strukturförderprogramms Mülheim 2020 zeigen, dass die Schwerpunktsetzung auf einen speziellen Stadtteil erfolversprechend ist. Allerdings setzt das voraus, dass die Bildungsinstitutionen über einen längeren Zeitraum hinaus von mindestens 7 Jahren in ihrer Entwicklung begleitet werden und zusätzliche Ressourcen und Unterstützung erhalten. So endet die Arbeit des Mülheimer Bildungsbüros im Herbst 2014, ohne dass Stadt und Schulbehörden eine Perspektive für die Weiterarbeit entwickelt hätten.

Im Einzelnen fordert DIE LINKE:

- ▷ Erziehung zur Mehrsprachigkeit als Leitziel für die vorschulischen Einrichtungen.
- ▷ Flächendeckende Ausweitung mehrsprachiger Kindertagesstätten auf der Basis der natürlichen Mehrsprachigkeit, vor allem durch die Qualifizierung des Personals und die Neueinstellung von Erzieherinnen mit mehrsprachigen und interkulturellen Kompetenzen;
- ▷ Ausbau des Verbundes „Kölner Europäische Grundschulen“, in denen das zweisprachige Lernen gefördert wird.
- ▷ inhaltliche und organisatorische Anbindung der geförderten Hausaufgabenhilfe oder Deutschförderung an die Schulen.
- ▷ Förderung der Elternarbeit: Ausbau des Rucksack-Programms an den Kitas und Grundschulen und Unterstützung der Elternvereine.
- ▷ Unterstützung des Zentrums für Mehrsprachigkeit und Integration (getragen von Stadt Köln, Bezirksregierung Köln

und Universität zu Köln) bei der Organisierung der Umsetzung vielfältiger Vorhaben in Kitas und Schulen.

▷ Weiterführung der wichtigsten Programmpunkte des Mülheimer Bildungsbüros nach Ablauf des Projektes Mülheim 2020.

Wanderarbeiter*innen in Köln

Wanderarbeiter*innen aus unterschiedlichen Staaten, insbesondere aber aus Osteuropa, kommen nach Köln, um hier Arbeit zu finden und sich eine Existenz aufzubauen. Dies ist ihr gutes Recht als europäische Bürgerinnen und Bürger. Dabei werden sie allerdings durch die deutsche Gesetzgebung häufig rechtlich diskriminiert; so wird vielen der Zugang zu sozialen Unterstützungsleistungen verwehrt, und Kroaten haben keinen legalen Zugang zum Arbeitsmarkt.

Sexarbeiter*innen aus Osteuropa werden diskriminiert und respektloses, gewalttätiges Verhalten von Freier*innen bleibt unbestraft.

Betroffene berichten häufig von Schwierigkeiten in den Bürgerämtern bei der Anmeldung eines Wohnsitzes in Köln sowie bei der Schulanmeldung ihrer Kinder. Zudem sind sie besonders häufig Kontrollen durch Polizei und Ordnungsamt ausgesetzt – hier liegt der Verdacht einer systematischen Abschreckungspolitik durch städtische Behörden nahe.

Diese rechtliche Diskriminierung von Wanderarbeiter*innen wird von gewissenlosen Geschäftsleuten ausgenutzt. Insbesondere Bau- und Dienstleistungsunternehmen, aber auch Privatpersonen lassen Wanderarbeiter*innen zu unwürdigen Hungerlöhnen und ohne Sozialversicherungsschutz für sich arbeiten. Lohnbetrug ist an der Tagesordnung.

Wir lehnen Repressionsmaßnahmen gegen und Ausbeutung von Wanderarbeiter*innen ab und fordern soziale und präventive Maßnahmen zu ihrer Integration. Wir begrüßen, dass die Kölner Gewerkschaften des DGB und die Wohlfahrtsverbände aktiv werden und die Menschen nicht alleine lassen. Auch die Stadt Köln muss Zuwander*innen verstärkt unterstützen.

Für DIE LINKE sind alle Menschen in Köln willkommen, nicht nur angeworbene Fachkräfte. Jede und jeder hat ein Recht darauf, für sich und seine Familie sorgen zu wollen, und darin unterstützt zu werden. Wir bekennen uns zur Zuwanderungsstadt Köln und setzen uns für eine Willkommenskultur ein.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass

- ▷ Beratungs- und Anlaufstellen für Wanderarbeiter*innen und ihre Familien weiter gestärkt werden
- ▷ die Schul- und Sozialverwaltung ihre Angebote für Wanderarbeiter*innen verbessert, z.B. mit Dolmetscher*innen, Kulturlots*innen, kostenlosen Sprachkursen, Kindergartenplätzen, Schulangeboten und niedrigschwelligen Angeboten für eine Gesundheitsversorgung.

- ▷ die Stadt Köln alle rechtlichen Möglichkeiten nutzt, Wanderarbeiter*innen im Bedarfsfall den Zugang zu Leistungen des SGB II und SGB XII zu gewähren.
- ▷ die Stadt Köln Zuwander*innen ausreichenden Wohnraum anbietet, sie bei der Anmeldung eines Wohnsitzes in Köln unterstützt und gegen Mietwucher rechtlich aktiv wird.
- ▷ die Stadt Köln bei Auftragsvergaben an private Unternehmen die Einhaltung gesetzlicher und tariflicher Standards stärker kontrolliert und gemeinsam mit den DGB-Gewerkschaften sowie der Industrie- und Handelskammer und den Handwerkskammern eine Initiative für die gesellschaftliche Ächtung von Hungerlöhnen umsetzt.

Teilhabe und Integrationsrat

Viele Menschen mit Migrationshintergrund bleiben von der politischen Teilhabe ausgeschlossen. Während EU-Bürger*innen das kommunale Wahlrecht besitzen, sind die lange hier lebenden „Drittstaatsangehörigen“ davon ausgeschlossen. Dadurch wird die Gleichheitsgarantie von Artikel 3 des Grundgesetzes ausgehöhlt. Viele Migrant*innen werden so zu Bürgern zweiter Klasse degradiert.

Eine derartige Ungleichbehandlung kann sich eine demokratische Gesellschaft nicht leisten.

Der Integrationsrat spielt in Köln eine wichtige Rolle dabei, die Interessen und Probleme der Migrantinnen und Migranten aufzugreifen und Lösungen zu erreichen. Aber das reicht noch nicht aus.

Die Migrant*innen, ihre Vereine und Organisationen, müssen die Möglichkeit erhalten, sich aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft, in der sie leben, zu beteiligen. Integration kann nur durch aktive Teilhabe aller gelingen.

Für uns ist es ein politischer Skandal, dass nicht alle Einwohner*innen im wahlberechtigten Alter an den Kommunalwahlen teilnehmen können. Damit wird ein erheblicher Teil der Lohnabhängigen, konkret der migrantische aus jenen Ländern, die nicht der Europäischen Union angehören, von jeglicher demokratischen Willensbildung abgeschnitten und ausgegrenzt. Um ein aktives wie passives Wahlrecht und die Teilnahme an Abstimmungen für alle auf kommunaler Ebene zu verwirklichen, sind Verfassungsänderungen auf Bundesebene und eine Änderung des Kommunalwahlgesetzes NRW nötig“

Im Einzelnen fordert DIE LINKE:

- ▷ Die Unterstützung der Bemühungen zur Einrichtung eines kommunalen Wahlrechts unter dem Schlagwort: „Hier, wo ich lebe, will ich wählen!“
- ▷ Die Unterstützung des Integrationsrates als der wichtigsten gewählten Vertretung der Migrant*innen. Der Integrationsrat muss in allen Fragen der Politik nicht nur gehört werden, sondern auch wie die Ratsausschüsse Empfehlungsrecht erhalten.

- ▷ Die Fördermittel für die Migrant*innenvereine und -zentren müssen langfristig gesichert werden.

Menschenwürde für Flüchtlinge in Köln

Die 2003 beschlossene Neuausrichtung der Kölner Flüchtlingspolitik ist vorerst gescheitert. Die beschlossenen Leitlinien zur Unterbringung der Flüchtlinge sind erstmals 2011 nicht eingehalten worden. Flüchtlinge wurden teilweise in Massenunterkünften untergebracht. Seit 2013 gesteht die Stadtverwaltung auch ein, dass sie gegen „Leitlinien“ verstößt. Der Bau von dezentralen Flüchtlingswohnungen ist über viele Jahre verschleppt worden. Jetzt, wo viele Flüchtlinge aus Kriegsgebieten nach Köln kommen, steht keine menschenwürdige Unterbringung zur Verfügung.

DIE LINKE ist der Auffassung, dass alles unternommen werden muss, damit die Flüchtlinge menschenwürdig leben können. Das gilt auch für Geflüchtete ohne legalen Aufenthaltstitel. Die Stadt Köln hat eine Fürsorgepflicht für alle Flüchtlinge. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist absehbar, dass der Stadtverwaltung das mit den gegebenen Mitteln nicht gelingen wird.

Dazu sind besondere Anstrengungen nötig:

- ▷ Die Sozialverwaltung braucht eine umfassende Unterstützung der gesamten Stadtverwaltung und des Kölner Stadtrates.
- ▷ Der Oberbürgermeister hat eine Task Force gegründet, die in seinem Namen handeln kann. Das sollte sie auch tun und nach Ordnungsbehördengesetz (OBG) § 14 Liegenschaften beschlagnahmen – darunter vorrangig städtische Liegenschaften.
- ▷ Es muss von der Stadtverwaltung kurzfristig ein Konzept zur Unterbringung der Flüchtlinge vorgelegt werden, in dem sie zu den aktuellen Anforderungen Vorschläge macht und darstellt, wann und wie die Leitlinien zur Unterbringung der Flüchtlinge wieder eingehalten werden.
- ▷ Wir unterstützen die Anliegen der Initiative „Schulplätze für alle“.
- ▷ Kindern muss schnell und unbürokratisch die Teilhabe am Schulunterricht ermöglicht und den Eltern geholfen werden.

VI. 2 Geschlechtergerechtigkeit

Patriarchalische Herrschaftsstrukturen sind in unserer Gesellschaft keineswegs beseitigt. Von einer tatsächlichen Gleichberechtigung der Geschlechter sind wir weit entfernt, denn wesentliche Forderungen der Frauen sind nach wie vor nicht erfüllt:

- ▷ Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- ▷ Ein Leben in Sicherheit und ohne Gewalt
- ▷ Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- ▷ Teilhabe an allen wichtigen Entscheidungen (in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Justiz)

▷ Kein Leben in Armut.

DIE LINKE Köln setzt sich für eine aktive Gleichstellungspolitik in Köln ein, die den Frauen die volle Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen und Entscheidungen ermöglicht, ohne ihnen dafür den Verzicht auf persönliche Entfaltungsmöglichkeiten abzufordern. Die kommunale Politik muss darauf abzielen, die oben genannten strukturellen Benachteiligungen für Frauen und Mädchen zu beseitigen. Unsere Forderungen gelten für alle Frauen und Mädchen und diejenigen, die sich als solche fühlen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Aufenthaltsstatus, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Religionszugehörigkeit.

Politik und Teilhabe

- ▷ Gender Budgeting zur Gleichstellung von Männern und Frauen bei der Mittelverteilung,
- ▷ Überprüfung aller Ratsentscheidungen nach Gendergesichtspunkten,
- ▷ Verknüpfung von Bürgerhaushalt und Gender Budgeting,
- ▷ ständige geschlechterspezifische Erhebung und Auswertung kommunaler Statistiken,
- ▷ Selbstverpflichtung der Parteien zur Aufstellung quotierter Ratslisten.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

- ▷ Kitas und Ganztagschulen müssen kostenfrei und qualitativ hochwertig sein. Ihre Öffnungszeiten müssen den Arbeitszeiten angepasst sein.
- ▷ Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs nach Elternzeit sowie familienbedingten Ausfällen.
- ▷ Besondere Maßnahmen zur Unterstützung Alleinerziehender, unter anderem bei der Wohnungsbeschaffung, Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall.

Gesundheit und Wohnen

- ▷ Förderung von „Mehrgenerationenwohnen“.
- ▷ Programm zur frauenspezifischen Gesundheitsvorsorge für alle Frauen, unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten und ihrem Aufenthaltsstatus, d.h. z.B. unbürokratische Behandlung von Frauen im Gesundheitsamt ohne Vorlage einer Krankenkassenkarte, um eine sichere Gesundheitsbehandlung auch für z.B. Zwangsprostituierte zu schaffen.
- ▷ Schluss mit Genitalverstümmelung auch in Deutschland und Köln – mehr Aufklärungsarbeit an Schulen und in Arztpraxen
- ▷ kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln für Frauen in Notlagen.

Leben in Sicherheit und ohne Gewalt

- ▷ Ausreichende und gesicherte Finanzierung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Frauen, insbesondere bei sexualisierter Gewalt.

▷ Sofortige Rücknahme der Kürzung der Mittel für Frauenhäuser und Zufluchtsorte für Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen bzw. bedroht sind. Stattdessen Erhöhung der Zuschüsse für autonome Frauenprojekte in Köln – der Bedarf ist riesig: täglich müssen bei den beiden vorhandenen Frauenhäusern bis zu fünf Frauen, die bereits von zu Hause geflüchtet sind, wieder abgewiesen werden, weil keine Unterbringungsmöglichkeit mehr besteht – in generell schon beengten Verhältnissen und unter enormen psychischen Belastungen, die eine solche Flucht mit sich bringt.

▷ Es ist beschämend, dass Köln als Millionenstadt genauso wenig (nämlich 20) Plätze hat wie Bonn, und die Zusage zur Finanzierung der Personalstellen durch das Land NRW nach der Unfähigkeit der Stadt Köln, ein geeignetes Haus zur Verfügung zu stellen, inzwischen wieder zurückgezogen wurde.

▷ Einrichtung eines dritten Frauenhauses mit institutioneller Förderung inklusive Quoten, welches barrierefrei ist, und auch die Möglichkeit beinhaltet, Jungen über 12 Jahren sicher unterzubringen

▷ Die Kosten für Frauen, die in Frauenhäusern Zuflucht suchen, müssen umgehend und unbürokratisch seitens der Kommune übernommen werden. Statt einer Tagessatzfinanzierung muss eine einzelfallunabhängige Finanzierung von Frauenhäusern mit einem eigenen Haushaltstitel wieder eingerichtet werden. Es kann nicht sein, dass Frauen, die ein eigenes Einkommen haben oder eine Rente erhalten, für ihren Aufenthalt selbst zahlen und ihre Ersparnisse aufbrauchen müssen, bis zur Hartz 4-Bezugsgrenze! Dies hält sie in Abhängigkeit und erschwert ihnen die eigene Berufstätigkeit, sie werden dadurch in der gleichen Unselbstständigkeit und Armut gehalten wie in ihrer Beziehung, vor der sie geflüchtet sind.

▷ Wiederherstellung der zweiten Stelle zur Beratung bei sexualisierter Gewalt

▷ Kampagne gegen „Gewalt gegen Frauen“, um das Problem ins öffentliche Bewusstsein zu rücken,

▷ sichere Stadt (Beleuchtung auf Straßen und in Parks, Frauenparkplätze, Notrufsäulen),

▷ Verbesserung des ÖPNV-Angebotes (Abendzeiten, Frauentaxis am Abend zum KVB-Tarif),

▷ eine anonyme Anlaufstelle (Meldestelle), die sensibel mit den Informationen von Freiern umgeht, die den Verdacht haben, eine Zwangsprostituierte besucht zu haben.,

▷ Wir wollen keine sexistische, sexualisierte und frauenverachtende Werbung mehr sehen. Jegliche Form von körperlicher, seelischer und sexueller Gewalt muss ernst genommen und geächtet werden. Wir fordern daher eine Selbstverpflichtung der Stadt Köln, sexistische, sexualisierte und frauenverachtende Werbung zu verhindern.

Wir unterstützen die Forderung nach:

- ▷ Aussetzung des Umgangsrechts für gewalttätige Väter.
- ▷ bessere Finanzierung der Präventions- und Aufklärungsarbeit zum Thema Zwangsverheiratung und Gewalt im Namen der Ehre.
- ▷ Bleiberecht und besserer Opferschutz für von Frauenhandel betroffene Frauen und Mädchen.
- ▷ weitgehender Schutz gegen Abschiebung bzw. ein Bleiberecht von Migrantinnen, die familiärer Gewalt oder erzwungener Prostitution ausgesetzt sind, sowie eine Sonderregelung für Wohnberechtigungsscheine für Betroffene.
- ▷ DIE LINKE begrüßt ausdrücklich die Einführung der Anonymen Spurensicherung nach Sexualstraftaten (ASS) an Kölner Krankenhäusern sowie die Übernahme der Kosten durch das Land NRW, sodass diese Möglichkeit allen Frauen unbürokratisch zur Verfügung steht, unabhängig von ihrer finanziellen oder aufenthaltsrechtlichen Situation. Informationen darüber sollten möglichst weit verbreitet werden, damit das Wissen Betroffenen einer Sexualstraftat schnell zur Verfügung steht, da in einem solchen Fall die ersten 24 Stunden entscheidend sind. Die skandalöse Nichtbehandlung einer vergewaltigten Frau in einem katholischen Krankenhaus in Köln zeigt u.a. die nach wie vor vorhandene systematische Benachteiligung der Betroffenen und den Schutz der Täter.
- ▷ Frauen und Mädchen wird immer noch die Schuld an Vergewaltigungen und Männergewalt gegeben. Alle Frauen und Mädchen müssen, unabhängig von ihrer finanziellen und aufenthaltsrechtlichen Situation, vor Gewalt geschützt werden.

Beruf und Bildung

Konsequente Umsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ und die Ersetzung von Mini-Jobs durch versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in der Kommunalverwaltung und den städtischen Unternehmen

- ▷ ausschließlich sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu Tariflöhnen in den OGTS,
- ▷ systematische Förderung von Frauen in der Kommune, insbesondere bei Beförderungen, und Einführung einer Selbstverpflichtung (Frauenquote) in der Kommunalverwaltung und in den städtischen Unternehmen
- ▷ Schaffung eines kommunalen Ersatzes für die weggefallene Stelle „Frau und Beruf“.

Für ein vielfältiges solidarisches Miteinander!

Gleichgeschlechtlich Lebende gehören in unserer offenen Stadtgesellschaft zum allgegenwärtigen Straßenbild. Diese Selbstverständlichkeit kam nicht von alleine. Sie musste erkämpft, ständig verteidigt und neu eingefordert werden! Die Stadtpolitik kann hier im Rahmen ihrer kommunalen Handlungsmöglichkeiten deutliche Zeichen für die Gleichberechtigung von LSBTTI (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle,

Transgender und Intersexuelle) setzen.

- DIE LINKE wird weiterhin für eine unterstützende Politik zugunsten von Lesben und Schwulen streiten. So hält DIE LINKE die Stadt Köln mit ihren Eigenbetrieben an,
- ▷ für die Gleichstellung der Lebensgemeinschaften im Arbeits-, Dienst-, Personalvertretungs- und im Betriebsverfassungsgesetz zu streiten.
 - ▷ lesbisch-schwule Mitarbeitergruppen zu fördern und auch Trans- und Intersexuelle insbesondere gegen Diskriminierungen zu unterstützen.

Für DIE LINKE ist jede Gemeinschaft, in der Menschen zusammen leben und für einander einstehen, förderungswürdig.

- ▷ Wir unterstützen die Forderung nach einem Adoptionsrecht für anerkannte Lebenspartnerschaften, die Regenbogenfamilien und andere freie Lebensformen.

Erhalt und weiterer Ausbau der bewährten lesbisch-schwulen Präventionsarbeit im Bereich AIDS durch Institutionen, Vereine und Organisationen müssen gesichert und dem steigenden Bedarf angepasst werden. Sie benötigen eine vollständige materielle Absicherung und Planungssicherheit.

- ▷ Die Kürzung der öffentlichen Zuschüsse vor allem für die Aufklärungsarbeit, gerade auch an Schulen, muss gestoppt werden. SchLAu Köln, in Trägerschaft des Jugendzentrums anyway, verschreibt sich der Aufklärung über lesbische, schwule, bi und trans* Lebensweisen. Das Ziel ist der Abbau von Vorurteilen und der Beitrag zu einem gesellschaftlichen Klima, in dem alle Menschen diskriminierungsfrei leben können. Dies unterstützt DIE LINKE.

Die Träger*innenvielfalt mit einer unabhängigen Koordination der Angebote hat sich bewährt und muss erhalten werden – sie waren in den letzten Jahren immer wieder durch Mittelkürzungen in ihrer Existenz bedroht.

In Köln leben viele Menschen in bi-nationalen Partnerschaften. Oftmals werden die Lebenspartner*innen in ihren Herkunftsländern aufgrund ihrer sexuellen Identität verfolgt und ermordet. Die eingetragene Lebenspartnerschaft wird im Ausländerrecht gegenüber der bi-nationalen Ehe erheblich benachteiligt und bietet den Menschen keinen Schutz vor Abschiebung.

- ▷ DIE LINKE fordert, dass die städtische Ausländerbehörde in der Beurteilung des Einzelfalles ihren Ermessensspielraum zugunsten humanitärer Lösungen ausnutzt. Wir fordern zudem ein eheunabhängiges Aufenthaltsrecht!

Mehrfacher Diskriminierung sind lesbische, schwule, bi-, trans- und intersexuelle Menschen ausgesetzt, in deren Herkunftsländern Homosexualität oder Uneindeutigkeit des Geschlechts kulturell als Verbrechen angesehen und verfolgt wird. Outen sie sich, haben sie oftmals Körperverletzungen, tiefe Demütigungen und den Ausstoß aus der Familie zu befürchten. DIE LINKE sichert ihnen politische Unterstützung in ihrem Emanzipationsprozess zu.

▷ Die Stadt Köln muss die interkulturelle Beratungs- und Bildungsarbeit für LSBTTI mit Migrationshintergrund fördern und die Freien Träger in diesem Arbeitsfeld unterstützen.

▷ Zudem müssen Gelder bereitgestellt werden für eine Stelle, die z.B. bei Rubicon angesiedelt ist, bei der sich insbesondere intersexuelle Menschen sowohl ärztlich als auch psychologisch neutral beraten lassen können.

Die Auseinandersetzung mit hassmotivierten Gewalttaten gegen sexuelle und ethnische Minderheiten muss auf die Tagesordnung der Stadt gesetzt werden.

▷ Aufklärung und Prävention für Akzeptanz müssen bereits im Kindergarten anfangen und in der Schule fortgesetzt werden. Die Stadt muss in Verbindung mit befähigten Organisationen und Vereinen verstärkt Projekte zur Gewaltprävention an Schulen initiieren.

▷ Initiierung einer Aufklärungskampagne speziell für das Thema Intersexualität an Schulen, Medizinischen Instituten und Krankenhäusern.

▷ Beratung und Aufklärung der Eltern vor einer geschlechtsangleichenden Operation an Kölner Krankenhäusern. Hierfür muss eine Anlauf-, Aufklärungs- und Beratungsstelle für die Eltern, aber auch Ärztinnen und Ärzte in Köln eingerichtet werden.

▷ Umsetzung des Gesetzes, das eine dritte Option oder keine Angabe des Geschlechts möglich macht, auch für Formulare und andere Behördendokumente der Stadt Köln.

Ein neutraler und wertfreier Sexualkundeunterricht würde eine nachhaltige Aufklärungsarbeit und die Akzeptanz gegenüber Lesben und Schwulen, aber auch trans-, intergeschlechtlichen und queer lebenden Menschen fördern.

▷ Informationen über diesbezügliche Projekte an den staatlich geförderten Institutionen und an den Schulen sollten öffentlich erhältlich sein. Die Offenen Türen und die Jugendzentren sollten in die Kooperation eingebunden werden.

▷ Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der mit öffentlichen Mitteln geförderten Einrichtungen der Jugendpflege sollen durch Weiterbildungsangebote sensibilisiert werden. Gesundheitlich und psychologisch relevante Belange müssen altersgerecht in die Arbeit eingebunden werden.

Die Stadt muss jungen Menschen Freiraum zur persönlichen Entfaltung und Entwicklung geben.

▷ Projekte für ein Wohnheim für Jugendliche mit Coming-Out-Problemen

Die Kölner Szene ist bunt und vielfältig. Ältere und Junge leben solidarisch in unserer Stadt.

▷ DIE LINKE setzt sich für eine Anlaufstelle in der Stadtverwaltung für die Probleme älterer Menschen ein und fördert zielgruppenspezifische Wohnprojekte.

▷ Die Berücksichtigung der LSBTTI und queer lebender Menschen muss Eingang in den Pflegebedarfsplan der Stadt erhalten.

▷ Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der städtischen Kliniken und Einrichtungen sollen durch bessere Schulung mit den spezifischen Lebenssituationen Älterer vertraut gemacht werden.

DIE LINKE Köln unterstützt die Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender, die die Belange der Community direkt und unmittelbar in die Arbeit der Gremien der Stadt Köln einbringen kann.

▷ Wir setzen uns weiter für die Stärkung der Stellung des Referates für Lesben, Schwule und Transgender in der Kölner Stadtverwaltung ein.

VI.3 Kein Veedel für Rassismus

1989 erstarkten rechtsextreme Kräfte in Köln. Sie sind immer wieder im Kölner Stadtrat vertreten. „Pro Köln“ organisiert ständig Hetzkampagnen gegen Minderheiten, um ihnen ein gleichberechtigtes Leben zu verwehren. Finanzielle Mittel ihrer Stadtratsmandate werden dafür eingesetzt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen falscher Angaben zu beanspruchten Sitzungsgeldern in hunderten Fällen.

Die „pro-Bewegung“ ist inzwischen stark zerstritten und hat keine bundesweiten und europaweiten Perspektiven. Das führt dazu, dass sie in der Kölner Stadtgesellschaft noch aggressiver auftritt. Dagegen hat sich DIE LINKE in den vergangenen Jahren gemeinsam mit zahlenreichen Initiativen in Bündnissen in den Stadtteilen zusammengeschlossen.

DIE LINKE in Köln unterstützt die Ziele des Bündnisses „Kein Veedel für Rassismus“:

„Wir rufen alle Organisationen und die zahlreichen Bündnisse, die sich auf Stadt- und Stadtteilebene zusammengefunden haben, auf sich zu beteiligen. Auch wenn unsere inhaltlichen und strategischen Vorstellungen sich unterscheiden, so eint uns doch alle ein gemeinsames Ziel, dass „Pro Köln“ 2014 nicht mehr in den Kölner Stadtrat einzieht.“

Mit der Alternative für Deutschland (AfD) tritt zum ersten Mal auch eine sozialchauvinistische, rechtspopulistische und nationalistische Partei bei Kommunalwahlen in Köln an. Bei der Bundestagswahl 2013 konnte die AfD in Köln 3,5 % holen und wäre bei einem ähnlichen Ergebnis im Stadtrat vertreten. Es ist ihr gelungen, neue Wählergruppen für rechtspopulistische Inhalte zu erschließen. Ihre Stimmenhochburgen hat sie rechtsrheinisch u.a. in Porz rund um den Bundeswehrstandort.

Am 9. Juni 2014 ist der zehnte Jahrestag des NSU-Nagelbombenanschlags in der Keupstraße. Dieses grausame Verbrechen muss restlos aufgeklärt, die Opfer müssen ausreichend entschädigt werden. Dazu hat unsere Ratsfraktion einen wichtigen Beitrag geleistet. Vor der Aufdeckung der wahren Täter 2011 wurden die Opfer, ihre Angehörigen und sonstige Betroffene, z.B. Anwohner der Keupstraße

über mehrere Jahre von staatlichen Behörden der Tat verdächtigt. Das muss aufgearbeitet werden. Köln, der Stadtbezirk Mülheim und die Anwohnerinnen und Anwohner der Keupstraße brauchen einen gemeinsamen Diskussionsprozess, um verlorengegangenes Vertrauen wieder aufzubauen.

Viele Kölner*innen schätzen die sehr gute Arbeit des NS-Dokumentationszentrums in der Erinnerungskultur und seine zahlreichen Projekte gegen den Rechtsextremismus. Wir messen der Arbeit einen großen Stellenwert zu.

DIE LINKE steht für den direkten Widerstand gegen rechte Aktivitäten und Organisationen. Sie tritt für die Förderung antifaschistischen und antirassistischen Engagements ein und steht an der Seite derer, die aufgrund ihres Einsatzes Repressalien zu erleiden haben. Beschämend finden wir, wie weit pro Köln durch ihre Hetze gegen Flüchtlingsheime und das Autonome Zentrum in der Mitte der Gesellschaft eine Entsolidarisierung erreichen konnte.

In der nächsten Ratsperiode setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass Rassismus und Rechtspopulismus in Köln keinen Platz haben:

- ▷ Ein jährliches Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus unter Federführung des NS-Dokumentationszentrums. Mit wenig zusätzlichen Mitteln können wirksame Präventionsprojekte entwickelt werden.
- ▷ Fortsetzung der Kölner Zwangsarbeiterprojekte, um weiterhin des Grauens des NS-Terrors aktiv zu gedenken und auf die Opfer und deren Nachfahren aktiv zuzugehen.
- ▷ Fortsetzung der Arbeit der Unabhängigen Opferberatungsstelle Keupstraße. Nach einem Zwischenbericht sollten Bundesmittel, Mittel des LVR und der Stadt Köln eingesetzt werden.
- ▷ Berücksichtigung widerständiger Persönlichkeiten bei der Namenswahl bei Straßenneu- oder Umbenennungen.
- ▷ DIE LINKE Köln hat dazu beigetragen, dass Stadtteilbündnisse wie „Bündnis für Demokratie“ in Zollstock, „Ehrenfeld gegen Rechtsextremismus“, „Köln-Nord gegen Rechts“ und „Schäl Sick gegen Rassismus“, entstanden sind. DIE LINKE wird auch zukünftig in diesen Bündnissen mitarbeiten und ihre Erfahrungen für den Aufbau weiterer Stadtteilbündnisse nutzen.

VI.4 Friedenspolitik durch Städtepartnerschaften und Städtekooperationen

Köln hat 24 Städtepartnerschaften, davon 22 im Ausland. Immer mehr drängen heute wichtige Fragen und Probleme in den Vordergrund, die die Städte insgesamt bewegen, und die sich besser in Kooperation bearbeiten und lösen lassen.

Dazu gehören das gemeinsame Engagement für ein friedliches Miteinander der Bürgerinnen und Bürger und gegen Intoleranz, Rassismus und Rechtsradikalismus.

Die Stadt Köln hat sich 1985 dem Netzwerk „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) angeschlossen. Diesem Netzwerk gehören mehr als 413 deutsche Kommunen an. Ziel des Netzwerkes ist es, zusammen mit den örtlichen Friedensinitiativen auf einen verbindlichen Zeitplan zur Abschaffung aller Atomwaffen und Atomsprengköpfe zu drängen.

Außerdem hat Köln 1985 beschlossen, sich an der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) zu beteiligen. Der Koalition gehören über 100 Städte aus zahlreichen Ländern an.

Schließlich ist Köln Mitglied in der Municipal Alliance for Peace in the Middle East (MAP, Städtebund für Frieden im Nahen Osten), die vom israelischen Städtetag und Palästinensischen Kommunalverband gemeinsam getragen wird.

DIE LINKE Köln unterstützt diese Städtebündnisse, die einem friedlichen Umgang der Städte miteinander und ihrer Bürger*innen untereinander dienen sollen. Sie fordert deshalb:

- ▷ dass die Stadt Köln ihr friedenspolitisches Engagement gegenüber den Städten verstärkt, in denen die Bürger*innen in Not geraten sind und Hilfe benötigen.
- ▷ die Unterstützung der Städtepartnerschaftsvereine zur Förderung der Bürger-, Menschen- und Minderheitsrechte in ihren Partnerstädten. Als Beispiele seien an dieser Stelle Istanbul und Bethlehem genannt.
- ▷ die aktive Unterstützung von friedenspolitischen Initiativen und Projekten in Köln wie z.B. dem Projekt „Ferien vom Krieg“ des Komitees für Grundrechte und Demokratie
- ▷ die Sicherung eigener Haushaltsmittel für Städtepartnerschaften, Städtekooperationen und für Städtepartnerschaftsvereine, die die Partnerschaften im Wesentlichen gestalten. Beispielhaft soll an dieser Stelle das Zwangsarbeiterprojekt des Städtepartnerschaftsvereins Köln – Wolgograd genannt werden, das ohne finanzielle Unterstützung nicht weitergeführt werden kann.
- ▷ Eine stärkere Förderung und Unterstützung des Schüler- und Jugendaustausches
- ▷ Keinerlei Patenschaften sollen zwischen der Stadt Köln und der Bundeswehr vereinbart werden.

VI.5 Datenschutz und Datensicherheit

DIE LINKE setzt sich für die Stärkung des Datenschutzes ein. Auch die Kommunen sind aufgefordert, für sicheren Datenaustausch zwischen Behörden, städtischer Verwaltung und den Bürger*innen zu sorgen.

DIE LINKE fordert, dass die Stadt einen öffentlichen Schlüssel (PGP) zur Verfügung stellt, damit Bürger*innen, wenn sie das wünschen, E-Mails an Stellen der Stadtverwaltung verschlüsseln können.

DIE LINKE unterstützt und befürwortet die Umstellung der Stadtverwaltung auf Open Source-Programme. Open Source bedeutet, dass alle, die Programme lesen können, die

Möglichkeit haben, seinen Programmcode auf Fehler und (eventuell absichtliche) Hintertürchen (Backdoors) zu untersuchen. Diese Hintertürchen ermöglichen es Geheimdiensten – aber auch Betrügern – auf Programme und die dort verarbeiteten Daten zuzugreifen. Die Verwendung von Open Source-Produkten dient mithin direkt der Datensicherheit.

Dem Sozialdatenschutz wird gesetzlich aus gutem Grund besonderer Stellenwert eingeräumt. Die Linke setzt sich für eine restriktive Handhabung des Austauschs von personenbezogenen Daten zwischen den Behörden aus. Die Linke wendet sich strikt gegen die Weitergabe von Meldedaten zu Werbezwecken.

Die Stärkung des Datenschutzes ist auch ein Beitrag zur Stärkung der Demokratie. Nur wer seine Privatsphäre geschützt weiß, kann sich wirklich frei bewegen und sich angstfrei an demokratischen Prozessen beteiligen.

VI.6 Bürger*innenbeteiligung mit mehr Transparenz

In den vergangenen Jahren gab es positive wie negative Entwicklungen bei der Bürger*innenbeteiligung in Köln. Der Vergleich zeigt: Erfolgreiche Beteiligungsverfahren kosten Geld. Dafür gibt es zwei gute Beispiele.

Die Bürger*innenbeteiligung zur Nutzung des Heliosgeländes war bisher sehr erfolgreich. Dazu wurde aber auch Geld in die Hand genommen: für Beteiligungsverfahren, für einen Wettbewerb und für Veranstaltungen.

Anders beim Bürger*innenhaushalt: Anfangs war er ein riesiger Erfolg. Die Kölnerinnen und Kölner konnten Vorschläge machen, die auch umgesetzt wurden. Beim letzten Bürger*innenhaushalt dagegen durften nur noch Einsparvorschläge für den Haushalt eingereicht werden. Die Beteiligung und das Interesse waren minimal.

Wir brauchen von Politik und Verwaltung einen Kurswechsel hin zu einer attraktiven Bürgerbeteiligung.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- ▷ Der Bürger*innenhaushalt wird jedes Jahr durchgeführt und dafür werden Finanzmittel bereitgehalten.
- ▷ Mit dem Bürger*innenhaushalt sollen jährlich Voten für große und langfristige Investitionsprojekte abgefragt werden.
- ▷ Die Stadt startet eine Untersuchung über die Motive und Hintergründe von Nichtwählern und entwickelt ein Konzept der Beteiligungskultur. Beteiligungsverfahren, die allen sozialen Gruppen den Zugang und die Mitwirkung sichern, müssen entwickelt werden.
- ▷ Wir halten die Einrichtung von Planungszellen generell für eine repräsentative Beteiligungsform. Nach dem Zufallsprinzip wird eine kleine und repräsentativ zusammengesetzte Gruppe von Personen ausgesucht, die in einem Beteiligungsverfahren ein Votum über ein Projekt abgibt.

▷ Mehr Befugnisse und Finanzmittel für die Stadtbezirke. DIE LINKE unterstützt die Initiative der Bezirksbürgermeister*innen, die Zuständigkeitsordnung neu zu fassen und die Bezirksvertretungen so zu stärken, wie es die Kommunalverfassung NRW vorsieht.

▷ Der Spanische Bau wird zu einem Haus der Politik, in dem nicht nur die Ratsparteien ihre Büros haben, sondern auch Bürger*inneninitiativen.

▷ Geschlechtergerechtigkeit wird bei allen öffentlichen Leistungen und insbesondere im Stadthaushalt konsequent beachtet.

▷ Unterstützung der Stadt Köln für eine Grundgesetzänderung, die in Deutschland lebenden Migrant*innen das Wahlrecht auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene das Wahlrecht ermöglicht. So können sie gleichberechtigt die Gesellschaft mitgestalten.

▷ Neben den gesetzlichen Bürger*innenbeteiligungsverfahren sollen auch Verfahren entwickelt werden, die alle Kölnerinnen und Kölner mit einschließen. DIE LINKE im Rat der Stadt Köln konnte ein bundesweit einzigartiges Verfahren erreichen, in dem auch Nicht-EU-Bürger an der Abstimmung über den Godorfer Hafen teilnehmen konnten.

▷ Mitarbeiter*innen der Kölner Stadtverwaltung und der städtischen Beteiligungsunternehmen müssen in Verwaltungsentscheidungen intensiver einbezogen werden.

Die Manager*innengehälter bei den städtischen Beteiligungsunternehmen sollen gedeckelt werden.

VII. Kunst und Kultur, Freizeit und Sport

VII.1 Kunst und Kultur

Die Kultur ist zentraler Schauplatz gesellschaftlicher Auseinandersetzung und wesentlicher Impulsgeber für die Entwicklung der Stadt. Die besondere kulturelle Vielfalt Kölns und ihre 2000jährige Kulturgeschichte prägen die Identität der Menschen hier und sind maßgeblich für die weltweite Anziehungskraft der Stadt. Darüber hinaus sind Kunst und Kultur Grundlage persönlicher Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Teilhabe. Sie bereichern das Leben und bedeuten nicht zuletzt auch Genuss und Freude.

Wir setzen uns dafür ein, die Vielfalt des kulturellen Lebens zu schützen und zu stärken. Wir wollen allen Menschen in Köln kulturelle Teilhabe ermöglichen. Deshalb behandeln wir Kunst und Kultur als wichtige Bestandteile der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Auch Quartiersmanagement ist eine kulturelle Aufgabe und darf sich nicht auf städtebauliche Maßnahmen beschränken. Kulturzentren, Bürgerhäuser, Nachbarschaftstreffen und selbstverwaltete Projekte bedürfen als Orte der Stadtteilkultur unserer besonderen Unterstützung.

Kultur und städtischer Haushalt

In den letzten Jahren hat die rot-grüne Ratsmehrheit immer wieder Kürzungshaushalte durchgesetzt. Kunst und Kultur sind als freiwillige Aufgaben der Kommune von diesen Kürzungen stark betroffen. DIE LINKE setzt sich auf Bundesebene dafür ein, Kultur als Staatsziel zu verankern, und auf Landesebene Kultur zur kommunalen Pflichtaufgabe zu erklären.

Bis das gelungen ist, verlangen die Verteidigung und der Ausbau des Kulturbereiches unseren besonderen Einsatz.

▷ Wir setzen uns für eine Rücknahme der Kürzungen der letzten städtischen Haushalte im Kulturbereich ein und für eine finanzielle Aufstockung in den kommenden Haushalten.

Unabhängig von der Haushaltslage muss Kulturpolitik auch immer Prioritäten setzen.

▷ DIE LINKE plädiert bei der Vergabe zusätzlich verfügbarer Mittel für einen Vorrang der freien Kulturszene und der Entwicklung der sozio-kulturellen Infrastruktur in den Stadtteilen gegenüber weiteren Ausgaben für die städtischen Bühnen. Dazu gehört auch die Zusetzung einer Fachkraft im Kulturamt als Ansprechpartner/in für sozio-kulturelle Projekte in den Veedeln.

Ein besonderes Kölner Problem ist, dass die städtischen Haushalte regelmäßig erst um einige Monate verspätet verabschiedet werden. Aus diesem Grund konnten bereits bewilligte Fördermittel für Kulturprojekte nicht ausgezahlt werden.

Kulturprojekte, die für die erste Jahreshälfte geplant waren, fanden mit großer Verspätung oder gar nicht mehr statt.

▷ Wir setzen uns für ein geregeltes Verfahren ein, das eine Verabschiedung des Haushaltes vor Jahresbeginn (wie von der Gemeindeordnung gefordert) gewährleistet.

▷ Eine gesicherte Förderung über mehrere Jahre, wie sie als Konzeptförderung für freie Theater bereits existiert, soll auch für mehrjährige Projekte ermöglicht werden. Die Einhaltung von Mindesthonoraren soll dabei Förderkriterium werden (s.u.).

Kultur für alle

Der KölnPass, den DIE LINKE 2009 mit SPD und Grünen wieder ins Leben rief, ermöglicht vielen Menschen mit geringem Einkommen die Teilhabe am kulturellen Leben der Stadt. Wir wollen diese Leistungen ausdehnen, z.B. auf Sonderausstellungen der Kölner Museen.

▷ Die Stadt Köln wird aufgefordert, Gespräche mit anderen Gemeinden in der Region über die wechselseitige Anerkennung von Sozialpässen im Kulturbereich zu führen.

▷ Zusätzlich sollen kostenfreie kulturelle Bildungsangebote für alle eingerichtet werden.

Kulturelle Bildung

Zur Stärkung der kulturellen Teilhabe fordern wir die systematische Hinführung der Kölner Schüler*innen an die Nutzung der städtischen Kultureinrichtungen (Stadtbibliothek, Museen, Bühnen) durch Unterrichtseinheiten und Schulprojekte in Verbindung mit kostenfreien Ausflugsangeboten (Führungen, Probenbesuche, Vorstellungen, Workshops).

Im Zusammenhang mit dem Ausbau von Ganztagschulen fordern wir, neue Kulturangebote für Schüler*innen zu etablieren. Dabei sollen vor allem Kulturschaffende aus den einzelnen Stadtvierteln engagiert werden. Bevorzugt sollten Kultursparten angeboten werden, die nicht durch klassische Unterrichtsfächer oder städtische Einrichtungen wie die Musikschule abgedeckt sind, z.B. elektronische Musik, HipHop-Tanz etc. Für diese Form der Kulturförderung sollen vor allem Mittel aus den Bildungsprogrammen des Landes genutzt werden (z.B. Kultur und Schule, Kultur-Rucksack).

Ebenso wichtig wie die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen ist die kulturelle Bildung der anderen Bevölkerungsgruppen bis ins hohe Alter. Wir fordern die Entwicklung eines Masterplans Kulturelle Bildung, der vor allem Nicht-Erwerbstätige, Senior*innen sowie Migrant*innen berücksichtigt.

Stadtbibliothek

Mehr Menschen besuchen die Kölner Stadtbibliothek als jede andere Kultureinrichtung in Köln. Köln stattet seine Bibliothek jedoch deutlich schlechter aus als fast alle anderen deutschen Großstädte.

- ▷ Um mehr Menschen zu erreichen, sollten die Öffnungszeiten insbesondere in den Stadtteilen erweitert, das Medienangebot (auch in den Sprachen der Migrant*innen) verbreitert, sowie der Jahresbeitrag von jetzt 38,- Euro deutlich abgesenkt werden.
- ▷ Hierzu soll die Finanzierung der Stadtbibliothek in einem ersten Schritt wenigstens auf den Durchschnitt der öffentlichen Bibliotheken in deutschen Großstädten angehoben werden.

Freie Kulturszene

Die freie Kulturszene hat direkten Einfluss auf das Lebensgefühl und die Lebensqualität in Köln und auf die Wahrnehmung der Stadt in der Welt.

Wir streiten dafür, die freie Szene als Basis einer lebendigen Kulturstadt mit ihren vielfältigen Erscheinungsformen in den Bereichen Kunst, Musik, Literatur, Film, Theater, Tanz, Design etc. zu schützen und zu stärken. Wir wollen die Vielfalt des kulturellen Milieus stärker entwickeln und die in Kunst und Kultur Beschäftigten sozial absichern.

- ▷ Wir wollen gute, existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherheit im Kulturbereich. Die Vergabe städtischer Förderung soll an die Einhaltung von Mindesthonoraren und tariflichen Bestimmungen gebunden werden. Diese Mindeststandards müssen zwischen der Stadt und der freien Kulturszene ausgehandelt werden.
- ▷ Ein Produktionszentrum für freies Theater und Tanz, wie es seit einiger Zeit angedacht ist, würde die Kölner Kulturszene sehr verändern. Ob ein solches Zentrum für Köln sinnvoll wäre und wie es gestaltet sein müsste, das muss in einer breiten öffentlichen Diskussion vor allem mit den Theater- und Tanzschaffenden geklärt werden.
- ▷ Die Einrichtung eines Produktionszentrums darf nicht die Vielfalt der Kölner Theaterszene gefährden.
- ▷ Wir wollen mehr Planungssicherheit für Festivals und andere Publikumsveranstaltungen. Deshalb fordern wir mehrjährige Förderungen, eine schnelle Bearbeitung der Anträge und frühzeitige und verlässliche Auszahlungen. Darüber hinaus fordern wir die Qualifizierung der Mitarbeiter des Kulturamtes hinsichtlich nicht-kommunaler Förderinstrumente (Land, Bund, EU, Stiftungen) und die entsprechende Unterstützung der freien Kulturszene bei der Beantragung und Abwicklung entsprechender Förderungen.

Zahlreiche Musikkneipen, Clubs, Party- und Konzertevents sind in ihrer Existenz bedroht. Steigende GEMA-Abgaben, Lärmschutz und andere Auflagen setzen Betreiber und Veranstalter unter Druck. Wir kämpfen für eine gezielte Förderung der Kölner Clubkultur.

- ▷ Wir fordern ordnungsrechtliche Zurückhaltung gegenüber der Clubkultur und eine/n zentrale/n städtische/n Ansprechpartner*in, der/die als Behördenlotse und Berater*in für die Einrichtung neuer Clubs und Musikkneipen wirkt.

Die Kunststadt Köln muss die Produktionsbedingungen für bildende Künstler*innen verbessern.

- ▷ Wir fordern, zusätzliche kostengünstige Atelierräume und (temporäre) Galerieräume zur Verfügung zu stellen und die Kunstszene zusätzlich durch die Vergabe von Stipendien zu beleben.

Der freie Tanz leidet in Köln sehr unter einem Mangel an Aufführungsstätten und vor allem an Produktionsräumen. Die existierenden Stätten reichen nicht aus und sind teilweise von Schließung bedroht (Wachsfabrik, Bühne der Kulturen). Mit dem Haushalt 2010/11 wurde die bereits begonnene Einrichtung eines Tanzhauses gestrichen.

- ▷ Es sollen in den Stadtteilen Stätten für Produktionen und Aufführungen des freien Tanzes erschlossen oder geschaffen werden.
- ▷ Die Wachsfabrik muss als Produktions- und Aufführungsstätte erhalten bleiben, zumindest so lange, bis für entsprechenden Ersatz gesorgt ist.

Die Förderung interkultureller Projekte ist eine Querschnittsaufgabe für alle Kulturreferate. Eine Fachkraft für diesen Bereich gibt es nicht mehr. Das notwendige Fachwissen für interkulturelle Projekte muss daher durch eine gezielte Qualifizierung in den einzelnen Referaten sichergestellt werden.

Kulturelle Freiräume

Selbstverwaltete Projekte wie das Autonome Zentrum tragen zur Lebendigkeit der Veedel und zu deren besonderem Charakter bei. Sie sind ein wichtiger Teil des Großstadtlebens und der Kölner Kultur. Wir wenden uns dagegen, dass solche Freiräume als Störfaktor begriffen, ordnungsrechtlich schikaniert und aus dem Weg geräumt werden. Stattdessen wollen wir solche Freiräume bewahren und neuen Initiativen Freiräume eröffnen.

- ▷ Selbstverwaltete Kulturprojekte sind ein wichtiger Bestandteil städtischen Lebens. Sie sollen gefördert werden.

Zwischennutzung

Etwa 50 000 Quadratmeter in städtischen Gebäuden stehen leer, darunter Kulturstätten wie das ehemalige Gebäude des Rautenstrauch-Jost Museums am Ubierring. Hinzu kommen Brachflächen in städtischen Besitz. Die bisherige rot-grüne Ratsmehrheit hat 2012 unser Konzept abgelehnt, diese Flächen nichtkommerziellen Projekten zur Verfügung zu stellen, und stattdessen eine kommerzielle Zwischennutzung durchgesetzt.

- ▷ Wir setzen uns dafür ein, städtische Leerstände und Brachflächen zur Zwischennutzung für kulturelle, gärtnerische und soziale Projekte zur Verfügung zu stellen.
- ▷ Der Umgang mit städtischen Leerständen soll als Beispiel dienen, um auch private Eigentümer zur Freigabe ihrer Leerstände für Zwischennutzungen zu bewegen. Die Stadt kann dabei als Vermittlerin oder auch Mieterin auftreten.

Städtische Bühnen

Oper und Schauspiel werden in wenigen Jahren die sanierten Gebäude beziehen können. Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten werden sich damit deutlich verbessern.

Etwa die Hälfte des Kölner Kulturetats entfällt auf die Städtischen Bühnen. Deswegen stehen diese in der Verantwortung, möglichst breite Teile der Bevölkerung von ihrem Angebot profitieren zu lassen. Wir setzen uns dafür ein, dass Oper, Schauspiel und das Gürzenichorchester sich nicht auf ihre sanierten Quartiere zurückziehen, sondern aktiv in die Stadtteile hinein wirken und ihre Infrastruktur für Produktionen der freien Szene zur Verfügung stellen. Sie sollten auf entsprechenden Erfahrungen aufbauen und sich weiter öffnen (Gürzenich-Aktion „Ohren auf“, Workshops der Kinderoper, „Oper unterwegs“, c/o pop im Schauspielhaus). Über die Auswahl der geeigneten Methoden (z.B. Gesprächskonzerte, Aufführungen in Bürgerhäusern, Übertragung von Proben und Aufführungen per Stream, Kooperationen mit der freien Szene, Nutzung der Häuser für auswärtige Produktionen, Statistencastings) entscheiden die Bühnen und das Gürzenichorchester selbst.

Museen

Die jahrelang versäumten Instandsetzungen bei den Kölner Museen müssen zügig in Angriff genommen werden, damit die Kölner Museumslandschaft nicht weiter in ihrer Substanz bedroht wird.

- ▷ Bei allen Instandsetzungen und Neubauten ist Barrierefreiheit zu gewährleisten.
- Für die städtischen Museen ist seit einiger Zeit eine Änderung ihrer Rechtsform im Gespräch. Sie sind jetzt noch Teil der städtischen Verwaltungsstruktur. Es ist aber im Gespräch, die Museen in Eigenbetriebe oder in Unternehmen im städtischen Besitz umzuwandeln.
- ▷ Die zukünftige Rechtsform der Kölner Museen muss bei aller gewünschten Flexibilität Transparenz und demokratische Kontrolle gewährleisten. Diese wären bei Eigenbetrieben und städtischen Unternehmen nur eingeschränkt gegeben.

Archäologische Zone und Jüdisches Museum

Die Ausgrabungen vor dem Rathaus werden bald beendet sein. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der kulturelle Schatz, der hier ausgegraben wurde, angemessen präsentiert

wird. Die Ausgrabung erschließt Kölner Geschichte von ihren römischen Anfängen über das Mittelalter mit seiner bedeutenden Jüdischen Gemeinde bis in die Neuzeit. Die Bauplanungen für die Archäologische Zone mit dem Jüdischen Museum Köln sind weit vorangeschritten, die von Kritiker*innen vorgeschlagenen Alternativen sind weder wie behauptet kostengünstiger noch in dieser Form umsetzbar.

- ▷ Wir setzen uns für eine Fortführung des Projektes Archäologische Zone/Jüdisches Museum Köln ein.
- ▷ DIE LINKE hat im Kölner Rat und im Landschaftsverband Rheinland (LVR) die Kooperation zwischen Stadt und LVR mit beschlossen. Wir sehen in dieser Vereinbarung ein Modell der überregionalen Kooperation auch für andere Museen und Städte.
- ▷ Eine engmaschige und transparente Kostenkontrolle muss durchgängig gewährleistet werden.

Kunst- und Museumsbibliothek

Die Kunst- und Museumsbibliothek (KMB) ist eine Einrichtung von überregionaler und internationaler Bedeutung mit einem einzigartigen Bestand. Dass die KMB derzeit über fünf Standorte verstreut ist, und diese zum Teil kaum geeignet sind, schränkt die Nutzungsmöglichkeiten extrem ein. Zudem werden die Kapazitäten dieser Standorte schon in wenigen Jahren erschöpft sein. Durch den Beschluss der Kölner SPD und den Grünen im Juni 2013, nach jahrelangen anderslautenden Planungen die KMB doch wieder aus dem Neubau des Stadtarchivs am Eifelwall auszugliedern, ist die Zukunft der KMB wieder gefährdet.

Um die Zukunft der KMB zu sichern, muss jetzt mit den Planungen für den zukünftigen Standort begonnen werden.

VII.2 Sport

Sport hat enorme soziale Bedeutung. Sein kultureller, gesundheitlicher, bildender und integrativer Wert liegt auf der Hand. Sport ist Bestandteil vieler Bereiche des öffentlichen Lebens. Auf der kommunalen Ebene sind hier vor allem die Bereiche Bildung, Soziales, Gesundheit, Kinder- und Jugendarbeit, Freizeit, Stadtentwicklung, Stadt(teil)kultur zu nennen.

Deshalb setzt sich DIE LINKE für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Sport und Bewegung ein. Eine angemessene Sport-Infrastruktur kann nicht kostendeckend betrieben werden, sondern gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die Stadt hat allerdings nicht die Ressourcen, um alle Aufgaben im Bereich des Sportes hinlänglich zu erfüllen. Sie bekommt Hilfe durch eine Vielzahl von freien Trägern und Vereinen, die in eigener Verantwortung durch ihre Organisationen diese öffentliche Aufgabe unterstützen bzw. übernehmen. Das begründet neben hoher Anerkennung auch die städtische Förderung dieser Organisationen.

Den weitaus größten Anteil an Sport- und Bewegungsaktivitäten hat der vereinsungebundene Sport. Rund zwei Drittel aller sportlichen Betätigung werden selbstorganisiert und ohne institutionelle Anbindung betrieben. Erst danach folgt die Organisation über den Sportverein mit ca. 23%, der Anteil kommerzieller Anbieter liegt unter 10%.

Bei den am häufigsten betriebenen Sport- und Bewegungsaktivitäten liegen Radfahren und Jogging auf den ersten beiden Rängen. Danach kommen Schwimmen, Fitness-training, Gymnastik und Walking/Wandern. Die in den Vereinen am stärksten vertretene Sportart Fußball folgt bei Betrachtung aller Bewegungsaktivitäten in der Stadt auf dem 7. Rang. Doch selbst bei der Ausübung der klassischen Vereinssportarten, wie dem Ballsportarten (Fußball, Tischtennis, Handball, Basketball, Volleyball, Tennis), der Leichtathletik und dem Turnen überwiegt der Anteil des nicht organisierten Sportes gegenüber dem Vereinssport. (Zahlen: IKPS)

Demgemäß steht in den Großstädten der Wunsch nach der Verbesserung der Situation bei öffentlich zugänglichen Anlagen ganz vorne. Genannt werden hier vor allem Schwimmbäder, Spielplätze, Sporthallen, Bolzplätze, Basketballanlagen sowie Freizeitspielfelder aller Arten. Dazu kommen Laufsportwege, offene Grünflächen und Skater-Anlagen.

Etwa 1/3 des 30 Millionen-Etats für Sportförderung und den Unterhalt von Sportstätten in Köln sind direkte und indirekte Subventionen von Profisport. Das ist ein viel zu hoher Anteil. Hier muss zunächst mit klaren Regeln mehr Transparenz geschaffen werden. Breitensport- und Profi-Bereich müssen getrennt werden.

Aus diesen Gründen setzt sich DIE LINKE ein für:

- ▷ den Erhalt bzw. Ausbau aller öffentlichen Sporteinrichtungen und Sportstätten und die möglichst schnelle Durchführung notwendiger Sanierungen
- ▷ die Erleichterung des Zugangs zu städtischen Sportanlagen für vereinsungebundenen Sport
- ▷ die Förderung von sportlicher Betätigung im öffentlichen Raum, etwa in Parkanlagen, auf Plätzen, Wegen, Straßen oder öffentlichen Gewässern. Dazu gehören Integration und Erhalt von frei zugänglichen Sport- und Freizeitflächen in den Wohngebieten und die Verbesserung der Pflege von Rasen-, Sport- und Spielflächen oder Laufstrecken auf städtischem Grund
- ▷ die Verbesserung der Bewegungsmöglichkeiten für Kinder im Wohnumfeld. Bewegungsfreundliche Gestaltung von Schulhöfen und standortabhängige Öffnung von Schulhöfen
- ▷ die weitgehende Öffnung des Genovevabades in Mülheim und des Rodenkirchenbades (Neueröffnung Ende 2014) für den Publikumsverkehr auch an den Wochenenden
- ▷ die Absenkung der Eintrittspreise und Gebühren bei den städtischen Sporteinrichtungen, die dem privat organisierten Breitensport dienen.

- ▷ möglichst niedrige Mieten und Gebühren für die Vereine bei Nutzung kommunaler Sportstätten
- ▷ die Erstattung der Hälfte der Vereinsbeiträge von Köln-Pass-Berechtigten.
- ▷ die Vernetzung der Stadtverwaltung im Hinblick auf die Nutzbarmachung von städtischen Ressourcen für Sportaktivitäten unter Beteiligung der Einwohner und des Stadt-sportbundes. Sportentwicklung wird Teil der Stadtentwicklung.
- ▷ eine sozialraumorientierte Vergabe der finanziellen und materiellen Unterstützung. Stadtteile mit weniger begüterten Einwohnern sollen bei der Einrichtung, Verbesserung und Renovierung von Sportstätten, bei der Unterstützung ihrer Vereine und bei der Vergabe von Veranstaltungen Vorrang haben.
- ▷ die Vorrangigkeit von Schul- und Breitensport bei der Sportförderung und Sportstättenbelegung gegenüber dem Spitzen- und Hochleistungssport.
- ▷ mehr Schulsport und den Ausbau der Sportangebote in Ganztagschulen, Kindergärten und KiTaS. Dazu gehört die Bezahlung von Übungsleiter*innen und Trainer*innen.
- ▷ den Ausbau barrierefreier Sportanlagen. Die Förderung von inklusiven Sportinitiativen. Bei Sanierungen Berücksichtigung des Kriteriums der Barrierefreiheit. Bau von Anlagen für Wettkämpfe im Behindertensport.
- ▷ den Erhalt bzw. die Ausweitung von Jugend-Sportprojekten, wie dem „Mitternachtssport“-Angebot
- ▷ die Unterstützung von Projekten wie „Sport gegen Gewalt“ und „Sport gegen Rechtsextremismus“ in Schulen sowie in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen.
- ▷ die Verstetigung der Projekte „sicher Schwimmen“, „Kids in die Clubs“ sowie von „Sport in Metropolen“.
- ▷ eine Beschränkung der Aufgaben des Sportamts auf die Förderung des Sportes. Das Sportamt tritt damit nicht mehr als Event-Veranstalter auf, der Flächen, die für den Breitensport gedacht sind, in irgend einer Form „vermarktet“.
- ▷ für die Umsetzung der Empfehlungen des von der Stadt in Auftrag gegebenen Gutachtens (2011), das eine Beschränkung des großen Verlustbringers Sportstätten GmbH auf das Kerngeschäft, die Vermarktung des Rheinenergie-Stadions plausibel begründet. Die vorwiegend vom Breitensport genutzten Anlagen müssen in die Verantwortung des Sportamtes übertragen werden.
- ▷ für eine breite öffentliche Diskussion verdeckter Subvention von Profisport durch z.B. städtische Betriebe. Die Millionen-Summen die etwa die Rhein-Energie unter anderem für Stadion-Namensrechte an den 1. FC Köln zahlt, müssen auf den Prüfstand.

VII.3 Kommunaler Tierschutz

DIE LINKE fordert

▷ keine Tierversuche in Köln

keine Herstellung von genmanipulierten Versuchstieren für Tierversuche,

▷ Vorschriften zur Katzenkastration von Freigängerkatzen, wie es in anderen Städten in NRW üblich ist, zur Eindämmung der Population der Streunerkatzen

▷ Zusammenarbeit der Stadt Köln mit den existierenden Stadttaubeninitiativen zum Zweck der Minimierung der Stadttauben



Sie wollen selbst aktiv werden?

Dann nehmen Sie bitte Kontakt auf mit uns unter

- ▷ www.die-linke-koeln.de
- ▷ www.facebook.com/dielinkekoln
- ▷ Tel.: 0221 – 2 40 60 95

Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE. Köln
Zülpicher Straße 58, 50674 Köln

V.i.S.d.P.: Angelika Link-Wilden, c/o DIE LINKE, Zülpicher Straße 58, 50674 Köln